

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis halbjährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Postbesitzverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonelle über deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 26. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Jubiläum.

I.

Am heutigen Tage sind es 25 Jahre, daß die Partei die erste große Kraftprobe unter dem Sozialistengesetz zu bestehen hatte: die allgemeinen Reichstagswahlen 1881. Zwar hatte die Partei vom Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, dem 21. Oktober 1878 ab bis zum Herbst 1881, schon eine Reihe sehr energischer Lebenszeichen kundgegeben — so die siegreichen Stichwahlen im Jahre 1879 in Breslau und im 17. sächsischen Wahlkreis: Glauchau-Meerane, in denen Hasenclever und Auer gewählt worden waren; eine Ergänzungswahl im II. Hamburger Wahlkreis (Mai 1880), in dem zum erstenmal die Partei mit Hartmann siegte, die Wahl Vebels in Leipzig-Land in den sächsischen Landtag, 14 Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig Stadt und Land — aber alle diese Vorgänge spielten sich in den Zentren der Partei ab. Die Frage war jetzt auf aller Lippen: wie wird die Partei im Reich die Feuerprobe bestehen, und welche Wirkungen hat das Sozialistengesetz gehabt?

Von den Umständen, unter denen die Partei damals den Kampf aufnahm, macht sich die jetzige Generation kaum einen Begriff. Mit dem Eintritt des Sozialistengesetzes war die gesamte Parteipresse und die gesamte Parteiliteratur unterdrückt worden. Alle Parteiorganisationen, einschließlich der gewerkschaftlichen, waren aufgelöst worden; die Sammlung von Parteimitgliedern war bei Strafe bis zu sechs Monaten Gefängnis verboten; zahlreichen Parteigenossen, die als Redakteure, Expedienten und Kolportiere beschäftigt worden waren, wurde die Existenz genommen und das Recht der Schriftenverbreitung entzogen. Viele Hunderte von Existenzen wurden durch alle diese Maßregeln vernichtet; ein großer Teil derselben lag auf der Straße, weil die bürgerlichen Unternehmer es ablehnten, bisher in sozialistischen Geschäften tätig gewesene Genossen zu beschäftigen; wenn nicht aus Haß gegen uns, so aus Furcht vor der Polizei, die alle Augenblicke unter allerlei Vorwänden die Arbeitsräume betrat und so die Unternehmer einschüchterte und ihnen die sozialistischen Arbeiter denunzierte.

Unter dieser Methode hatten besonders die zahlreichen Ausgewiesenen zu leiden, die infolge der Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend, November 1878, Hamburg, Altona, Harburg und Umgegend, Herbst 1880, und Leipzig und Umgegend, Juni 1881, existenzlos wurden. Man verschärfte die Maßregel der Ausweisung noch dadurch, daß man sie mit Vorliebe über Familienväter verhängte.

Für die Unterstützung und Unterbringung dieser vielen Hunderte zu sorgen, war eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben für eine Partei, deren Organisation zerstört und deren Verbindungen durch ein Heer polizeilicher Schnüffler und Spione jeden Augenblick bedroht waren.

Die wiederholten Versuche, die gemacht wurden, neue Blätter ins Leben zu rufen, die nicht anders als farblos sein konnten, mißlingen; kaum erschienen, wurden sie unterdrückt. Die Versammlungen wurden verboten oder sie wurden, wenn sie zugelassen worden waren, aufgelöst, sobald ein bekannter Sozialdemokrat das Wort nahm. Uebrigens war dies eine Methode der Verfolgung, die außerordentlich propagandistisch wirkte. Wenn auch im Herbst 1879 der „Sozialdemokrat“ in Zürich ins Leben gerufen war, so genügt in Deutschland Verbreitung fanden, nicht entfernt, um außerhalb der Parteireise propagandistisch zu wirken. So vorzüglich das Blatt seine Aufgabe erfüllte, es konnte nur in engen Kreisen der Genossen verbreitet werden, wollte man sich nicht der Gefahr der Bestrafung wegen Verbreitung einer verbotenen Zeitung oder einem Geheimbundprozeß aussetzen.

Zu den vorhandenen Schwierigkeiten kamen noch neue, als die Agitation für die Wahlen einsetzte. Der stärkste Kandidatenmangel machte sich bemerkbar. Das Sozialistengesetz hatte die Zahl der in der Partei hervorragend tätigen Genossen mehr als beunruhigt und mehrere der hervorragendsten, wie Geib, Bracke, Reinders-Dreslau hatte der Tod hinweggerafft. So waren, um nur eine Anzahl der in der Bewegung bekanntesten Genossen zu erwähnen, Hasenclever und Rost in der Partei unmöglich geworden und lebten im Auslande; Fröhliche, Wahlreich, Reimer und viele andere waren freiwillig oder gezwungen durch Existenzlosigkeit, ausgewandert. Die beiden Kapell, Hartmann und andere zogen sich von der Partei zurück oder wurden von der Partei dazu gezwungen; Bernstein, Richard Fischer, Motzler, Tauscher waren am „Sozialdemokrat“ in Zürich tätig, so daß keiner von ihnen kandidieren konnte. Der Kandidatenmangel war so groß, daß einer unserer bekanntesten Genossen nicht weniger als 37 Kandidaturen hatte; andere hatten nicht viel weniger. Die Agitation selbst war aufs äußerste erschwert. In der großen Mehrzahl der sozialdemokratischen Kandidaten besetzten Wahlkreise gab es keine Säle zu Versammlungen; soweit aber Versammlungen stattfinden konnten, wurde ein großer Teil derselben mit Hilfe der kühnsten Auslegungen des Sozialistengesetzes verboten. In mehr als der Hälfte der Wahlkreise war die Verbreitung auch nur eines Flugblattes ausgeschlossen. Es fand sich fast kein bürgerlicher Drucker, der ein solches druckte, weil auch das harm-

loseste Flugblatt, das einen sozialistischen Kandidaten empfahl, konfisziert und seine Weiterverbreitung verboten wurde. Das postierte sogar in vielen Fällen den Stimmzetteln für sozialdemokratische Kandidaten, obgleich der Reichstag dekretiert hatte, daß Stimmzettel nicht als Drucksachen im Sinne des Sozialistengesetzes angesehen werden könnten. In vielen Wahlkreisen wurden die Verbreiter von Wahlflugblättern und Stimmzetteln verhaftet und nicht nur tagelang, sondern manchmal wochenlang in Haft gehalten. In Sachsen griff man noch zu dem Mittel, den Genossen, die bei der Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln abgefaßt wurden, auf Grund des Ausnahmegesetzes die fernere Verbreitung von Druckschriften zu verbieten. Die Uebertretung dieses Verbotes wurde mit Gefängnis bestraft. Am unerfrorensten benahm sich die Kreishauptmannschaft in Leipzig, die am 25. Oktober, also am Tage vor der Wahl, öffentlich erklärte, sie unterlasse das Verbot eines im 10. sächsischen Wahlkreis verbreiteten Flugblattes — dessen Inhalt sehr harmlos war — weil das Verbot unmittelbar vor dem Wahltage nichts mehr nütze; dieselbe gab damit zu, daß nicht der gefährliche Inhalt, sondern der Umstand, daß es Wahlflugblätter für sozialistische Kandidaten seien, die das Verbot veranlaßten!

Trotz aller dieser Hindernisse und Schikanen war der Stimmenerfolg am Wahltage ein überraschender. Es wurden für die Kandidaten der Partei rund 312 000 Stimmen abgegeben, gegen rund 437 000, die nach der Auflösung des Reichstages infolge der Amentate im Sommer 1878 die Partei erhalten hatte. Das war zwar eine Abnahme von rund 125 000 Stimmen oder 23 1/2 Prozent; aber in Anbetracht all der Schläge, Widerwärtigkeiten und Verfolgungen, die die Partei in den ersten drei Jahren während der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu ertragen hatte, und namentlich in Anbetracht der außerordentlich ungünstigen Umstände, unter denen der Wahlkampf geführt werden mußte, war es doch ein überraschender Erfolg. Das kam denn auch vielfach in den Urteilen der bürgerlichen Presse zum Ausdruck.

Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß bereits die erste allgemeine Wahl unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes dem letzteren und seinen Urheber moralisch den Hals gebrochen hatte. Der Beweis für die Lebens- und Kampffähigkeit der Partei war glänzend geliefert und hob das Vertrauen der Genossen zu ihrer Sache in ungemeinem Maße.

Zwar hatte trotz dieser Stimmzahl die Partei bei den Hauptwahlen nicht einen Kandidaten durchgesetzt, oder richtiger gesagt, dem einen, der wirklich mit knapper Mehrheit gewählt worden war, Genosse Stolle für den 18. sächsischen Wahlkreis, war die Mehrheit in eine Minderheit ausgezählt worden — wie später im Reichstag festgesetzt wurde — aber in den engeren Wahlen siegte die Partei in 13 von 22 Wahlkreisen, darunter auch Stolte. Viebnecht war doppelt gewählt worden: in Offenbach und Mainz, doch ging bei der Nachwahl das Mainz Mandat verloren.

Unter den Abgeordneten unserer Fraktion, die aus jener Zeit heute noch dem Reichstag angehören, befinden sich vier, die Genossen Dieß, Fröhme, Stolle und Vollmar, die also mit dem Jubiläum der ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz auch ihr 25-jähriges Jubiläum als Reichstagsabgeordnete feiern. Genosse Dieß ist der erste sozialdemokratische Abgeordnete, der während 25 Jahren stets denselben Wahlkreis im Reichstag vertreten hat, den 2. Hamburger. Genosse Stolle hat gleichfalls immer denselben Wahlkreis vertreten — Jwidau-Crimmitschau — mit Ausnahme der Jahre 1887 bis 1890, wo er bei den Fachingswahlen im Februar 1887 durchgefallen war. Fröhme und Vollmar haben ihre Wahlkreise in diesen 25 Jahren einige Male gewechselt, auch sind beide während einer Legislaturperiode nicht Mitglieder des Reichstages gewesen.

Es ist sicher der Wunsch der gesamten Partei, daß es den vier genannten Genossen noch recht lange vergönnt sein möge, ihre Kräfte der gemeinsamen Sache zu widmen. Alle vier können mit uns mit Begeisterung auf die letzten fünf- und zwanzig Jahre zurückblicken, in denen die Partei zwar manche Niederlage erlitt, aber auch ungezählte Siege erlöst und in denen sie zur stärksten politischen Partei Deutschlands und zur stärksten sozialistischen Partei der Welt heranwuchs.

Die russische Revolution.

Paras über den Staatsbankrott.

In der illegalen Zeitung „Sozialdemokrat“ (Nr. 2) hat Genosse Parvas, saum der sibirischen Eiswüste entronnen, schon einen Artikel über den russischen Finanzbankrott veröffentlicht. „Rußlands Bankrott“, so schreibt er, „ist eine längst bezugene Tatsache, die bloß durch unredliche Manöver bis jetzt verschleiert wurde. Der Easten des russischen Budgets sind die auswärtigen Anleihen, die Quellen des Kredits sind aber bereits erschöpft. Kosoffzeiv behauptet, die Aprilanleihe hätte 677 Millionen Rubel gebracht; es ist dies die nominelle Summe; wie viel davon wirklich den Käufern übergeben worden ist und wie viel davon nur als Verkauf verzeichnet wird, in Wirklichkeit aber das Portefeuille der Staatsbank, seiner Abteilungen, seiner Agenturen und Korrespondenten in Rußland und im Auslande belastet, das bleibt uns unbekannt. Die Staatsrente wurde in den letzten Jahren hauptsächlich aus zwei Quellen genährt: 1. Veralterung der Sparkassen.

Diesen wurden die Barsummen entnommen und durch Staatsrente oder andere Wertpapiere ersetzt. Die Depots betragen über 1 Milliarde; man muß annehmen, daß die Regierung sich gerade diese Summen angeeignet hat. Die Mittel der Sparkassen sind aber bereits plaziert. Man kann sie zu finanziellen Trugspielen benutzen, um den Bankrott zu maskieren, man kann aber kein Geld mehr aus ihnen herauspressen; nach der offiziellen Erklärung der Sparkassenverwaltung ist bis zum 5. September, d. h. nach Verlauf von acht Monaten, „noch nicht die ganze Summe zurückgestellt worden, die in den letzten drei Monaten von 1905 den Kassen entnommen wurde“! 2. Ausgabe von Papiergeld. Gegenwärtig sind für 500 Millionen Rubel mehr Banknoten im Umlauf als vor dem Kriege. Außer den Banknoten werden auch kurzfristige Schatzscheine ausgegeben. Die Zirkulation von Papiergeld hat aber eine Grenze, die Schatzscheine werden jetzt vom Publikum aus der Zirkulation hinausgeworfen. Um die traffe Anomalie im Verhältnis zwischen dem Geldumwechselfonds und dem sich im Umlauf befindenden Papiergelde zu verschleiern, rechnet die Regierung diejenigen Summen zum Umwechselfonds hinzu, die sie auf Kontokorrent im Auslande besitzt. Es ist aber dies kein Gold, sondern eine Forderung auf Zahlung in Gold; als eine solche Forderung erscheint jede Schuldforderung in einem Lande mit Goldwährung. Auf diese Weise wäre es ebenso leicht, die Goldreserve zu schaffen wie Papiergeld; es verkauft z. B. die Regierung an eine Bank vierprozentige Staatsrente und läßt den Ertrag in dieser Bank auf Kontokorrent zurück, die Regierung erhält nichts, die Bank gibt nichts aus, die „Goldreserve“ wird aber auf diese Weise um eine jede beliebige Summe vergrößert. Das Gold, das sich bei ausländischen Bankiers befindet, ist nicht um der sicheren Aufbewahrung willen da, sondern um Zahlungsverpflichtungen willen. Dieses Geld ist gebunden, es ist keine Sicherung der Goldumwechselfung mehr.

Die Bankiers weigern sich, die Auszahlungen für die russischen Staatsschulden zu übernehmen, wenn der Betrag nicht im voraus mit Gold garantiert wird. Aber so wie in diesem Falle die Bankiers sich zu decken suchen, so wird nachher auch die Masse des Publikums suchen, sich sicher zu stellen. Gewöhnlich ist es diese Masse, die am Ende den Sturz des Kurzes bezahlet muß. Wenn sich ein irgendwie bemerkbarer Unterschied zwischen dem Börsenpreis der russischen Banknoten und dem offiziellen Kurse herausstellt, so wird das genügen, um die Goldwährung unhaltbar zu machen. Dann wird es nämlich vorteilhaft sein, russisches Papiergeld zu kaufen und der Staatsbank zur Einlösung vorzulegen. Wenn aber die Goldumwechselfung eingestellt ist, so wird die Regierung zur Goldreserve greifen müssen. 800 Millionen Rubel — das wird nicht für lange Zeit ausreichen. Was bedeutet dies? Den Bankrott? „Ja, der Bankrott ist schon längst da, — es bleibt nur übrig, ihn anzuerkennen. Und er wird anerkannt werden!“

Die Industriekrise.

Die Moskauer Industriellen klagen über den völligen Mangel an Bestellungen. Die Urstoffe erblühen sie in der Wähernte. Die Fabrikanten von Zig (baumwollene Stoffe) in Moskau und Zwanowo-Wosnessenski halten eine Einschränkung der Produktion für absolut notwendig. In einigen Fabriken sind Maschinenleistungen von Arbeitern zu erwarten. Die Industriellen, die für den fernem Osten arbeiten, sind überzeugt, daß im nächsten Frühling ihr Umsatz mit der Mandchurie und dem Amurgebiet sich entschieden verringern wird infolge der Einfuhr englischer Zigaretten, die jetzt in denselben Maßstab wie die russischen hergestellt werden und sich auf diese Weise dem Geschmack der östlichen Konsumenten anpassen. Durch das Amurgebiet können die ausländischen Zigaretten ins Innere des Landes dringen. Man befürchtet, daß die bevorstehende Krise eine langanhaltende sein wird. („Kosowoje Wremja“, 22. Oktober.)

Der Zarismus auf der Anklagebank.

Ueber vierzehn Tage dauert nun schon die Gerichts-komödie in Petersburg, die von den Justiz- und Polizeibeamten des Zaren der „Prozess gegen den Rat der Arbeiter-deputierten“ benannt wird. Es ist eine bittere Ironie auf die „Stärke“ der Regierungsgewalt, wenn Herr Stolypin in einer Zeit, wo er über ganz Rußland die unumschränkte Polizeigewalt proklamiert hat, in Petersburg „Gelegentlichkeit“ mitnehmen muß. Die russische Regierung hätte gewünscht, daß die Oktober- und Novembertage aus dem Gedächtnisse der Arbeitermassen verschwunden wären. Nun sieht der Zarismus seit zwei Wochen auf der Anklagebank und muß Tag für Tag aus dem Munde seiner Feinde hören, daß die Nacht damals in den Händen der Arbeiter war, daß Witte, Trepow, die Gendarmrie und die Polizei nach den Beschlüssen des Arbeiterdeputiertenrates gehandelt haben, bis man sich — nach 50 Tagen — wieder stark genug fühlte, den Rat zu überfallen und aufzulösen.

Die ganze Sitzung vom 20. Oktober war den Petersburger Inquisitionen gewidmet. Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, den Forderungen der Verteidiger nachzugeben, und sie stellte dem Gerichtshofe den früher als „Abwesend“ gemeldeten Gendarmiergeneral Iwanow zur Verfügung. Plötzlich hatten da die Rollen gewechselt: Das Verhör führten die Angeklagten, zu verantworten hatte sich der General. Dieser mußte zugeben, daß mit seinem Wissen Flugblätter hergestellt wurden, in denen die unwahre Behauptung aufgestellt war, die Ar-

Betterdeputierten hätten Geldsummen unterschlagen! Es stellte sich dagegen heraus, daß die Gendarmerie Geld, das im „Roner Kredit“ für den Rat der Arbeiterdeputierten eingezahlt worden, beschlagnahmt hatte und daß nicht einmal eine Quittung darüber bei den Akten zu finden war! Weiter stellte es sich heraus, daß in 54 Protokollen dieselben Persönlichkeiten, und zwar ein Schreiber der Sicherheitsabteilung (Dhramos Djedjelenien) und ein Dvorak der Gendarmerieverwaltung als „Experten“ figurieren! Dem Jarkismus rissen seine eigenen Diener die Fesseln vom Leibe.

Am Schlusse der Sitzung sprach der 63jährige Angeklagte Schanajawski. Seine mehrstündige Rede rührte alle Anwesenden. Die Gendarmen hatten ihn am 16. Dezember verhaftet und ihn samt seinen Krücken im fünften Stock des Petersburger Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Mehrere Tage hintereinander wurde er täglich einem achtstündigen Verhöre unterworfen, bis er eines Tages plötzlich ohnmächtig zusammenbrach.

In den nächsten Tagen erwartet man die „Urteilsfällung“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober.

Im Dienste der Kohlenmagnaten.

Wißte man nicht, wie völlig die Redaktion der „Nordd. Allgem. Ztg.“ in tiefer Devotion vor ihren „maßgebenden“ Vätern erliegt, man könnte auf den Gedanken kommen, sie hätte sich mit ihren letzten Neußerungen über die Vergarbeiterbewegung im Ruhrrevier das Ziel gesetzt, der Welt zu zeigen, wie in den Kreisen unserer sogenannten „Regierenden“ verschiedene Strömungen und Cliquen gegen einander arbeiten und wie wohl diszipliniert sich, wenn auch mit einigen abweichenden großen Gesten nach außen, schließlich die Regierung den Wünschen der Unternehmerkoalition unterordnet.

Vor einigen Tagen brachte bekanntlich die „Nordd. Allgem. Ztg.“ einen Artikel, in dem das schroffe ablehnende Verhalten der rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten gegenüber den Vergleichen als Selbstmachtung eines „einseitigen Rechtsstandpunktes“ charakterisiert und betreffs der Lohn-erhöhungsforderungen der Arbeiter ausgeführt wurde, „daß die Vergarbeiter tatsächlich infolge der eingetretenen Teuerung trotz des in den letzten Jahren wieder eingetretenen Steigens der Löhne bezüglich ihrer gesamten Lebenshaltung in Nachteil geraten sind und deshalb einen gewissen Anspruch auf Berücksichtigung seitens der gerade jetzt besonders reiche Gewinne begünstigten Vergewerksbesitzer haben.“

Der Artikel erregte Aufsehen. Tatsächlich fiel er völlig aus dem sozialpolitischen Rahmen heraus, in dem sich bis dahin die Betrachtungen des Regierungsorgans über die deutsche Vergarbeiterbewegung gehalten hatten. Da nicht unbekannt geblieben ist, daß innerhalb der Vergarbehörde eine gewisse sozialpolitische Richtung besteht, zu deren Abschwächung erst jüngst der Bergmeister Engel, der bisherige Geschäftsführer des Vergarberlichen Verbandes, in das Handelsministerium berufen worden ist, vermochten wir uns den Artikel nicht anders zu erklären, als daß diese Richtung — vielleicht dadurch gestärkt, daß an allerhöchster Stelle die Furcht besteht, unter den jetzigen Konjunkturbedingungen werde ein Vergarbeiterstreik zu einem schweren wirtschaftlichen Rückschlag führen — plötzlich festeren Boden unter ihren Füßen verspürt und das offizielle Regierungsorgan in ihrem Sinne beeinflusst resp. inspiriert habe; denn daß die Redaktion der „Nordd. Allgem. Ztg.“, ohne Fühlung genommen und ohne sich eines gewissen Rückschlusses zu haben, derartige gegen das Verhalten der Vergarmagnaten gerichtete Artikel aufnimmt, das vermag nur jemand zu glauben, der die journalistische Betriebsweise des Blattes nicht kennt. Und diese unsere Auffassung wird durch einen fernern von der „Köln. Volksztg.“ veröffentlichten Artikel bestätigt, in dem es heißt:

„Wie wir erfahren, deckt die Ansicht der Vergarbehörde über die Lohnforderungen der Ruhrbergleute auf Grund der von ihr angestellten Erhebungen sich durchweg mit den Ausführungen des inzwischen als nicht amtlich inspiriert bezeichneten Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Insbesondere vertritt auch die Vergarbehörde die Ansicht, daß die Löhne beim Ruhrkohlenbergbau nicht in dem gleichen Maße gestiegen sind, wie die Lebensmittelpreise.“

Zwar hat noch gestern Abend das Wolffsche Bureau diese Meldung des rheinischen Blattes dementiert und als unzutreffend bezeichnet, daß die betreffenden Ausführungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ der Auffassung der Vergarbehörde entsprechen; doch hat dieses Dementi nicht mehr Wert, als so viele andere, die das offizielle Bureau in den letzten Jahren in die Welt senden mußte. Wichtig ist an dem Dementi nur, daß der Artikel nicht der Gesamtaufassung des Handelsministeriums entspricht, sondern nur einer bestimmten Richtung.

Indessen scheint diese Richtung doch entweder ihre Stärke oder die zurzeit an allerhöchster Stelle vorherrschende Stimmung überschätzt zu haben, denn auf die von der kapitalistischen Presse und den Unternehmerkoalitionen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks erhobenen Vorstellungen sah sich nicht nur die „Nordd. Allgem. Ztg.“ gezwungen, in einer kuriosen Notiz zu erklären, daß der von der Koalition der Kohlenbarone angeforderte Artikel in der Redaktion geschrieben worden sei, sondern sie hat auch gestern Abend einen hochkomischen handelsministeriell offiziellen Artikel bringen müssen, in dem der erste Artikel dementiert wird. Und zugleich hat der Handelsminister Delbrück ein Entschuldigungs-telegramm an den Vergarberlichen Verein geschickt, in dem er diesem untertänigst versichert, daß er dem ersten Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ völlig fernstehe — eine Versicherung, an deren Richtigkeit nach den politischen Auffassungen und dem ganzen geistigen Habitus des Herrn Ministers nicht im geringsten zu zweifeln ist.

In diesem zweiten Artikel des offiziellen Regierungsorgans heißt es im Gegensatz zum ersten:

„Es können also tatsächlich nur die einzelnen Forderungen mit ihren Belegschaften in eine Verhandlung über eine anderweitige Regulierung der Löhne eintreten, vorausgesetzt, daß die Voraussetzungen einer allgemeinen Neuregelung der Löhne nach oben überhaupt vorliegen. Begründet wird eine solche nun damit, daß die Löhne des laufenden Jahres diejenigen der Hochkonjunktur im Jahre 1900 zwar annähernd erreichten, daß aber die heutigen Löhne in keinem richtigen Verhältnis ständen zu der inzwischen eingetretenen Verteuerung aller Existenzmittel des Arbeiters und zu dem Gewinn, der den Unternehmern die augenblickliche Konjunktur bringt. Was die Höhe der Löhne im

Vergleiche zu denjenigen von 1900 betrifft, so betrug der Durchschnittslohn sämtlicher im Bergbau beschäftigten Arbeiter des Ruhrbezirks 1900 auf eine Schicht 4,18 M., im zweiten Quartal 1906 4,26 M., im dritten Vierteljahre sind die Löhne weiter um etwa 6 Proz. gestiegen. Es betrug ferner der Durchschnittslohn für Häuer und zugehörige Schlepper 1900 5,16 M. pro Schicht, im zweiten Vierteljahre 1906 5,14 M. Seitdem ist für diese Arbeiterklasse eine Steigerung von etwa 7 Prozent eingetreten. Berücksichtigt man nun, daß das letzte Quartal des Jahres in der Regel die höchsten Löhne aufweist, und die gesamte Konjunktur, insbesondere der immer fühlbarer werdende Arbeitermangel in diesem Jahre eine besonders lohnsteigernde Wirkung haben müssen, so muß mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Löhne eine weitere Steigerung erheblich über die von 1900 hinaus erfahren und, mag man die Steigerung der Kosten des Lebensunterhaltes seit 1900 auf 10 Prozent oder mehr annehmen, annähernd einen Ausgleich in dieser Beziehung bringen werden.

Es bleibt nun noch die Frage zu prüfen, ob tatsächlich der Anteil der Ruhrbergleute an den materiellen Erfolgen der Konjunktur ein unzureichender ist. Diese Frage wird bejaht unter Hinweis darauf, daß der Lohnanteil an dem Gesamtertrage des Steinkohlenbergbaues im Oberbergamtsbezirke Dortmund betragen habe 1899 59,7, 1902 55,00, 1904 56,8, im Jahre 1905 aber nur 56,1 Proz.

Diese Zahlen allein rechtfertigen indes nicht den gezogenen Schluß. Wenn beispielsweise, wie dies in den Zeiten des Ueberganges von einer rückläufigen Konjunktur zu steigender Konjunktur der Fall zu sein pflegt, viel Vorrichtungsarbeiten verrichtet werden, also ein Teil der Arbeit der Belegschaft der Förderung entzogen ist, muß der Lohnanteil an den Gesamtergebnissen steigen und umgekehrt. Berücksichtigt man dagegen, daß die Durchschnittsjahrespreise betragen haben für

	Hochfö-	Flamm-	Fett-	Rager-	Gas-
	hols	lohlen	lohlen	lohlen	lohlen
1900 . .	21,20	10,00	10,25	9,50	12,75
1905 . .	25,00	9,47	9,49	8,72	11,81

und daß die Preise für die Tonne vom April 1906 ab nur um durchschnittlich 0,50 M. bei Kohlen erhöht sind, und daß die Dividenden der meisten auf Aktien gegründeten Forderungen des Ruhrbezirks 1905 diejenigen von 1900 noch nicht erreicht hatten, wird man kaum die Behauptung aufrecht erhalten können, daß die heutigen den Stand von 1900 übersteigenden Löhne den Arbeitern einen angemessenen Anteil an den Vorteilen der Hochkonjunktur nicht gewährten.

Zum Schluß folgt dann noch eine demütige Verbeugung vor dem Vergarberlichen Verein nebst der Anerkennung, daß er durch seine Antwort an die Studienkommission bereits das Seinige zur Verständigung getan habe:

„Mit dem letzten Beschlusse des Vergarberlichen Vereins ist der Weg zum Ausgleich der Gegensätze beschritten. Auf beiden Seiten wird man von dem Bewußtsein befeelt sein müssen, von welcher ernstesten Tragweite für das gesamte wirtschaftliche Leben in unseren Vaterlande eine Unterbrechung der Kohlenförderung sein würde. Es ist zu hoffen, daß Mäßigung auf Seiten der Arbeiter und Wohlwollen auf Seiten der Arbeitgeber die Gefahren eines Streiks abwenden werden.“

Auf den Inhalt dieses lächerlichen Selbstwiderlegungsversuches einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe. Der Trieb, die vom Kohlenyndikat durch Fördereinschränkungen künstlich hochgetriebenen Kohlen- und Kokspreise des Jahres 1900 mit den heutigen Preisen zu vergleichen und mit ihnen die Lohnsteigerungen in Parallele zu stellen, ist zu albern, als daß jemand, der nur halbwegs die Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus während des letzten Jahrzehnts verfolgt hat, ihn ernst nehmen kann. Wenn die dem Handelsministerium zur Verfügung stehenden geistigen Kräfte nichts Besseres in der statistischen Zahlenjonglerie zu leisten vermögen, dann sollte man diese „Veweise“ der „Köln. Ztg.“ und dem Dr. Jüngst überlassen, die immerhin doch noch um wenigstens 50 Proz. gescheitert sind.

Womit die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Verlegenheit ihre Stellungnahme zu begründen sucht, ist absolut nebensächlich; die Deffentlichkeit interessiert nur die totale Zerfahrenheit in den sogenannten „maßgebenden“ Kreisen, von denen die Artikel des Blattes zeugen und die Dienstbefissenheit, mit der sich sofort die Regierung dem Bunde des rheinisch-westfälischen Unternehmertums unterwirft, sobald dieses unmutig die Stirn rückt. Diese Abhängigkeit der Regierung von dem Großunternehmertum und der mit ihm koalitierten Bankfinanz ist zwar nichts Neues; die Haltung der Regierung während und nach dem letzten Vergarbeiterausstand, die „Hibernia“-Verstaatlichungssache, die Hinausdrängung des langen Möller haben dafür genügend stichhaltige Beweise geliefert; aber die offizielle Bestätigung, daß sich seitdem an dieser schönen Liaison trotz aller rohen Bräutereien, die sich gelegentlich der männliche Teil, das Unternehmertum, leistete, nicht das geringste geändert hat, ist immerhin höchst wertvoll. Wir sind deshalb auch durchaus nicht der Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“, daß es „zweckmäßig“ gewesen wäre, „wenn beide Artikel im Lintensatz geblieben wären.“ Im Gegenteil, wir finden, daß sich zur Aufklärung des Publikums über die Qualifikation des heutigen Regierungskurses die „Nordd. Allgem. Ztg.“ häufiger derartige Artikel leisten sollte. Sie vervollständigen in ihrer Art gar prächtig die Beiträge zur Charakteristik unseres heutigen Regierungssystems, die bereits die Kolonialskandale, die Bobbielski-Affäre, die Hohenlohenische Memoiren und den Köpenicker Rathausüberfall geliefert haben. —

Der 18. Brumaire des Georges Clémenceau.

Paris, 23. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Geschichte der dritten Republik ist um eine dramatische Wendung reicher. Das parlamentarische Regiment, scheinbar das logische Herrschaftssystem der Demokratie, hat auf einmal dem perfönlichen Regiment Platz gemacht. Und dieses Ereignis ist nicht etwa aus einem augenblicklichen Notstand der Republik geboren, wie seinerzeit das Kabinett Waldeck-Rousseau, das in einer Zeit der politischen Anarchie das Ruder ergriff, sondern das Ereignis trat ein, nachdem das allgemeine Stimmrecht dem republikanischen Parlamentarismus demonstrativ das Vertrauen der Mehrheit der Nation votiert hatte.

Die Wahlen haben der Kammer eine radikale und radikal-sozialistische Mehrheit gegeben. Clémenceau aber läßt den Radikalen in seinem Ministerium nur wenige und wenig wichtige Ressorts, bewahrt der gemäßigten demokratischen Union ihren Einfluß und hätte sich mit Millerand, dem gefährlichsten Gegner der Combesischen Majorität, zusammengesetzt, wenn diesem das Justizportefeuille nicht zu gering und Clémenceaus Knappen Pichon das Ministerium des Auswärtigen nicht schon zugesagt gewesen wäre.

Also kein parlamentarisches Ministerium. Aber schon hören wir das neue Schlagwort: Ein Ministerium der Talente!

Großes Vertrauen zur demokratischen Auslese spricht gerade nicht aus dieser Phrase. Mit ihr kann man — wenn man will — auch den Absolutismus rechtfertigen. Aber am Ende sollte man wegen des Mangels an konstitutionellem Formalismus diesmal nicht haben. Vielleicht fühlt sich Herr Georges Clémenceau wirklich als Werkzeug der Weltgeschichte, als Volkstrotzer der Aufgabe, die Menschenrechte zu verteidigen und die Sozialreform zu schaffen, die die „Utopien“ des proletarischen Sozialismus überflüssig macht. Die Diktatur des freien großen Individuums statt der der organisierten Arbeitermassen. Würde die aus dem Flend herausgeführte und vor dem Kommunismus bewährte Gesellschaft ihrem Fetter nicht Zudemutheit bewilligen? —

Das Ministerium der Talente! Allerdings, die Talente konzentrieren sich notwendig in der Person des Ministerpräsidenten. Nicht etwa, daß man von Briand gering denken dürfte und die sachmännliche Vorzüglichkeit Vivianis, des neuen „unabhängigen Sozialisten“ im neuen Ministerium der Arbeit anfechten könnte! Und daß Piquart ein theoretisch und praktisch ausgezeichneter begabter Kenner des Heerwesens ist, geben auch seine Gegner in den konservativen Armeekorpsen zu. Aber die kritische Frage dieses Ministeriums ist: Wird seine Gesamtpolitik weitestgehend und energisch genug sein, um das Mißverhältnis, das Mißtrauen und das mehr oder minder heimliche Uebelwollen der radikalen Linken niederzuzwingen? Wird es den Sozialisten eine genügende Abschlagszahlung bieten? Man sieht, das Schicksal der neuen Regierung ist nicht auf die tüchtige Ressortarbeit, sondern auf die Mäßigkeit ihrer allgemeinen Grundzüge gestellt und auf die Popularität, mittels deren sie sich eine Gefolgschaft gewinnt.

Aber Mäßigkeit kann Clémenceau auf zwei verschiedenen Gebieten entfalten, um Popularität auf zweierlei Art zu erwerben. Er kann das soziale Reformprogramm des Radikalismus zu verwirklichen suchen, und er kann nach sichbaren und der Fittigkeit der Nation schmeichelnden Triumpfen in der äußeren Politik streben. Sein Herz zieht ihn schwerlich zum ersten hin. Was der Radikalismus zunächst an Reformen fordert: Einkommensteuer mit zuverlässiger Einkommenserforschung, Arbeiterversicherung mit Staatszuschüssen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verstaatlichung der Bahnen und Vergewerke — das alles gehört in das Kapitel des Staatssozialismus, und man weiß, wie sehr sich Clémenceaus Liberalismus in manchen charakteristischen Erklärungen von dem manifestlich-anarchistischen Philosophie beeinflusst geizigt hat. Andererseits ist Clémenceaus Revanchepatriotismus unlegbar. Als Genosse Pressens in November 1903 in der Kammer für die Vermeidung der Rüstungen plädiert und dabei den Verdacht auf die Revanche ausgesprochen hatte, schrieb Clémenceau in der „Aurore“ (25. November):

„Ich lasse die Rationalisten beiseite, deren gewohntes Spiel es ist, die verlorenen Provinzen durch die Mittel wohlfeiler Mederei wiederzuerobern. Ich betrachte nur die Masse der Franzosen in ihrem Verhalten gegenüber Elsh-Lothringen. Wenn Herr v. Pressens geglaubt hat, deren Meinung auszudrücken, dann hat er wirklich den unentschuldbarsten Irrtum begangen. In dieser heißen Materie halte ich mich bis auf weiteres an die Lehre Gambettas: Nie davon sprechen, stets daran denken!“

Da hätten wir also das Programm des nackten Revanche-Chouvinismus, und der Umstand, daß Clémenceau jetzt, von dem vorsichtigen Bourgeois befreit, durch seinen Gefolgsmann Pichon die äußere Politik regieren wird, in einer Zeit, da der englische Imperialismus es nicht an Versuchen fehlen lassen wird, die Anglomanie des in Frankreich herrschenden Mannes auszunutzen, ist sicher eben seine Würdigung des Weltfriedens. Und die unzweifelhaft größere Selbstständigkeit Piquarts wirkt diesen Einflüssen nicht entgegen. In dem neuen Kriegsministerium bereinigt sich der militaristische mit dem republikanischen Geist. Es ist die gloirepatriotische Ideologie, die die Eroberungskriege der ersten Republik als die Fortsetzung der Hegemoniepolitik Ludwigs XIV. erscheinen läßt. Hierzu kommt, daß für Piquart die Revanche nahe liegt, die Abneigung, die in einem großen Teile des Offizierkorps noch gegen ihn besteht, durch verstärkte Sabeltraherei zu besiegen.

Wenn nun eine demagogische auf Effekte angewiesene, von dem Machttrieb und der Launenhaftigkeit eines nach den letzten Lebensfrüchten greifenden sibirischen Greises abhängige Politik die Wachsamkeit vor allem seiner eigenen gefährdeten Volksgenossen fordert, so wäre doch eine übergroße Nervosität auf Seiten Deutschlands nicht gerechtfertigt und läge nur im Interesse der deutschen militaristischen Reaktion, die denn auch die Regierung Clémenceaus nicht ohne heimliches Vergnügen sehen mag. Aber daß Frankreich auswärtige Politik in der nächsten Zeit von einem Manne geleitet werden wird, der den Kampf um die verlorenen Provinzen als ihren Hintergedanken bekannt hat, daran trägt zum guten Teil die Schuld die glorreiche Auslandspolitik des Deutschen Reiches, für die eben dieselben Blätter, die Clémenceaus Regierungsantritt mit bedenklichem Kopfschütteln begleiteten, als mehr oder weniger freiwillige offizielle Bekannte gemacht haben. Ohne den Marokkospetastel wäre der Revanchepatriotismus nicht galvanisiert worden, die Abneigung gegen Deutschland nicht von neuem so erstarbt, daß ein Ministerium schon aus ihr Popularität zu schöpfen hoffen könnte. Sicherlich, an sich ist das Bekenntnis einer französischen Regierung zu diesem Programm noch keine Gefahr für den Frieden. Haben doch reichlich zwei Jahrzehnte lang die Ministerien und Parlamente der Republik am Altar der Revanche materielle und symbolische Opfer dargebracht. Aber die unlegbare Reaktion gegen die seit den neunziger Jahren eingeleitete Annäherung zwischen den beiden Nationen ist das Werk deutsch-offizieller Ungeschicklichkeit, ungezügelter Brutalität und offizieller Annahmlichkeit.

Doch sind allerdings noch andere, stärkere Kräfte wirkend gewesen, um die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie ins Stöcken zu bringen und die Diktatur möglich zu machen. Der kleinbürgerliche Radikalismus scheint an einem Punkte angelangt zu sein, wo er weder vorwärts noch rückwärts kann. Der Widerstreit zwischen seinen antiparlamentarischen Instinkten und seinen antiproletarischen Interessen lähmt ihn demmaßen, daß er nicht die Kraft noch die Selbstgewißheit hat, der Diktatur in die Arme zu fallen und die solange verheißene soziale Reform auf eigene Verantwortung zu begreifen.

Deutsches Reich.

Der Reichsverband.

Nicht nur Herr Lorenz, der Herausgeber der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, höhnt über die agitatorische Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und seines Erfolges bei der Reichstagswahl in Döbeln-Neuhain, auch die „Germania“ vermag die Verdienste dieses schönen Vereins mit dem langen Titel nicht zu entdecken. Sie meint in dem Leitartikel ihrer heutigen Morgennummer:

Die Sozialdemokratie kann nur ihre Freude an der Tätigkeit des Reichsverbandes haben. Der Mißerfolg von Döbeln-Neuhain wird die Abneigung der übrigen Parteien gegen die Wahltaktik des Reichsverbandes wohl verstärken. Wir erwandten dieser Tage schon, wie die „Kattib. Korresp.“ ihre Parteifreunde mahnte, zuerst an die eigene Partei zu denken und sich nicht mit dem Reichs-

verbände abzugeben; durch Anspannung aller Kräfte und Mittel sei die eigene Partei sicher in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie am wirksamsten. Die „Konk. Korresp.“ ist derselben Ansicht. Auch sie ermahnt ihre Parteigenossen, in erster Linie zur eigenen Partei zu stehen.

Die Theorie des Reichsverbandes ist eben aufgestellt worden ohne alle Rücksicht auf die Wirklichkeit. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie soll alle Parteien einen — als ob es auf der zweiten Welt nichts anderes gäbe, was den Wählern am Herzen liegt, als der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Es gibt mancherlei Anschauungen, Interessen und Wünsche, die ihnen weit näher liegen. Da diese aber bei den verschiedenen Wählern verschieden sind, ist es einfach unmöglich, einen Kandidaten zu finden, der allen zusagt. Die Folge ist, daß viele Wähler der Urne fernbleiben, die gewählt haben würden, wenn ein ihnen zusagender Kandidat aufgestellt worden wäre, daß also die Zahl der bürgerlichen Stimmen bei einer Wahlmaske Kandidatur geringer ist, als bei Aufstellung mehrerer Kandidaten, und somit der Sozialdemokratie der Sieg erleichtert wird.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: das gilt auch für den Reichsverband. Seine innere Schwäche wird immer mehr erkannt. Einst erschien er ja auch manchem unserer Genossen gefährlich; doch seit er bei den Reichstags- und Provinzialwahlen des letzten Halbjahres gezeigt hat, was er zu leisten vermag und wie wenig er sich auf die Psychologie der Wähler aus der Arbeiterkategorie und dem Kleinbürgertum versteht, sind fast überall diese Bedenken verschwunden. Wenn der Reichsverband in nächststündigen Wahlfreien zu Schaden vermag, so muß er uns in politisch durchgebildeten Kreisen durch die Einfaltigkeit seiner Agitationsweise. Die Bilanz erscheint nicht ungünstig.

Das Zentrum und die Kolonialpolitik.

Die Führer des Zentrums lassen Herrn Erzberger weiter gegen die offizielle Kolonialpolitik wüten; sie kritisieren aber sind durchaus nicht geneigt, aus dieser Agitation für ihre Stellungnahme zu den kolonialpolitischen Fragen im Reichstage irgend welche Konsequenzen zu ziehen. Das zeigen auch neue die Äußerungen, die sich der Referent Graf Praschma auf dem zuseit in Reise abgehaltenen Parteitag der schlesischen Zentrumspartei über die Tätigkeit des klerikalen Parteibüros und ihre Bedeutung gestattete. Nach dem Bericht der „Germania“ sagte der Herr Graf:

Die Ablehnung des selbständigen Kolonialamts sei zum Teil aus taktischen Gründen erfolgt. Das Zentrum habe sich vor der dritten Lesung bereits dahingehend ausgesprochen, daß es überstimmt werden werde. Die Unzuverlässigkeit der „Freunde“ des selbständigen Kolonialamts habe das Projekt zu Fall gebracht. Ein Wort über den neuen Mann; doch er bei der Ordnung der Dinge große Geschicklichkeit gezeigt hat, ist bekannt, und daß es dem Bureaukratismus schlecht geht, schadet wohl nicht. (Weiter.) Ich komme nun zu den sogenannten Kolonialkandidaten. Es liegen wohl kaum strafrechtlich zu ahnende Vergehen vor. Es leidet offenbar an einem Mangel an Sachkenntnis und Finanzkenntnis. Wenn gegen diese Zustände von einem Abgeordneten in Schrift und Wort angegangen wird, so ist das sein gutes Recht. Aber es handelt sich nicht um eine Aktion der Partei; denn bei solchen Enthüllungen ist man vielfach auf unübersehbare Quellen angewiesen. Auf jeden Fall wird es die Partei vermeiden, in die Exekution einzugreifen, es vermeiden, als wolle sie in die Rechte der Beamteneinweisung eingreifen. Auch an der Ministerkürzerlei in Preußen wird das Zentrum sich nicht beteiligen.

Die Fleischnot in Ostpreußen.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 23. Oktober wiederum einstimmig eine Petition an die Regierung zu richten beschlossen, in der wegen der fortgesetzt herrschenden Fleischnot und Fleischsteuerung die Dämpfung der Grenzen zur Vieheinfuhr verlangt wird. Bei der Begründung kamen einige recht bemerkenswerte Stellen aus dem Verwaltungsbericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes vom 1. April 1905 bis 1. April 1906 zur Sprache. Es heißt da zum Beispiel:

Auf dem Schlachthofe haben sich die Verhältnisse sehr ungünstig im Berichtsjahre entwickelt, indem 17322 Tiere — 13,12 Proz., davon allein 15 859 Schweine — 20,63 Proz. weniger als im Vorjahre geschlachtet wurden. Eine derartige Abnahme der Schlachtungen hat sich seit der Inbetriebnahme des städtischen Schlachthofes im Jahre 1895 noch nicht gezeigt und ist lediglich durch die enorme Steigerung der Schweinepreise hervorgerufen.

Die Einfuhr von frischem, anwärts geschlachtetem Fleisch, soweit es dem städtischen Schauamt zur Untersuchung vorgelegt wurde, hat ebenfalls einen weiteren Rückgang um 1988 Tiere, davon um 1358 Schweine erfahren.

Die Durchschnittspreise für 50 Kilogramm Fleischgewicht im Großhandel sind bei allen Tiergattungen gestiegen, bei Schweinen um 31,28 Proz., bei Schafen um 19,16 Proz., bei Kalbieren um 8,42 Proz. und bei Rindern um 4,59 Proz.

Der Verbrauch an frischem Fleisch ist von 65.029 Kilogramm um 22.479 Proz. auf 50.411 Kilogramm pro Jahr und Kopf der Bevölkerung gefallen.

Diese Feststellungen des Berichts reichen bis April 1906. Von diesem Zeitpunkt an bis jetzt ist es noch viel schlimmer geworden. Auf eine bereits früher eingereichte Petition des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung hat die Regierung nicht einmal geantwortet. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde dieses Verfahren der Regierung in scharfen Worten gerügt und zu energischem Vorgehen aufgefordert. Sie stellten in der Debatte fest, daß infolge der Fleischsteuerung der Konsum des Pferdefleisches ganz gewaltig zugenommen hat. So betrug im Berichtsjahre 1904/05 des Schlacht- und Viehhofes der Konsum an Pferdefleisch 288 211 Kilogramm; im Jahre 1906/07 aber bereits 334 237 Kilogramm, ein Mehrverbrauch von 66 026 Kilogramm in einem Jahre! Seit April dieses Jahres ist der Verbrauch weiter bedeutend gestiegen.

Diese Fleischnot und Fleischsteuerung besteht nun aber nicht etwa nur in Königsberg, sondern in allen kleinen und größeren Städten Ostpreußens, einer agrarischen Provinz, in der hervorragend Viehzucht betrieben wird! —

Eine Fleischnotdebatte im Leipziger Stadtparlament.

Leipzig, 24. Oktober.

Nach und Stadtverordnete Leipzigs haben schon im September vorigen Jahres eine Petition an die sächsische Regierung gerichtet, worin sie sie aufforderten, wegen der steigenden Fleischsteuerung bei der Reichsregierung um Grenzöffnung vorstellig zu werden. An den Reichstagskanzler hatten sie eine Eingabe im gleichen Sinne gerichtet. Beantwortet wurde keine dieser beiden Eingaben. Am Mittwoch wurde die Frage im Stadtverordnetenkollegium angehängt auf Grund einer Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Unter Hinweis auf den kolossalen Rückgang des Konsums guter Fleischwaren und dem steigenden Verzehren von Pferde- und Hundefleisch begründete sie unser Fraktionsredner an der Hand einer Statistik.

Eine Kommission müsse eingesetzt werden, die zu prüfen habe, auf welche Weise der Bevölkerung durch die Stadt billigere Lebensmittel beschafft werden könnten.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien schwiegen sich bezeichnenderweise aus. Nur der Oberbürgermeister machte ein paar nichtsfagende Bemerkungen über diese ernste und wichtige An-

gelegenheit; unter anderem sagte er, daß er persönlich für die Dämpfung der Grenzen sei, um zu sehen, ob der Fleischnot dadurch wirklich gesteuert werden könne.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden darauf einstimmig dem Verfassungsausschuß überwiesen, der dem Kollegium nach der Erhebung statistischer Materials Vorschläge unterbreiten soll.

Die Anträge lauten:

Das Kollegium wolle beschließen: Den Rat um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Antwort die Regierung auf die Petition der städtischen Kollegien vom September 1905, die Fleischnot betreffend, erteilt hat. Weiter möge das Kollegium beschließen: Den Rat zu ersuchen: 1. in Anbetracht der Tatsache, daß die Fleischnot sich nicht vermindert, sondern vergrößert hat, erneut bei der sächsischen Regierung, desgleichen bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die die jetzige Nahrungsmittelsteuerung hervorgerufenen Ursachen abgestellt werden; 2. einen aus Ratmitgliedern und Stadtverordneten gebildeten Ausschuß einzusetzen, der die Frage, ob und inwieweit durch die Stadt selbst geeignete Maßnahmen zur Vinderung der durch die Nahrungsmittelsteuerung hervorgerufenen Notlage getroffen werden können, prüfen und geeignete Vorschläge machen soll.

Die attentatsfürchtige Polizei.

Unter den nervösen Befürchtungen der Polizei bei dem jetzigen Besuche Wilhelms II. in Bonn haben unsere dortigen Genossen aufs schmerzliche zu leiden gehabt. Kurz vor den sogenannten Kaiserfesten entfaltete die Polizei eine fabelhafte Emsigkeit. Es schien ein großes, geheimnisvolles Verbrechen im Anzuge zu sein, und sonderbarerweise suchte man die „Verbrecher“ in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Eine Reihe tätiger Partei- und Gewerkschaftsmitglieder suchte man an der Arbeitstätte auf. Man verlangte von ihnen ohne weiteres im Beisein des Arbeitgebers, daß sie ein Anmeldeformular ausfüllten. In einem Geschäft wurden vier Genossen dazu veranlaßt. Es wurde ihnen gesagt, man wolle Vergleiche bezüglich ihrer Schrift anstellen. In einzelnen Geschäften kamen die Beamten sogar mehrmals und stellten in Gegenwart der Unternehmer die wunderlichsten Fragen. Ein Genosse, der so gutmütig war, ein solches Formular auszufüllen, wurde eine Stunde nachher von Kriminalbeamten aufgefordert, ihnen nach seiner Wohnung zu folgen. Dort sagte man ihm, daß ein anonymes Schreiben bei der Polizei eingelaufen sei, dessen Schrift mit der seinen übereinstimme. Er mußte samt seiner Frau erneute Schriftproben geben.

In der Wohnung unseres Bonner Parteivorstehenden hielt man ebenfalls Umschau. In der Wohnung eines anderen Genossen, den die Polizei durch ihr Vorgehen aus der Privatstube gebracht hat, erschien man mehrmals, wobei man sich besonders für ein Bild interessierte, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion darstellte. Man beschlagnahmte dort mehrere Bücher. Ein Statut des sozialdemokratischen Vereins brachte man bald wieder zurück. Ein überaus harmloser und feilscher Arbeiter, der früher einmal Schriftführer des sozialdemokratischen Vereins war, wurde vorverhaftet und von morgens 11 Uhr bis zum Abend festgehalten. Ohne Hausdurchsuchung ging es auch bei diesem nicht ab. Die Ergebnisse des blinden Polizeieifers waren selbstverständlich überall gleich Null.

Wie muß es in den Polizeistationen aussehen, die hinter jedem organisierten und politisch denkenden Arbeiter einen Bombenwerfer vermuten!

Die Nürnberger Razzia greifen auf die Nachbarstadt Fürth über. Am 24. August hatten sich die streikenden Maurer nach Nürnberg begeben, um an der Beerdigung des erschossenen Fleischmann teilzunehmen. Bei der Rückkehr trafen sie einen Streikbrecher, der am Abend vorher einem Streikenden ohne Anlaß einen Messerstich in die Seite versetzt hatte. Sie gerieten mit ihm in Streit und verabreichten ihm eine Tracht Prügel. Die Polizei mißte sich ein und zog die Säbel. Einem Polizisten wurde das Schwert abgenommen, damit er damit kein Unheil anrichten könne. Die Prügelgeißel soll zu einem Landfriedensbruch aufgebaut werden. Einer der Streikenden, den man zum Mordführer stempeln möchte, sitzt seit schon neun Wochen in Untersuchungshaft. Die Sache kommt vor dem Schwurgericht in Nürnberg zur Verhandlung.

Gegen die Gültigkeit der Reichstags- und Provinzialwahlen im 18. hannoverschen Wahlkreis Stade-Blumenthal wird, wie eine hiesige Korrespondenz zu melden weiß, von den freisinnigen Proteste eingeleitet werden. Es wird behauptet, daß die Wahlvorstände in einigen Bezirken die Fälschung einer Gegenliste verabräumt hätten. In einem Bezirke soll die Gegenliste dem nationalliberalen Stimmsführer übergeben worden sein, der am Vorstandsitzung Platz nahm und so gleichzeitig als Führer der Gegenliste und der Stimmliste der Partei fungiert habe. Der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl wird auch durch Vorgänge, die sich auf die vorhergegangene Wahlbewegung beziehen, begründet. So wird behauptet, daß unzulässige Wahlbeeinflussungen durch Regierungsbeamte vorgekommen seien.

Die Landtagswahlen im Großherzogtum Sachsen nehmen am Freitag, den 2. November ihren Anfang. An diesem Tage werden im ganzen Lande die Wahlmänner gewählt, die demnächst die 28 Abgeordneten, die aus den allgemeinen Wahlen hervorgehen, zu wählen haben. Der Ausschluß der Wahlmännerwahlen ist also für die Zusammenfassung des Landtags entscheidend. Bei dem famosen Wahlgesetz ist an eine große Änderung nicht zu denken, zumal der ganze Ordnungsbereich geschlossen gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht und die meisten Mandate brüderlich unter sich verteilt.

Aus dem Soldatenleben!

Zur Degradation und fünf Monaten Gefängnis hatte das Dresdener Kriegsgericht den Sergeanten Arndt vom Füsilierregiment 38 in Glatz wegen Mißbrauch der Dienstgewalt zu Privatweden in Verbindung mit vorwurfswidriger Behandlung und Verleumdung Untergebener unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilt. Arndt stand damals auch unter Anklage der widernatürlichen Unzucht, die aber nicht angenommen ward. Das kriegsgerichtliche Urteil führte aus, daß bei dem Angeklagten krankhafte Veranlagung vorliege. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Wid, beantragte die Beobachtung des Sergeanten auf seinen Geisteszustand und das Oberkriegsgericht, das sich auf Berufung nochmals mit dem Fall beschäftigte, beschloß in einer früheren Sitzung demgemäß. Das Oberkriegsgericht schloß am Dienstag die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit aus und erkannte: Die Berufung des Angeklagten wird verworfen und vier Monate Untersuchungshaft als von der Strafe verbüßt erachtet.

Als meineidiger Stellvertreter Gottes erwies sich der Unteroffizier Pfeifer vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Vor einem Jahre hatte er den Soldaten Imhof an der Brust gepackt und ihm eine Ohrfeige versetzt. Der Mißhandelte schenkte sich, die Sache zu melden. Später beschwerte sich der Soldat Herbert darüber, daß bei der Kompagnie zweierlei Recht herrsche, die einen würden schwer, die anderen gelinde oder gar nicht bestraft. Als Beweis führte er den Fall Imhof an. Herbert wurde wegen dieser Äußerung vor das Standgericht gestellt, wo Unteroffizier Pfeifer als Zeuge beschwor, daß er den Imhof nicht mißhandelt habe, während letzterer mit der Wahrheit herausrückte. Der Unteroffizier kam nun wegen Meineids vor das Kriegsgericht Würzburg, das ihn freisprach; auf die Berufung des Gerichtsherrn erkannte das Oberkriegsgericht auf sechs Monate Gefängnis.

Protestbewegung gegen die Lebensmittelsteuerung.

In Nürnberg nahmen vier, von der Sozialdemokratie einberufene Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Die Fleischnot und die fortwährende Steigerung aller unentbehrlichen Lebensmittel“ Resolutionen an, die die agrarische Zollpolitik verurteilen und die sofortige Grenzöffnung für die Vieheinfuhr und die Aufhebung der Viehölle verlangen.

In Straßburg veranstalteten unsere Genossen sieben große Volksversammlungen.

In Frankfurt a. Main haben die Konsumenten im Kampf gegen die Milchverteuerung einen teilweisen Erfolg erzielt.

In den Ruhestand versetzt. Das Wolffsche Bureau meldet aus Colmar (Elsas):

Seine Majestät der Kaiser hat den Bezirkspräsidenten Prinzen Alexander zu Hohenlohe einstweilig in den Ruhestand versetzt.

Oekonomierat Ernst Ring, Rittmeister a. D., der bekannte Führer des Bundes der Landwirte und Gründer der Berliner Viehzentrale, der Viehzentrale und des Ragerviehhofes in Friedrichsfelde ist gestern in Zehlendorf am Herzschlag gestorben.

Ausland.

Frankreich.

Ein Ministerium der Arbeit.

Paris, 24. Oktober. (Fig. Ver.)

Clémenceau, der sich kürzlich als „unabhängiger Sozialist“ vorstellte, hat ein neues Ministerium für die sozialpolitischen Aufgaben ins Leben gerufen und an seine Spitze den Deputierten René Viviani gestellt, der immerhin mit einigermaßen größerem Rechte den Namen eines unabhängigen Sozialisten in Anspruch nehmen darf. Viviani, der jetzt im 43. Lebensjahre steht, gehörte bekanntlich ehemals dem „Parti Socialiste Français“ an. Seit 1893 war er Deputierter, 1898 wurde er nicht wiedergewählt. Bei der Einigung der Partei hielt er sich abseits. Bei der letzten Wahl drang er im 5. Pariser Arrondissement in der Stichwahl gegen einen Nationalisten durch. Er ist von Beruf Advokat und vertrat seit längerer Zeit als Verbandsanwalt die Eisenbahnergewerkschaft. Daneben war er Redakteur der radikalsozialistischen „Lanterne“. Nach seinen Anschauungen repräsentiert er den Advokatensozialismus der Millerand und Briand, wobei ihn sein sozialpolitisches Wissen dem ersteren näher stellt. Jedenfalls hat er das Zeug dazu, ein tüchtiger Fachminister zu werden. Seine nächste Aufgabe wird es sein, die Altersversorgung durchzuführen, gegen die sich im Senat jedenfalls ein starker Widerstand erheben wird. Durch Vivianis Berufung hat Clémenceau den Sozialisten offenbar eine Bürgerhaft für seinen sozialreformerischen Ernst geben wollen.

Die Errichtung eines neuen Ministeriums ohne vorherige Befragung des Parlamentes scheint immerhin auffallend. Die Verfassung spricht sich allerdings nicht ausdrücklich über den Gegenstand aus. Natürlicher bleibt den Kammern die Möglichkeit, die für das neue Ministerium geforderten Kredite zu verweigern und dieses derart aus der Welt zu schaffen. Clémenceau rechnet aber im gegebenen Fall nicht nur auf das sozialpolitische Programm der Linksparteien, das ihnen die Verwertung eines sozialpolitischen Amtes verbietet, sondern auch auf eine Organisation dieses Amtes, die keine bedeutenden Mehrausgaben notwendig machen wird. Im Arbeitsministerium — genauer: Ministerium der Arbeit und der Hygiene — werden fünf Dienstzweige vereinigt. Zwei davon werden vom Ministerium des Innern losgelöst: Das Amt für öffentliche Armenpflege und Hygiene und die Direktion der „Mutualität“, der freiwilligen Hilfskassen, zwei vom Handelsministerium: die „Direction du Travail“ (das eigentliche Arbeitsamt) und die Direktion des Versicherungswesens und der sozialen Vorsorge. Endlich gibt das Ministerium einen Teil der Bergwerksverwaltung an das neue Ministerium ab. Es ist also mehr an eine Uebernahme der Verwaltungsorganisation als an die Schaffung neuer Dienstzweige gedacht.

Berufung von Antimilitaristen.

Paris, 22. Oktober. (Fig. Ver.)

Die „Voix du Peuple“ hatte auch in diesem Jahre anlässlich des Einrückens der Rekruten eine Sondernummer herausgegeben und darin einige Illustrationen aus der im vorigen Jahre mit Verstoß belegten Nummer reproduziert. Der Staatsanwalt von Marseille leitete eine Untersuchung ein und der Untersuchungsrichter lud den verantwortlichen Redakteur Vignaud vor. Dieser forderte kommissarische Vernehmung, aber das Gericht ordnete zwangsweise Vorführung an und Vignaud wurde am Sonnabend in Haft genommen und nach Marseille transportiert.

Was mit solchen geschäftigen Maßregeln erreicht werden soll, weiß wohl das Gericht selber nicht. Herr Clémenceau, der so viel schöne Artikel zum Schutze der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftung geschrieben hat, könnte sich für die Verwirklichung seiner Prinzipien ein wenig mehr interessieren selbst während der vielen Geschäfte der Arife. Bisher ist die Verhaftung von Redakteuren zum Zwecke der Einvernahme in Frankreich noch nicht geübt worden.

Schweden.

Forderungen der Marineverwaltung.

Der schwedische Reichstag von 1907 wird, wenn es nach dem Willen der Regierung gehen soll, außerordentlich hohe Summen für die Flotte bewilligen müssen. Die Marineverwaltung verlangt: für Torpedojäger 1 906 000 Kronen, für Torpedoboote 3 748 000, für zwei Unterseeboote 1 000 000, für Umbau älterer Kriegsschiffe 630 000, für Munition, Minen und dergleichen 1 500 000 Kronen und schließlich zum Bau einer Kirche für die Marinemannschaft 335 000 Kronen. Außerdem soll aber auch ein Panzerkreuzer gebaut werden, der — wie man annimmt — allein 15 Millionen kosten wird, der aber gleichwohl nicht stark genug sein kann, um es etwa mit den Riesenschlachtschiffen der Großmächte aufzunehmen. Es geht das Gerücht, daß dies Schiff hauptsächlich dazu bestimmt wäre, Schwedens Kriegsmacht Notwegen gegenüber zu stärken, obgleich man doch meinen möchte, daß nach der Auflösung der konfliktreichen Union und nach Festsetzung der neutralen Zone zwischen beiden Ländern dergleichen nicht mehr nötig sein sollte.

Gewerkschaftliches.

Ein bedenklicher Schiedsspruch.

In den zwischen den Bauarbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberverband in München für das Baugewerbe im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine Bestimmung der ortspolizeilichen Vorschrift mit übernommen, wonach der Gemüß geistiger Getränke während der Arbeitszeit auf Hochbauten verboten ist. In dem von dem Baumeister Moll aufgeführten Erweiterungsbau der Universität haben sämtliche Bauhilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen nicht gestattet wurde, während der Arbeitszeit Bier auf die Baustelle zu bringen. Die Leitung der Organisation hat dieses Vorgehen der Arbeiter entschieden mißbilligt; selbstverständlich wurde nicht nur keine Unterstützung ausbezahlt, sondern die Arbeiter zu der Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt. Dieser Aufforderung kamen nur 18 Arbeiter nach, die übrigen weigerten sich, die Arbeit bei Moll wieder

aufzunehmen, doch hatte die Organisation dem Unternehmer andere Arbeiter vermittelt. Mehr konnte die Leitung der Organisation mit dem besten Willen nicht tun. Damit war der Scharfmacherverband aber nicht zufrieden und stellte beim Einigungsamt des Gewerbegerichts München den Antrag, einen Schiedspruch darüber herbeizuführen, daß die Organisation der Bauhülfenarbeiter gehalten sei, die vertragsbrüchigen Arbeiter aus der Organisation auszuschließen. In der am Mittwoch vor dem Einigungsamt durchgeführten Verhandlung betritt der Geschäftsführer der Organisation, Genosse Döbler, den Unternehmern das Recht, einen derartigen Antrag zu stellen, auch sei hierzu weder das Einigungsamt kompetent, noch hätten die Leiter der Organisation die Macht, einen diesbezüglichen Ausschluß von Mitgliedern herbeizuführen. Maßgebend hierfür sei einzig und allein das Statut und die Entscheidung der Generalversammlung. Das Einigungsamt erließ mit allen gegen eine Stimme einen Schiedspruch dahin, daß die Organisation der Bauhülfenarbeiter die vertragsbrüchigen Arbeiter als Mitglieder anzuschließen habe!

Mit diesem Schiedspruch ist nach unserem Dafürhalten das Einigungsamt über seine Kompetenz hinausgegangen. Für die Mitglieder, die in erster Linie über den Ausschluß des Mitgliedes zuständig sind, ist weiter nichts maßgebend, als das Statut. Und danach sind die Mitglieder gehalten, für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege einzutreten. Ausgeschlossen kann werden, wer gegen das Statut und die Arbeiterinteressen verstößt. Nun ist zweifellos der Tarifvertrag abgeschlossen worden zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ob aber ein Mitglied gegen den Vertrag als solchen oder gegen das Statut verstoßen hat, darüber hat einzig und allein die Mitgliedschaft und niemand anders zu befinden. Was nun, wenn die Versammlung die Leute, deren Vorgehen gewiß nicht zu billigen ist, dennoch nicht ausschließt?

Wird dann die Organisation als solche vertragsbrüchig erklärt werden? Wir meinen, die Scharfmacher spielen hier mit dem Feuer. Würden die Scharfmacher bisher ebenso verpflichtet worden sein, jene Arbeitgeber, die durch Lohnabsätze usw. ebenfalls gegen die tariflichen Abmachungen verstoßen haben, auszuschließen, dann wäre im Münchener Scharfmacherverbande nahezu kein Mitglied mehr vorhanden!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Die letzte Nummer der „Arbeitsberichterstattung“ bringt einen Artikel, worin sie sich auch mit den Streiks in der Berliner Metallindustrie beschäftigt.

Was zunächst die Werkzeugmacher anlangt, so möchten wir bemerken, daß sich die „Arbeitsberichterstattung“ bezüglich mag, wir haben die tatsächliche Konkurrenz schon berücksichtigt und halten es trotzdem für möglich, daß die Berliner Werkzeugfabrikanten unsere Forderungen bewilligen, ohne Einbuße an ihrer Konkurrenzfähigkeit zu erleiden.

Bzüglich der Automobilabteilung ist die „Arbeitsberichterstattung“ geradezu lässlich. Sie meint, die Arbeiter sollten froh sein, wenn Überstunden gemacht werden dürfen; das gäbe doch einen schönen Mehrerwerb!

Weiter meint dieses „arbeiterfreundliche“ Blatt, die Überstunden zu verweigern, sei ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand. Die Schreiber solchen Blödsinns zu belehren, wird ja nun nicht möglich sein, trotzdem wollen wir das Geschriebene nicht unbedacht lassen.

Die Arbeiter des Automobilbaues haben die Überstunden verweigert, weil sie nicht nur an sich selbst, sondern auch an die trotz der guten Konjunktur immer noch in großer Zahl vorhandenen arbeitslosen Kollegen denken. Auch diese Kollegen sollen Beschäftigung und Verdienst haben; auch für diese Kollegen ist in neun Wochen Weihnachtsferien. Die Arbeiter verzichten auf die „gut bezahlten“ Überstunden und den dadurch erzielten Mehrerwerb, wenn dies nur dadurch erreicht werden kann, daß anderen Kollegen die Arbeitsgelegenheit genommen wird. Diesen Gedanken der Solidarität hat die Organisation der Arbeiter gepredigt, und wenn dieser schöne Gedanke bei den Arbeitern der Automobilabteilung festen Fuß gefaßt hat, dann sind wir stolz auf solche Resultate unserer Erziehung. Mit diesem Verhalten braucht sich die Arbeitererschaft wirklich nicht zu verstellen. Wie ganz anders demgegenüber das Verhalten der als „arbeiterfreundlich“ verschrien Firma Siemens-Schuckert mit ihrem Direktor Dillmann. Ein Muster von Kühnheit!

Obgleich der Firma angeboten war, ihr genügend brauchbare Arbeitskräfte zu stellen, um die vorhandenen freien Plätze zu besetzen, flohen die Arbeiter aufs Pflaster, als sie sich weigerten, 14 bis 16, sogar 20 Überstunden in der Woche zu machen. Wie ob solchen Betragens eine solche Firma noch als human und arbeiterfreundlich bezeichnet werden kann, das liegt allerdings außerhalb des Fassungsvermögens der Arbeiter. Auch das Verhalten der Firma in ihren übrigen Werken ist ganz dazu angetan, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Nur weiter so.

Deutscher Metallarbeiterverband, (Ordnungsverwaltung Berlin.)

Die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe und die Ausperrungspläne der Unternehmer.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands ist zurzeit eifrig bestrebt, unter den Berufsgenossen in allen Teilen des Reiches mehr Aufklärung über den Kulturwert der Arbeitszeitverkürzung zu verbreiten und die Kollegenschaft gleichzeitig vorzubereiten auf die großen Kämpfe, die, wie in anderen Berufen, so auch im Baugewerbe, der organisierten Arbeitererschaft offenbar bevorstehen, wie die immer deutlicher zutage tretenden großen Ausperrungspläne der Unternehmer beweisen. Darum hat der Verband im ganzen Reich Versammlungen veranstaltet und auch eine Broschüre herausgegeben, die den Titel führt: „Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit“, und für 5 Pf. verkauft wird.

Der Zweigverein Berlin des Maurerverbandes hielt am Mittwoch in verschiedenen Stadtteilen Berlins sowie in Charlottenburg und Schöneberg sechs außerordentliche Generalversammlungen ab. Sie waren sämtlich sehr zahlreich besucht, teils so, daß die Risse entfernt werden und viele der Anwesenden sich mit Stechplätzen begnügen mußten. Gemäß dem Umstand, daß die Agitation sich über das ganze Reich erstreckt, waren es nicht speziell die Berliner, sondern im allgemeinen die Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands, über die hier gesprochen wurde, und dementsprechend waren auch Referenten aus verschiedenen Teilen des Reiches gekommen: Hattmann aus Frankfurt a. M., Horter aus Rannheim, Metzel aus Nürnberg, Ruth aus Köln, Efftige vom Hauptverband aus Hamburg, und nur einer, Silber Schmidt, war aus Berlin.

Uebereinstimmend schilderten die Redner, wie es dem Arbeiter erst durch Verkürzung der Arbeitszeit möglich gemacht werden kann, an den Kulturgütern teilzunehmen, sich zu einem Kulturmenschen im wahren Sinne des Wortes zu entwickeln, wie aber dieses Recht durch die unheilvolle kapitalistische Ausbeutung gerade dem arbeitenden Menschen, der alle Güter schafft, vorenthalten oder bis auf äußerste Beschnitten wird, und wie darum die Arbeitererschaft durch gewerkschaftliche und, nicht zu vergessen, auch politische Or-

ganisation und Agitation ihre ganze Kraft einsetzen muß, um diese Ausbeutung zu bekämpfen und vor allem erst einmal den Achtstundentag zu erringen. Es wurde auf die Erfolge hingewiesen, die der Maurerverband durch seinen Kampf für die Arbeitszeitverkürzung schon errungen hat. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war im Maurerberuf noch der zwölfstündige Arbeitstag fast allgemein üblich. Die Kämpfe des damaligen Allgemeinen deutschen Maurervereins richteten sich meist auf den Elbstundentag, und nur in Hamburg und Berlin wagte man den Zehnstundentag zu fordern. Durch das Schandgesetz zur Anhebung der ganzen Arbeiterbewegung wurde auch die Tätigkeit jener Organisation lahmgelegt. Seitdem aber im Jahre 1891 der Zentralverband den Kampf führt, ist wieder ein gut Teil erreicht worden. Nach den statistischen Erhebungen, die 1890 und dann wieder 1895 veranstaltet worden sind, stieg im Laufe dieser Jahre die Zahl der Orte, wo die Maurer nur noch zehn Stunden arbeiteten, von 377 auf 498, und die Zahl der Orte, wo sie 10½ Stunden arbeiteten, von 80 auf 103; dagegen sank die Zahl der Orte mit elfstündiger Arbeitszeit von 821 auf 818, und derjenigen mit noch längerer Arbeitszeit von 155 auf 85. Seitdem hat sich der Wirkungskreis des Verbandes mächtig ausgedehnt, die Statistiken sind viel umfangreicher geworden, die Erfolge, viel bedeutender, erstreckten sich auf eine weit größere Zahl von Orten. Im Jahre 1905 betrug die Arbeitszeit im Sommer in 247 Orten nur noch 9 Stunden, in 203 Orten 9½ Stunden und in 7643 Orten 10 Stunden; 10½ Stunden wurde in 1453, 11 Stunden in 3324 Orten, und über 11 Stunden nur noch in 147 der 13297 Orte gearbeitet, auf die sich die Statistik erstreckt. Hand in Hand mit der Arbeitszeitverkürzung ging naturgemäß eine Erhöhung der Löhne. — Die Erfolge, die erzielt worden sind, spornen zu weiterem rüstigen Vorwärtsschreiten an. Die Unternehmer des Baugewerbes haben sich aber ebenfalls zu einem großen Verbände zusammengeschlossen. Ihre im Jahre 1898 gegründete Organisation verteidigt keinerlei ideale Interessen; das wurde gleich auf ihrer ersten Generalversammlung ausgesprochen. Es müßte endlich einmal Ruhe im Gewerbe geschaffen werden, sagte ihr Leiter, Herr Felisch, und dazu werde man nicht eher kommen, als bis die Arbeiter des Baugewerbes einmal in ganz Deutschland ausgesperrt würden. Man hat dieses Mittel seitdem in mehreren Teilen des Reiches versucht, aber mit Mißerfolg für die Unternehmer und Erfolg des Kampfes für die Arbeiter. Wurde doch nach der großen Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im vorigen Jahre die Arbeitszeit von 11, 12 Stunden und mehr allgemein auf 10 Stunden verkürzt und die Stundenlöhne der Maurer in den verschiedenen Orten von 30 bis 50 Pf. auf 48 bis 55 Pf. erhöht! In diesem Frühjahr waren die Unternehmer des Baugewerbes nun wieder beisammen, um ganz im Geheimen zu beraten, wie und wann sie den Arbeiterorganisationen am besten einen derben Schlag versetzen könnten. Sie haben sich das Jahr 1906 zu einer allgemeinen Ausperrung ausersehen und hoffen, daß die kommende Krise im ganzen Geschäftsleben ihren Plan begünstigen wird. Damit der Maurerverband in jeder Hinsicht für einen solchen gewaltigen Kampf gerüstet ist, sprachen sich die Referenten dafür aus, daß alle Mitglieder mit ganzer Kraft an der weiteren Ausdehnung und inneren Festigung des Verbandes arbeiten, aber auch dafür wirken sollen, daß, wenn nötig, durch Erhöhung der Beiträge für eine weitere Stärkung der Kasse gesorgt wird, damit das Verbandsvermögen von zwei Millionen bald auf mindestens 3 Millionen gebracht wird. — Die Ausführungen fanden allgemein lebhaften Beifall. Die folgende Resolution, die für die Maurer ganz Deutschlands gilt, wurde von allen Versammlungen angenommen:

„In Anbetracht der fortgesetzten Drohungen der im Baugewerbe und für das Baugewerbe organisierten Unternehmer, unsere Verbandsmitglieder in großer Zahl auszusperrten, um dadurch unsere Verbandskasse zu sprengen und so auf viele Jahre hinaus eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu hintertreiben, und in dem Bewußtsein, daß die Verbesserung der Lebenshaltung der Maurer Deutschlands absolut und bald notwendig ist, beschließt die heutige außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins . . .

Es ist Pflicht aller Mitglieder, den Verband so auszugestalten und zu stärken, daß er allen Kämpfen gewachsen ist. Die Versammlung erwartet von der Verbandsleitung und dem nächsten Verbandstage, daß sie alle Schritte einleitet, die notwendig und geeignet erscheinen, den Verband stets kampfbereit zu halten.

Sollte hierzu die Erhöhung der Beiträge oder die Erhebung eines Extrabeitrages nötig erscheinen, so darf sich der Verbandstag der Pflicht, solche Beschlüsse zu fassen, nicht entziehen.“

Zur Schumacherbewegung.

Der Zentralverband der Schumacher hielt am Mittwochabend eine außerordentliche Generalversammlung in den Androssälen ab. Die Ausperrung in der mechanischen Schuhindustrie war das Thema, das zur Diskussion stand. Der Vorsitzende Hildebrand gab einen kurzen Ueberblick über die bekannten Vorgänge des Streiks und der folgenden Ausperrung; seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Man fordert die Fournituren, den paritätischen Arbeitsnachweis und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. — Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Einmütig wurde erklärt, daß die Herausforderung der Fabrikanten die gebührende Antwort finden müsse. Einen Nutzen bringe die Ausperrung, indem sie ein gutes Agitationsmittel biete, die unorganisierten Kollegen für den Verband zu gewinnen, darum sei auch die Unterstützung der Unorganisierten in ihrer jetzigen Notlage geboten. Trotzdem dagegen viel gemurmelt wurde, war man im allgemeinen doch damit einverstanden, aus praktischen Gründen. Ein Antrag der Vertrauensmänner, durch Gründung eines Lokalfonds für die Zukunft zu sorgen, wurde angenommen. Von der ersten Redeabweichend an wird der Beitrag um 5 Pf. pro Woche und Mitglied erhöht werden. Ein Antrag, daß die arbeitenden Kollegen den Streikenden fünf Prozent ihres Verdienstes zuzunehmen lassen sollten, wurde nach kurzer Diskussion zurückgezogen. Viele bittere Klagen wurden laut über ungerichte Behandlung im Arbeitsnachweis. Man war der Meinung, daß der Arbeitsnachweis überhaupt nur dem Verbands gehören sollte, aber man wolle sich mit dem paritätischen begnügen, der jedenfalls den Kollegen nicht noch freier gemacht werden dürfe. Vor der Ausnützung der Stundigungsfrist durch die Unternehmer zur Herstellung von Streikarbeit wurde gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Unternehmer nicht berechtigt seien, ein solches Verlangen zu stellen. Die Versammlung war von Kampfesmut befeuert und entschlossen, alles anzubieten, um die Anerkennung der aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

Herr Dr. Volke bemüht sich seit Wochen, ein neues Mittel zu finden, die Gewerkschaft in seinem Reich zu vernichten. Der letzte Schlag a la Stumm ist schmähslich ins Wasser gefallen, nämlich der seinerseits ausgedrückte Zwang, durch das Unterschreiben eines Reverses die Angestellten aus dem Verband zu locken. Der Revers, der da lautete, daß der Unterzeichnete nicht mehr dem Handels- und Transportarbeiterverband angehört, wurde zwar unterschrieben, aber es fiel keinem Arbeiter, Kaufherr usw. ein, sich diesem Gewaltstreik zu fügen. Da belam der Herr Doktor eine neue Idee. Er ließ sämtliche Verbandsbücher der Kaufherr durch seine Vertrauten eingehen und bildete sich nun ein, mit den Verbandsbüchern gleichzeitig die Denkfähigkeit der Arbeiter eingesammelt zu haben. Ob nun Herr Dr. Volke, sein Herr Direktor K. und Herr Pastor Arnold ihrer Sache noch nicht sicher sind und ihren Kaufherrn doch einen gesunden Menschenverstand zutrauen oder aber an ihrer Scharfmacherintelligenz und deren Erfolg zweifeln, können wir nicht feststellen. Aber das letztere muß wohl zutreffen, da sie die Gewerkschaft zum dritten Male töt schlagen. Die Kaufherr müssen jetzt wieder einen Revers unterschreiben, worin klar ausgedrückt ist, daß jeder unterzeichnete Kaufherr die Erklärung abgibt, daß er der Gewerkschaft nicht mehr angehört und seiner Kautionsver-

pflichtig geht, wenn er in dem Verband der Handels- und Transportarbeiter verbleibt.

Was würde der Nazarener dazu sagen, wenn er diesen ungeschicklichen Gewissenszwang erlebt hätte? Was sagen unsere toleranten kapitalistischen Vertreter, die immer von dem „roten“ Terror Wunderfaden erzählen, zu dieser neuen Helbenart der Scharfmacher? Wir appellieren nun an die gesamte organisierte Arbeitererschaft, und in dem Kampf um das Koalitionsrecht zu unterstützen. Jeder organisierte Kaufherr und Kaufherr muß eine braune Legitimationskarte bei sich haben, und bitten wir die Frauen ganz besonders, sich für diese Legitimationskarte zu interessieren.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

An die organisierte Arbeitererschaft, sowie Gast- und Schankwirts Berlin und Umgegend!

Unter den Berliner Weibhierzahlerinnen und Mitfahrern hat die Organisation in letzter Zeit bedeutende und gute Fortschritte gemacht, so daß gegenwärtig bis zu 90 Proz. organisiert sind. Nur ein kleiner Teil hält es nicht für nötig, der Organisation beizutreten. Deswegen haben die Vertrauensmänner dieser Branche beschlossen, für die organisierten Fahrer und Mitfahrer eine Legitimationskarte herauszugeben, damit die Kollegen in der Lage sind, sich jeberzeit als organisationszugehörig ausweisen zu können.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist. Die Weibhierzahler appellieren hiermit an das Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeitererschaft, sowie das Gast- und Schankwirts und ersuchen, die junge vorwärts strebende Organisation der Weibhierzahler zu unterstützen und nur dann in geschäftliche Verbindung mit den Weibhierzahlerinnen zu treten, wenn dieselben in der Lage sind, sich als loyale Arbeiter auszuweisen zu können.

Die Ausstellung der Karte erfolgt wochentags in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends in unseren Bureauträumen Engel-Platz 15 II. Zimmer 13.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ordnungsverwaltung Berlin I. J. A.: Karl Frome.

Deutsches Reich.

Eine dreifache Provokation der Bergleute

leiten sich die Grubenbarone in Zwickau in Sachsen. Durch die bürgerliche Presse lassen sie verkünden, daß eine Erregung der Bergleute des Zwickauer Bezirks nicht vorhanden ist, außer in den Mienen der „gewerkschaftlichen Heber und Agitatoren“. Als wollten sie ihre Behauptung unter Beweis stellen, begannen sie nun, den Bergarbeitern gerade jetzt, da die Siebenerkommission im Auftrage der deutschen Bergarbeiterchaft wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes bei sämtlichen deutschen Bergverwaltungen vorstellig wird, die Arbeitszeit zwangsweise zu verlängern! So hat eines der größten Steinkohlenwerke des Bezirks, der „Erzgebirgische Verein“, dem mehrere Schächte gehören, auf seinen Werken durch Anschlag bekannt gemacht, daß auf dem „Vertrauensschacht“ vom Montag ab statt der Zehnstundenschicht die Elfstundenschicht und auf dem „Tiefbauhschacht“ statt der Elfstundenschicht die Zwölfstundenschicht eingeführt wird. Das ist ein Faustschlag für die Bergarbeiter. Sofort wurde eine Delegationsversammlung abgehalten, in der nach scharfer Kritik der Herausforderung durch Annahme einer Resolution der Bergverwaltung nahegelegt wird, die geplante Arbeitszeitverlängerung wieder rückgängig zu machen, anderenfalls ihr die Verantwortung für ihre Handlungsweise auferlegt werde und sie die Konsequenzen zu tragen habe. Es soll auch das Bergamt zu Freiburg bedroht werden, zumal die gesetzliche Arbeitszeit die zehnstündige ist.

Ausland.

Der Streikbrecherhof vor Gericht.

Rom, 22. Oktober. (Fig. Ver.)

Dem Mailänder „Tempo“ wird aus Lugano berichtet, daß das dortige Geschworenengericht in dem Verleumdungsprozeß des Wohltätigkeitsinstituts Bonomelli für den Schutz der italienischen Auswanderer gegen den Genossen Serrati als Redakteur des sozialistischen „Avvenire del Lavoratore“ auf eine Geldstrafe von 50 Franc erkannt hat. Das Institut Bonomelli, das ja auch den deutschen Arbeitern als Streikbrecheragentur unliebsam bekannt ist — sein Organ ist die „Patria“ in Freiburg —, war von der sozialistischen Zeitung in Lugano beschuldigt worden, mit einem Betrüger, einem gewissen Tagliacarne, unter einer Dede gesteckt zu haben.

Die Geschworenen erachteten den Wahrheitsbeweis des Angeklagten für erbracht, soweit es sich um die Behauptung handelte, das Wohltätigkeitsinstitut hätte Tagliacarne in seinem Dienste behalten, obwohl er ihn als Betrüger kannte. Daß aber die Priester mit diesem Betrüger den Ertrag seiner Gewerbeten teilten, hat Serrati nach Ansicht der Geschworenen nicht bewiesen, weshalb er zu 50 Franc Geldstrafe verurteilt wurde. Das Gericht beschloß, die halbtägige Verurteilung in Anwendung zu bringen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein neuer Orkan!

Tokio, 25. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Orkan wütete gestern im Südwesten Japans. Mehrere hundert Boote von Korallenfischern werden vermisst, von denen jedes mindestens zwei Mann Besatzung hatte.

Kein Tag ohne Eisenbahnunfall!

Bingerbrück, 25. Oktober. (W. T. V.) Amliche Meldung. Bei Einfahrt in den Bahnhof Bingerbrück fuhr Schnellzug 104 heute vormittag bei ganz mäßiger Geschwindigkeit auf eine Rangierabteilung. Betrieb nicht gestört. Materialschaden unbedeutend; zwei Reisende und ein Postkassierer erlitten leichte Verletzungen.

Die Folgen der Jolkpolitik.

Asburg, 25. Oktober. (W. T. V.) Die Spielwaren- und Puppenindustrie ist durch die hohe Steigerung der Rohmaterialien und Lebensmittelpreise schwer bedröht. In einer in Neustadt abgehaltenen von etwa 350 selbständigen Industriellen besuchten Versammlung wurden die Schwierigkeiten anerkannt, in der sich die Industrie befindet. Bei den gegenwärtigen Preisen weiter zu arbeiten, sei unmöglich, da sonst der Ruin unabwendbar sei.

Die Grenzen auf!

Wohlt, 25. Oktober. (W. T. V.) Die Stadtmagistrate beschlossen eine Eingabe an die Regierung betreffend Oeffnung der Grenzen für gesundes Schlachtwild und Ermäßigung der hohen Einfuhrzölle.

Wer's glaubt, wird selig.

Petersburg, 25. Oktober. (W. T. V.) Die hiesigen Blätter veröffentlichen ein Gerücht betreffend eine innere Anleihe und behaupten, daß der Handelsminister in Moskau erklärt habe, daß angesichts des Defizits im Budget eine innere Anleihe unumgänglich notwendig sei. Wie die Petersburger Telegraphenagentur mitteilt, entbehren diese Erzählungen jeglicher Begründung. Der Minister hat nichts dergleichen geäußert.

Beruhigungsmittel.

Odesa, 25. Oktober. (W. T. V.) Der Generalgouverneur gibt bekannt, daß, falls am 30. Oktober ein Arbeiterstreik ausbricht, sämtliche Teilnehmer sowie die Eltern streikender Schüler nach Sibirien verbannt werden. Ebenso hart werden Demonstrationen bestraft.

Landtagswahl und Hausknechtsdienst.

Der Landtagswahlkreis Berlin III, der im November die Erstwahl eines Abgeordneten vorzunehmen hat, bereitet den bürgerlichen Parteien schwere Sorge.

Die Liberalen halten für diesen Wahlkreis den Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Sagan als Kandidaten bereit.

Dieser viel durchgefallene Rechtsanwalt Ulrich vliegt in Versammlungen zu erzählen, es sei ihm einmal passiert, daß ein Kreisführer, mit dem er zwecks gegenseitiger Wahlhilfe verhandelte, ihm faktisch antwortete: „Sie als staatsferhaltende Männer müssen ja für uns eintreten.“

Ja, die Beamten! Ach, wer ihnen ins Herz schauen könnte — nicht den großen, die ihre Gehälter von 5000 M., von 10 000 M., von 15 000 M. zu verzehren haben, sondern den kleinen und kleinsten, die mit sehr viel weniger als 3000 Mark, mit weniger als 2000 M., ja mit noch nicht 1000 M. pro Jahr auskommen müssen!

Schon bei der Erstwahl in Berlin III eine Probe mit einem eigenen Kandidaten zu machen, das will der „Aussschuß für Beamtenwahlen“ nicht wagen.

Diese brüske Antwort hat nun die neugierigen Frager arg verschmüpft. Für Mittwoch hatten sie eine öffentliche Beamtenversammlung einberufen, die über den großen Müller zu Gericht sitzen sollte.

In der Diskussion plakten die Gegenseite zwischen den Gegnern Müllers und seinen Anhängern so heftig aufeinander, daß es zu mehreren recht stürmischen Auftritten kam.

die gegen Müller gerichtete Resolution angenommen.

Die Müllerfreunde begleiteten dieses Ergebnis mit tumultuarischem Protest. Sie dürften sich beruhigen: die Müllerfeinde werden ihnen wieder in die Arme sinken, wenn es schließlich nötig wird, daß sie dem Freisinn Hausknechtsdienst gegen die Sozialdemokratie leisten.

Die englische Herbsttagung.

London, 23. Oktober.

Heute trat das Parlament zur Herbsttagung zusammen, um die Arbeiten zu vollenden, die es in der Haupttagung des laufenden Jahres nicht zu Ende führen konnte.

Neben diesen gesetzgeberischen Arbeiten dürften noch lebhaftere Diskussionen über irische Angelegenheiten und über die von der Regierung beabsichtigte Herabsetzung des Plotteneinsatzes stattfinden.

Wir haben vor zwei Wochen auf die sozialistenfeindlichen Neben einiger Liberaler Führer Schottlands aufmerksam gemacht.

Recht lebhaft und weitreichend kann die Debatte über Irland werden. Sie wird indes nur ein Vorpostengefecht sein; denn es steht schon heute fest, daß die Session 1907 eine irische Vorlage bringen wird.

In der letzten Regierung der Konservativen gab es während einiger Zeit eine irenfreundliche Strömung. Die Landbill (1903) gab den irischen Farmern die Möglichkeit, ihren Grund und Boden zu kaufen.

ist: Josef Chamberlain. In konservativ-imperialistischen Kreisen ist man der Ansicht, die vernichtende Wahlniederlage im Januar 1906 sei die Schuld Balfours.

Schließlich kommt noch die Herabsetzung des Plotteneinsatzes in Betracht. Zwar liegen amtliche Angaben noch nicht vor, aber die vielen Gerüchte, die darüber in der imperialistischen Presse verbreitet werden, stammen offenbar von hohen Marinebeamten, die wissen, was vorgeht, und mit den Absichten der Regierung nicht einverstanden sind.

Zur Buchdruckerbewegung.

Die Nummer 124 des „Korrespondent“ bringt unter der Aufschrift „Mundschau“ folgende Mitteilung:

So ist denn allem Anscheine nach wieder auf fünf Jahre hinaus ein Friedenszustand im Verufe gesichert worden, mit welchem alle Welt zufrieden ist — ausgenommen die von Herrn Zille geführte Scharfsmacherliege, schreibt die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ zu unseren Tarifabmachungen.

Wir haben uns überzeugt, daß die Parteikorrespondenz in der Tat den vom „Korrespondent“ zitierten Sach enthält. Der „Korrespondent“ hätte jedoch lokaler Weise hinzusetzen müssen, daß diese Stellungnahme der Parteikorrespondenz aus der Zeit vor Bekanntgabe des neuen Tarifes stammt.

Klassenbewußtsein.

In der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, dem Organ der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, finden wir in der Nummer vom 25. Oktober in einem Bericht des Prinzipals-Bezirksvereins St. Johann-Saarbrücken folgenden Beschluß:

Zu Punkt 4. Verschiedenes, wurde unter anderem festgestellt, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bezirksvereins vom Deutschen Buchdruckerverein und des Verbandes der deutschen Buchdrucker sein kann, und daß auch kein Mitglied des letzteren als Vertreter eines Prinzipals den Sitzungen des ersteren beizuwohnen kann.

Wir sehen, daß die Arbeitgeber es trefflich verstehen, ihren Standpunkt als Unternehmerklasse aufrechtzuerhalten. Was besonders interessant ist aber die Tatsache, daß dieser Beschluß im Anschluß an die Berichterstattung über den neuen Organisationsvertrag der Buchdrucker erfolgte.

Der Tarifvertrag verpflichtet: b) die Mitglieder des „Verbandes der deutschen Buchdrucker“, nur in solchen Buchdruckereien tätig zu werden, deren Inhaber dem „Deutschen Buchdruckerverein“ angehören.

Dies eröffnet ja recht nette Perspektiven. Der Prinzipal, der seine Mitgliedschaft in der Arbeiterorganisation aufrecht erhält, bekommt von den Tarifnachweisern keine Arbeitskräfte vermittelt, resp. dürfen Arbeiter, die dem Buchdruckerverbände angehören, bei ihrem Besandsfolgen nicht in Arbeit treten — denn er gehört ja nicht der Unternehmerorganisation an; diese nimmt ihn aber nicht auf, denn er ist ja Verbandsmitglied.

Die Berliner Buchdrucker.

wollen den in der Zirkus-Versammlung bei Schumann präzisesten Standpunkt gegen den Tarif und den Organisationsvertrag nicht aufgeben. In einer Versammlung, die am Mittwochabend bei Keller stattfand, nahmen sie erneut dazu Stellung.

worden sind. Und wie antwortete der „Korrespondent“? Stänker, Hegel usw. Man muß den durchaus lobenswerten Körpergeist der Buchdrucker kennen, um zu begreifen, was es bedeutet, daß diese Worte in einer überfüllten Buchdrucker-Versammlung gesprochen werden konnten, und noch mehr, daß in diesem Kampfe zwischen „Korrespondent“ und „Vorwärts“ der letztere allen Beifall fand, das Buchdruckerorgan aber heftige und einstimmige Gerärtschreie erhob. Dann sprach Döblin. Der Vorsitzende wollte ihm das Wort außer der Reihe geben; aber die Versammlung verlangte stänkerisch, daß er sich in die Rednerliste eintragen lasse und in der geschäftsordnungs-mäßigen Reihe rede. Das durch alle Vorlesungen der letzten Zeit geweckte demokratische Gefühl der Masse empörte sich gegen alles, was enger nach Autokratie aus-sah. Aber dann verzichteten ihrer acht Redner zugunsten Döblin's auf Wort, obgleich sie im Redebuch keine Gegner waren. Mehrfach, namentlich im Anfang unterbrochen, konnte er sich aber bald Geltung verschaffen. Und als er endete, spendete man dem guten Redner und dem Verhandlungsleitenden einen Achtungsbeifall. Erreichen konnte jedoch der Redner nichts. Obgleich der Eindruck seiner Aus-sührungen durch noch zwei andere Redner nicht verwischt zu werden vermochte, nahm die Versammlung eine Resolution an, welche die Fiskus-Resolution unterschreibt und erneut die Einberufung einer General-versammlung verlangt. 3 bis 5 Stimmen waren nur dagegen. Und einstimmig beschloß man eine Aufforderung an die Kollegen-schaft, ebenfalls auf Einberufung einer Generalversammlung zu dringen. — Dem Votum einer Generalversammlung, erklärten die Berliner Buchdrucker, werden wir uns fügen; aber solange durch diese nicht die Gesamtkollegenchaft gesprochen hat, halten wir an unserer Opposition fest!

Aus der Partei.

Auf vierzig Jahre Arbeit in der Arbeiterbewegung konnte gestern, am 25. Oktober, seinem sechzigsten Geburtstag, der Genosse August Kühn in Langenbielau zurückblicken. Möge der verdiente Kämpfer, der im Reichstage für Reichenbach-Neurode und im Langen-bielauer Gemeinderate für die Arbeiterschaft wirkt, noch recht lange seine Kräfte der Partei widmen.

Von den Organisationen. Der Ortsverein Braunschweig hat das zweite Tausend Mitglieder überschritten.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Volkszeitung“ zu Düsseldorf wird seit einigen Tagen auf der Rotationsmaschine gedruckt und erscheint täglich achtfach.

Bildungsbestrebungen. Die organisierte Arbeiterschaft Wil-helmsburgs und Neuhofs (bei Harburg) hat einen Bildungsaus-schuss eingesetzt. Für diesen Winter ist eine Anzahl Abende, an denen wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen gegeben werden sollen, in Aussicht genommen. Auch für den Besuch der Kunstschule und des Naturhistorischen Museums in Hamburg hat der Ausschuss Sorge getragen.

Einer vom Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemo-kratie. In der Mitteilung des „Vorwärts“ über die Tätigkeit eines Herrn Rudolf Lebius für den Reichsverband schreibt die „Sächs. Arbeiterzeitung“: „Herr Lebius, der einige Jahre in Dresden lebte und hier so tat, als sei er Sozialdemokrat, ist glücklich bis auf den Handlanger des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie heruntergekommen. . . In Dresden suchte er innerhalb der Partei als Mann der Feder nicht nur gute Geschäfte zu machen, sondern er strebte auch nach „Ämtern und Würden“. Er bemühte sich krampfhaft, aber vergeblich, Einfluß in der Partei zu gewinnen. Man traute dem Herrn hier von vorn-herin nicht recht. Das gefiel ihm natürlich nicht. Eines schönen Tages erklärte er mit großer Wichtigkeit seinen Austritt aus unserer Partei — er wurde, wie er selbst sagte, nationalsozial und gab ein Wochenblatt, „Die Sachsenstimme“, heraus, das stark in Sensation zu machen versuchte, aber ganz unbedeutend und einflusslos blieb. Seine Protokollen rüdten infolge dessen bald von Herrn Lebius ab, der sich nun nach bekanntem Muster darauf verlegte, „Enttüllungen“ über die Sozialdemokratie zu bringen. Kein Mensch in bürgerlichen Kreisen ging aber auf diesen Lederbissen ein, die „Enttüllungen“ blieben gänzlich unbedacht. Der Mensch ließ dabei übrigens seiner Rede gegen einige ihm stets unbedeutend gewesene bekannte Genossen freien Lauf. Aus dem Nationalsozialen wurde ein von Gott und aller Welt im Stich gelassener und materiell völlig abgewirtschafteter Renegat. Spürlos verschwand Lebius aus Dresden, bis man ihn später in den Spalten bürgerlicher Blätter wieder auftauchen sah.“

Das ist der Mann, der nun dem Reichsverband, wie es scheint, seine schätzbarsten Dienste angeboten hat. Für ihn hat diese Stellung natürlich lediglich materielle Bedeutung. Herr Lebius hat bewiesen, daß er für Geld alles kann und alles will.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffsaks der Presse. Zu 200 Mark Geldstrafe verurteilte die zweite Strafkammer zu Magdeburg den Genossen Willmann von der Magdeburger „Volksstimme“ wegen Verleumdung des Kommandeurs des dortigen Trainbataillons. Dem Major war vor-geworfen worden, daß er übermäßigen Dienst ansehe.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde von der Straf-kammer zu Erfurt der Genosse V. P. J. wegen Verleumdung eines Pfarrers verurteilt. Es war eine Grabrede des Pfarrers kritisiert worden, die von den Teilnehmern am Begräbnis nicht als tröstend, sondern als verleidend empfunden worden war.

Stiftsleiterin v. Heusler unschuldig ins Zuchthaus geschickt?

Gestern begann vor dem oberbayerischen Schwurgericht in München das Wiedernahmeverfahren gegen die Stiftsleiterin v. Heusler.

Am 8. März 1903 wurde die damals 54 Jahre alte Vorsteherin des Maximilians-Waisenspitals in München Elise v. Heusler vom oberbayerischen Schwurgericht wegen eines Verbrechens der Körperverletzung und Giftmordversuchs, begangen an ihrem Dienst-mädchen Minna Wagner, zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Fall selbst erregte seinerzeit allgemeines Aufsehen, weil Fräulein v. Heusler als eine äußerst fromme und eifrige Kirchenbesucherin galt und sich hoher Protektion erfreute, und weil die Verurteilung zu 6 Jahren Zuchthaus auf Grund von Indizienbeweisen erfolgte und Fräulein v. Heusler bis zur Stunde konstant ihre Unschuld beteuerte.

Fräulein v. Heusler hatte von der Strafe drei Jahre im Zuchthaus zu Würzburg verübt. Die Kronzeugin Minna Wagner ist inzwischen verstorben, zwei Tage nach ihrem Tode am 20. Juli v. J. gab das Oberste Landesgericht einer Ver-schärfung des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. v. Pannwitz gegen einen abweisenden Beschluß des Landesgerichts München I statt und ordnete auf Grund der vorgebrachten neuen Tatsachen über die Charaktereigenschaften der verstorbenen Hauptzeugin Minna Wagner, die in der damaligen Verhandlung nicht bekannt wurden, die Wiederaufnahme des Verfahrens an. Die Ver-urteilung, sagt der Wiedernahmebeschluß, habe Beweismittel dafür beigebracht, daß die Wagner eine trunksüchtige, lizenzirte, zu hegeleitern Tun und Verteilung geneigte Person sei, der kein Glauben beizumessen sei, auch wenn sie ihre Aussage unter Eid made und die fähig sei, sich selbst ein Leid anzutun, um andere in Verdacht zu bringen. Es sei ihr auch zuzutragen, daß sie sich selbst Salzsäure in den Kaffee hineingetan habe. Die Charakter-eigenschaften seien die Folge einer schweren Hysterie, die bereits während der ersten Verhandlung bestanden habe. Dieser Beweis, so führt der Beschluß aus, sei geeignet, die Aussage der Wagner in einem anderen Lichte darzustellen. Es seien damit neue Tatsachen und Beweismittel vorgebracht, welche geeignet wären, bei einer erneuten Verhandlung die Freisprechung der Heusler herbei-zuführen. Am 10. November v. J. wurde die Heusler einstweilen auf freien Fuß gesetzt.

Gestern begann nun die neuerliche Verhandlung vor dem Schwurgericht, für die sechs Tage angelegt und etwa hundert Zeugen und sechs Sachverständige geladen sind. Die

Vorgeschichte dieses Prozesses

sei kurz auf Grund der damaligen Anklage und der Befundungen der Wagner rekapituliert.

Die nunmehr verstorbene Minna Wagner trat im Jahre 1891 im Maximilians-Waisenspital, einer vom König Max II. gegründeten Versorgungsanstalt für unterfertigte Beamtenwöchter, mit dessen Leitung die Angeklagte v. Heusler betraut war, in Stellung. Die Heusler soll anfangs für das Mädchen sehr eingenommen ge-wesen, der Verkehr zwischen dem Dienstmädchen und der Vorsteherin ein derart vertraulicher gewesen sein, daß Fräulein Heusler dem Mädchen verschiedene Internas anvertraute. Diese Sympathie schlug aber alsbald ins Gegenteil um. Am 20. Juli 1902 wurde der Vorsteherin v. Heusler gemeldet, daß aus dem Vorrat im Keller drei Flaschen entwendet wurden. v. Heusler lenkte den Ver-dacht sofort auf das Dienstmädchen Wagner, es kam zwischen den beiden zu einem heftigen Austritt, worauf das Dienstmädchen mit einer Beschwerde beim Ministerium drohte. Die Heusler soll ge-schrieben haben, daß die Wagner über die ihr anvertrauten Internas im Ministerium berichten könnte. Ein anderes Dienstmädchen namens Spoff beauftragte die Heusler, der Wagner nahezuweisen, sie möge den Dienst sofort verlassen, was die Spoff aber ablehnte. Hierauf habe die Heusler die übrigen Dienstmädchen gegen die Wagner aufzubringen gesucht und, als auch diese mißlang, soll die Heusler, wie die Anklage behauptet, den teuflischen Plan gefaßt haben, die ihr verhasste Wagner durch Gift aus dem Wege zu räumen.

Am Nachmittage des 20. Juli 1902, einem Sonntage, trank die Wagner ihren Kaffee in der Küche; ihrer Gewohnheit entsprechend, trank sie den Kaffee nur bis zur Hälfte aus, den Rest bewahrte sie sich immer für abends auf. Die Stiftovertreterin wußte, daß die Wagner ihre Tasse mit einem blau-weißen Bändchen gezeichnet hatte. Als abends die Wagner einen kräftigen Schluck aus der Tasse nahm, mußte sie sich alsbald nach dem Genuß erbrechen. Die Wagner ließ die Köchin Schwarz ebenfalls verkosten, auch diese verspürte sofort einen Brechreiz. Trotzdem die Wagner die ganze Nacht sich erbrechen mußte, verurteilte sie am anderen Morgen doch ihre Arbeit zu ver-richten. Als die Heusler um 7 1/2 Uhr von der Kirche zurückkehrte, soll auffallenderweise ihre erste Frage gewesen sein: „Was macht denn die Minna?“ und auf die Antwort der Köchin, daß diese im Speiseaal arbeite, meinte die Heusler ganz demütert: „Ich dachte, sie liegt im Bette?“ Da sich bei der Wagner Blutbrechen einstellte, ordnete ein herbeigerufener Arzt die sofortige Ueberführung des Mädchens nach dem Krankenhaus an. Als davon die Heusler erfuhr, soll sie die auf-fallende Aeußerung getan haben: „Sie hat gewiß Salzsäure in ihren Kaffee getan, damit sie fortkommt.“ Eines der Mädchen hat hierauf den Rest des Kaffees in ein Webein-glas abgefüllt und der Wagner den Rat gegeben, den Inhalt im Krankenhaus untersuchen zu lassen. Die Angeklagte v. Heusler soll sich energisch bemüht haben, dieses Glaschen an sich zu reißen. Die Untersuchung ergab, daß dem Kaffee tatsächlich Salzsäure beigemischt war, die in der Mundhöhle, der Speiseröhre und im Magen Verätzungen verursachte.

Die Angeklagte v. Heusler bestreitet nach wie vor jede Schuld und behauptet, daß die Wagner, die eine boshafte, rachgütige Person gewesen sei, sich die Salzsäure selbst dem Kaffee beigemischt habe, um sich an ihr zu rächen.

Vernehmung der Angeklagten.

Die Angeklagte versichert unter Tränen, daß sie unschuldig sei. Sie sei die Tochter eines Oberförsters aus Cham, der eine kinder-reiche Familie hatte. Nach dem frühen Tode des Vaters kam sie mit 8 Jahren in ein Kloster, wo sie bis zum 12. Jahre die Klosterschule besuchte. Später sei sie als Haushälterin immer in ab-hängigen Stellungen gewesen, bis sie dann ins Maximiliansspital kam, wo sie zuletzt mit der Leitung betraut wurde. — Ueber die Verwaltung des Stiftes gibt sie an, daß sie drei Dienstmädchen gehabt habe, darunter die Minna Wagner, mit der sie anfangs ganz zu-frieden gewesen sei, aber später schlechte Erfahrungen gemacht habe, weil sich herausstellte, daß diese trank. Sie hatte anfangs die Vier-rechnung unter sich; als aber eines Tages 30 bis 40 über-zählige Flaschen waren, nahm ich sie ihr ab. Später bei einer neuen Zählung stellte sich heraus, daß wiederum drei Flaschen fehlten. Von den anderen Dienstmädchen wurde mir gegenüber der Verdacht ausgesprochen, daß die Wagner sie genommen haben könnte. Schließlich fehlten bei einer wiederholten Kontrolle im Keller wiederum volle Flaschen, dafür aber fanden sich 73 leere zu viel. Ich schickte zum Wirt herüber und er ließ mir sagen, daß täglich 6 bis 8 Flaschen geholt worden seien. Deshalb machte ich mit der Minna Wagner Krach und sagte, es sei jetzt genug mit der Sauferei, ich duldet das nicht länger. Die Wagner bestritt, daß sie das Bier getrunken hatte. Es konnte aber keine andere gewesen sein. — Vorf.: Sie sollen der Wagner auf Ihrem Zimmer Vorhaltungen gemacht und diese soll Ihnen darauf gedroht haben, zum Ministerium des Innern zu gehen und mit dem Referenten über Sie zu sprechen. — Angell.: Das ist nicht wahr! Die Wagner ist überhaupt nie in meinem Zimmer gewesen. — Vorf.: Sie sollen vom Ministerium schon vorher einige Verweise er-halten haben. — Angell.: Durchaus nicht, höchstens einige Erinnerungen. — Vorf.: War Ihnen nicht auch schon mit der Entlassung gedroht worden? — Angell.: Nein, das bestreite ich ganz entschieden. — Vorf.: Wenn die Wagner Beschwerde gegen Sie eingebracht hätte, hätten Sie dann Ihre Entlassung befürchten müssen? — Angell.: Durchaus nicht. — Vorf.: Sie sollen aber an demselben Ver-mittlage zu dem Dienstmädchen Stoff gesagt haben, sie solle der Wagner zureden, daß sie lieber selbst sündigen möchte. — Angell.: Das ist richtig, so wäre es mir lieber gewesen. — Vorf.: Die Stoff soll sich aber geweigert haben, das zu tun, und daraufhin sollen Sie weiter zu ihr gesagt haben: Was kann man nun tun, um die Wagner wegzubekommen. — Angell.: Dessen erinnere ich mich nicht. — Vorf.: Sie sollen aber noch hinzugesetzt haben: Wenn die Wagner nur trank würde, dann würde ich Sie wenigstens los. — Angell.: Ich kann mich wirklich nicht entsinnen, irgend eine derartige Aeußerung getan zu haben. — Vorf.: Sie sollen aber ganz blaß ausgegeben haben, als die Wagner Ihnen drohte, ins das Ministerium zu gehen und sich über Sie zu be-schweren, weil Sie sie in Diebstahlverdacht gebracht hatten. — Angell.: Das bestreite ich ganz entschieden. An dem fraglichen Sonntagnachmittag ging ich um 3 Uhr auf den Friedhof, und vorher hat die Stiftdame Reubeder mir gesagt,

Die Wagner hätte in der Küche gedroht,

sie werde mir noch etwas antun, woran ich mein Leben denken würde. Vom Ministerium war gar nicht die Rede gewesen. — Vorf.: Was taten Sie, bevor Sie auf den Friedhof gingen? — Angell.: Ich schloß zunächst den Abort ab. — Vorf.: Weshalb das? — Angell.: Er war in den letzten Tagen mehrmals beschmieret worden und wir hatten die Wagner im Ver-dacht. Ich fürchtete nun, daß sie es wieder tun würde, weil sie am Tage Verdruss gehabt hatte. — Vorf.: Stand nicht auf dem Abort auch eine Flasche Salzsäure? — Angell.: Ja. — Vorf.: Wo blieb der Schlüssel? — Angell.: In meinem Zimmer. — Vorf.: Und auch dieses war abgelsperrt, als Sie weggingen. — Angell.: Ja, das tat ich ganz regelmäßig, wenn ich das Haus verließ, schon damit die Dienstmädchen in meinem Zimmer nicht herumhantieren könnten. Am Sonntag hatten die beiden anderen Mädchen Ausgang, und nur die Wagner hatte Dienst? Hatten Sie bemerkt, daß an der Tasse der Wagner ein blaues Bändchen war? — Angell.: Nein, ich war gar nicht in der Küche gewesen. — Vorf.: Die Wagner hat aber früher angesetzt, daß sie ihre Tasse genau gekannt hätte. — Angell.: Ich habe erst nach dem Vorfall erfahren, daß die Tasse der Wagner von den anderen Dienstmädchen gezeichnet worden war, weil sie sich wegen des wehen Mundes, den die Wagner hatte, vor ihr ekelten. — Vorf.: Sie wollen

das also erst nach dem Vorfall erfahren haben. Sie sollen sich aber schon einige Tage zuvor nach dem blauen Bändchen an der Tasse erkundigt haben? — Angell.: Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge der Wagner. — Rechtsanwält v. Pannwitz: Diese Behauptung, daß die Angeklagte sich nach dem blauen Bändchen erkundigt haben soll, ist nur von der Wagner aufgestellt worden. — Staatsanwalt Feld: Die Tasse stand auf der An-richtung und diese direkt an der Küchentür, an der die Angeklagte doch unzähligemale vorüberging. — Angell.: Das ist wohl richtig, aber ich habe nicht darauf geachtet. — Vorf.: Sagen Sie mir nun aufrichtig: haben Sie die Salzsäure in die Tasse der Wagner hineingetan oder nicht? — Angell.: Nein, ich habe es nicht getan!

Ich bin unschuldig!

Vorf.: Wer soll es denn sonst gewesen sein? — Angell.: Ich glaube, die Minna Wagner selbst. Sie wollte mir einen Voffen spielen. — Vorf.: Als Sie nun um 6 Uhr von dem Friedhof zurückkamen, wer öffnete Ihnen da? — Angell.: Die Minna Wagner. Ich sperrte dann zunächst den Abort auf und da es hineingeregnet hatte, sagte ich ihr, sie sollte aufwischen.

Es wird dann auf die Vorgänge bei der Vergiftung selbst ein-gegangen. Gleich nach der Rückkehr der Angeklagten, kurz nach 6 Uhr, hatte die Wagner den Kaffee getrunken, nach dessen Genuß sich die Vergiftungserscheinungen einstellten. Die Angeklagte gibt dazu an, Minna Wagner habe zunächst nur gesagt, der Kaffee habe schlecht geschmeckt. Sie habe aber im übrigen gut aus-gelesen und es sei ihr nichts anzumerken gewesen. — Vorf.: Am nächsten Morgen sollen Sie aber um 6 Uhr früh heruntergekommen sein und die anderen Mädchen gefragt haben, was denn die Minna mache. Als die Stoff erwiderte, sie sei im Speisezimmer, sollen Sie erstaunt ausgerufen haben: So! So! — Angell.: So kann ich das gar nicht gesagt haben. Wenn ich mich wirklich nach der Minna erkundigt habe, so hatte ich nicht ihr Be-finden im Auge, sondern wollte wissen, was sie täte. — Vorf.: An die Salzsäure haben Sie nicht gedacht? — Angell.: Nein. — Vorf.: Den anderen Mädchen ist aber Ihre Aeußerung auf-gefallen. Welchen Anlaß konnten Sie denn auch haben, früh um 6 Uhr zu fragen, ob die Wagner noch im Bette sei? — Die An-geklagte gibt weiter an, daß sie dann in die Küche zur Wesse gegangen sei. Als sie um 7 Uhr zurückkam, traf sie den Holz-macher Deurer vor der Haustür, der habe ihr gesagt, daß der Sanitätswagen geholt worden sei, eines der Mädchen im Hause sei krank geworden. — Vorf.: Der Holz-macher Deurer sagt anders aus, er habe gar nicht gewußt, wer krank sei und Sie hätten sofort von einem Dienstmädchen ge-sprochen. — Angell.: Da muß sich der Deurer irren. Als ich an die Tür kam, traf ich das Stiftsfräulein Loy, die zu mir sagte: Hier geht es ja schön zu, die Minna hat Erbrechen, es geht ihr sehr schlecht, seit sie den Kaffee getrunken hat, es muß etwas Schädliches darin gewesen sein. Wir haben ihr Milch gegeben und den Arzt geholt. Ich sagte sofort, weshalb man mich denn nicht zuerst geholt habe, worauf sie erwiderte, das Mädchen hat nach dem Arzt verlangt und nicht nach Ihnen. — Vorf.: Sie sollen sehr aufgeregt und bestürzt gewesen sein. — Angell.: Mir ging alles mögliche durch den Kopf. Der Verdruss, den ich am Tage vorher mit der Wagner gehabt hatte, ihre Drohungen und der Mecker, daß man mich nicht gerufen hätte. Ich dachte mir gleich, daß es sich um ein Komplott der Dienst-mädchen handelte, und kam auf den Gedanken, daß die Minna Wagner sich selbst die Salzsäure in den Kaffee getan haben könnte. Ich ging dann die Treppe hinauf und fragte den Dr. Eisenberger, der schon bei der Minna gewesen war. — Vorf.: Sie sollen sofort zum Dr. Eisenberger gefragt haben, es hat gestern Krach mit der Wagner gegeben, sie wird sich doch nicht etwas in den Kaffee hinein-getan haben. — Angell.: Das war meine Auffassung; weil man mich nicht gerufen hatte, sondern den Arzt, dachte ich an ein Kom-plott. — Vorf.: v. Pannwitz bittet an die Angeklagte die Frage zu richten, ob nicht zwischen ihr und dem Stiftsfräulein Loy große Feindschaft bestanden habe. — Angell.: Ja, Fräulein Loy hat bei Tisch

unanständige Gespräche

gefragt und das hatte ich ihr verboten. Sie hatte mir dann ge-droht, sie sei so rachsüchtig, daß sie jemand gleich ins Zuchthaus bringen könne. — Vorf.: Was waren denn das für Gespräche, die da bei Tisch geführt wurden? — Angell.: Fräulein Loy sagte, sie würde es als eine

Schande betrachten, wenn sie noch Jungfrau wäre.

Was sie sonst noch sagte, war so unanständig, daß ich es gar nicht wiedergeben kann. Die Angeklagte weigert sich dann, nähere Angaben über diese Gespräche zu machen. — Vorf.: Pannwitz gibt sie wieder. Es handelt sich da um

Manipulationen, die Fräulein Loy mit einem Herrn, den sie gepöftelt haben will, vorgenommen haben will.

Sie lassen sich im einzelnen nicht wiedererzählen. — Staats-anwält: Jetzt glauben Sie also, daß Fräulein Loy mit dem Mädchen im Komplott gewesen ist? — Angell.: Jawohl, das war sie, sie war mit dabei. — Vorf.: Als Sie die Treppe zum Krankenzimmer hinaufgingen, sollen Sie dem Dienstmädchen Stoff begegnet sein. — Angell.: Das ist möglich, ich weiß es aber nicht mehr. — Vorf.: Sie sollen sofort zu der Stoff gefagt haben, sie wird sich Salzsäure hineingetan haben, um sich etwas anzutun. Dabei soll zum erstenmal das Wort Salzsäure ge-fallen sein. — Angell.: Davon weiß ich nichts. — Vorf.: Sie sollen weiter gefagt haben, jetzt war ich in der Kirche und habe schon andächtig gebetet: Herr Gott, wie Du willst! Jetzt ist es schon heraus. — Angell.: Wenn ich das gefagt haben sollte, so hatte es jedenfalls einen ganz anderen Sinn. — Vorf.: Dr. Eisen-berger sagte dann, die Minna müßte ins Krankenhaus. Wurde dabei nicht auch von dem Kaffee gesprochen? — Angell.: Ja, Dr. Eisenberger sagte, das Mädchen wolle den Kaffee untersuchen lassen und ich habe nichts weiter dazu gefagt. — Vorf.: Nachdem der Sanitätsrat kam, sollen Sie hinaufgegangen sein und von der Wagner verlangt haben, daß sie den Kaffee herausgebe. Sie sollen sogar versucht haben, ihr die Tasse aus der Tasche herauszureißen. — Angell.: Das ist eine furchtbare Lüge der Wagner. — Vorf.: Sie sollen gefagt haben, sie komme nicht eher aus dem Hause heraus, als bis sie ihn herausgegeben habe. — Angell.: Das ist die größte Lüge, die je ausgesprochen worden ist. — Vorf.: Einen anderen Zeugen als die Wagner haben wir allerdings nicht dafür. — Angell.: Ich habe ja die Wagner gar nicht mehr in ihrer Kammer auf-gegriffen. — Vorf.: Es soll dann am Abend noch ein weiteres Ge-spräch zwischen Ihnen und Fräulein Loy stattgefunden haben. — Angell.: Ja, die Loy kam zu mir aufs Zimmer und da sagte ich zu ihr, ich sei im Krankenhaus bei der Minna gewesen. Dr. Eisen-berger meine, sie habe sich wohl nur beruhigt machen wollen. In einigen Tagen werde sie wieder gesund sein. Darauf erklärte die Loy: Wenn das nur nicht anders kommt, schließlich sind Sie es noch gewesen! Darüber war ich sehr aufgebracht und erklärte, daß ich mir das nicht mehr gefallen lassen würde. — Vorf.: Die Loy sagte aber anders. Sie sagte, Sie hätten gedauert: Die bringen es schließlich doch noch heraus, daß ich es gewesen bin. — Angell.: So wie ich es gefagt habe, ist es richtig. — Vorf.: Die Loy ist eidlisch vernonnen worden. Sie gibt an, daß sie erst vom Krankenzim-mer erfahren habe, daß die Wagner Sie verdächtigte. Sie sagten vorhin selbst, daß Sie gleich ein Komplott vermuteten. — Angell.: Ein Komplott wohl, aber ich

glaubte nicht, daß die Gemeinheit so weit gehen würde.

Der Vorsitzende hält dann der Angeklagten eine Reihe von häßlichen Aeußerungen

vor, die sie nach den Angaben der Wagner über andere Stiftdamen gemacht haben soll. So soll sie der Wagner empfohlen haben, „ein altes Stiftsfräulein auf den Abort niederzustoßen, daß sie verrede“. Eine andere Stiftdame soll sie „altes Mensch“ genannt haben und einem Fräulein v. Lügelsburg nachgeredet haben, daß sie es mit

dem Minister halte. — Die Angeklagte bestritt das. — Vors.: Sie sollen auch ungenügende Äußerungen über die Pro-
testoren des Instituts, die Prinzessin Leopold Ferdinand, gemacht
haben. — Angekl.: Niemals. — Vors.: Wenn Sie im Zimmer Ihrer
Vorgängerin, der früheren Stiftdorfbewohnerin, ein Gespräch
hört, sollen Sie gefragt haben, die Wagner soll einmal
hinausgehen und sehen, ob die Alte noch nicht verreckt sei,
wahrscheinlich habe sie wieder geoffen.

Angekl.: Das ist unwahr. — Vors.: Sie sollen dann auch
hinter dem Stiftdorfbewohnerin lange Kosen gemacht haben. — Angekl.:
Ich bewahre. — Vors.: Die Wagner sagt weiter, Sie sollen jeden
Morgen gefragt haben: Wenn der Teufel die holen würde, hätte
er einen guten Brocken! — Angekl.: Das ist eine große Un-
wahrheit. — Vors.: Sie sollen auch jeden Morgen gefragt haben:
Ist noch keins von den alten Lasteren verreckt? — Angekl.:
„Laster“ habe ich wohl gesagt, aber damit habe ich nicht Stiftda-
men gemeint. — Vors.: Sie sollen auch die Stiftdamen im
Essen stark gefügt haben. — Angekl.: Für die 1,20 M., die mir
pro Person zur Verfügung standen, habe ich genug geleistet. Wenn
es aber nach dem Speisezettel von Medizinalrat Stumpf gegangen
wäre, den dieser aufgestellt hat, dann hätten die Damen verkümmern
müssen. — Vors.: Sie sollen auch die Diensthöfen angewiesen
haben, einer der Damen den ihr verordneten Franzbranntwein weg-
zunehmen. — Angekl.: Ja, weil sie den

Franzbranntwein immer austrank,
statt ihn zum Einreiben zu benutzen. — Auf Befragen des Ver-
teidigers gibt die Angeklagte an, daß ihr 1,20 M. pro Tag für jede
Dame zur Verfügung standen und 80 Pf. für jeden Diensthöfen.
Sie habe zu tun gehabt, um sich einzuschränken und habe da aus
eigenem Gelde häufig zusehen müssen.
Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet.

Sobald das Urteil vorliegt, werden wir über dieses und über
die wichtigsten Details der Verurteilung im Zusammenhange
berichten. Das Urteil ist vor Mittwoch nächster Woche nicht zu
erwarten.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenyndikat. Nach dem in der letzten Weiratsitzung er-
statteten Geschäftsbericht betrug der rechnerische Kohlenabgang
im September bei 25 Arbeitstagen 5334 258 Tonnen, gegen
5140 848 Tonnen im September des Vorjahres bei 26 Arbeits-
tagen, mithin 7,91 Proz. mehr. Die Förderung stellte sich ins-
gesamt im September auf 6263 440 Tonnen, arbeitstäglich auf
250 538, das ist gegen August 1906 weniger 0,73 Proz., gegen
September 1905 mehr 7,45 Prozent. Der rechnerische Abgang
betrug vom Januar bis einschließlich September
1906 bei 225/4 Arbeitstagen 49 115 961 Tonnen, 1904 bei 226
Arbeitstagen 42 062 613, mithin 1906 gegen 1904 mehr 7 053 348
Tonnen gleich 16,90 Proz. Von der Beteiligung, welche 1906 vom
Januar bis September 57 359 180 Tonnen betrug (1904 54 961 013)
wurden demnach abgesetzt 85,63 Proz. (1905 77,20 Proz., 1904 76,53
Proz.). Der Bestand einschließlich des Landdebits, des Deparits
und der Lieferung der Hüttenwerke an eigene Hüttenwerke betrug
in der gleichen Zeit an Kohlen, Koks, Breifetts 52 381 599, hierbon
für Rechnung des Syndikats 44 658 431, arbeitstäglich 232 034
Tonnen, respektive 197 822 Tonnen.

Durbacher Hütte. Für das letzte Geschäftsjahr wird eine
Dividende von 45 Prozent zur Verteilung gelangen. Die vor-
jährige Dividende belief sich auf 40 Prozent. Dem Aufsichtsrat
schieben 324 000 M. zu. Das macht 0,75 Prozent des Aktienkapitals
aus; es kommen mithin an Dividende und Zinsen über 60 Proz.
heraus.

Sämtliche deutschen Heringsfischereien haben jetzt ihre zweite
Fangreise beendet. Der eingebrachte Fang ist im allgemeinen
sehr befriedigend und die anhaltend hohen Preise lassen glänzende
finanzielle Ergebnisse erhoffen. Der herangebrachte Fang der zweiten
Reise beträgt insgesamt mit 214 Schiffen 94 029 Kantjes Heringe
in Seepadung, das sind 77 430 handelsfähig gepackte Tonnen, deren
Wert annähernd 3 Millionen Mark beträgt.

Beiz- und Fleischausfuhr in Oesterreich-Ungarn. Im ersten
Halbjahr 1906 ist die Ausfuhr an Schlachtvieh gegen die Parallelen
zeit des Vorjahres ziemlich kräftig zurückgegangen und zwar von
insgesamt 136 444 Stück im Werte von 43 504 654 M. auf 80 615
Stück im Werte von 29 318 725 M. Eine geringe Zunahme erfährt
die Fleischausfuhr. Einer Ausfuhrmenge von 13 618 Doppelzentner
in den ersten sechs Monaten 1905 sieht für dieselbe Zeit 1906 ein
Quantum von 15 602 Doppelzentner gegenüber. Dem Werte nach
steht sich die Fleischausfuhr auf 2 512 850 M. resp. 3 040 647 M.

Bulgariens Eierhandel. In steigendem Maße wird Bulgarien
ein Hauptlieferant für Deutschland. Die Eier werden in Kisten zu
1440 Stück verpackt. Sie kosteten an Ort und Stelle anfangs 1905
4,40—6,00 Kr., im zweiten Jahresviertel 4,00—4,20 Kr., im August
und September 5,10—6,30 Kr. und gegen Jahresende 6,30—8,00 Kr.
pro 100 Stück. Der Wert der Gesamtausfuhr 1905 belief sich
auf 9 112 678 Kr. Davon entfallen 2 973 586 Kr. auf Deutsch-
land.

Russische Arbeiterstatistik. Nachdem der russische Ministerpräsident
und Minister des Innern Stolypin angeregt hat, daß sich der
russische Ministerrat nunmehr auch mit der Lösung der Arbeiterfrage
beschäftigen soll, ist diesem vom statistischen Zentralkomitee eine
Arbeiterstatistik unterbreitet worden. Daraus geht hervor, daß die
Gesamtzahl aller Arbeiter und Diensthöfen in den verschiedenen Ge-
werben und im Privatdienst zur Zeit der letzten Volkszählung
9 156 080 Personen betrug. Die Gesamtzahl setzt sich aus 7 042 959
Industriearbeitern und 2 113 121 Diensthöfen zusammen. Nach der
Art der Beschäftigung verteilen sich die Arbeiter in folgende Gruppen:
Landwirtschaft, einschließlich Viehzucht, Forstwirtschaft, Fisch-
fang usw. 2 722 890 Personen (darunter 1 969 717 Männer),
Bergbau, Fabriken und Gewerbe 2 390 776 Personen (darunter
2 013 508 Männer); Verkehrswesen 865 013 (850 848 Männer);
Handel 255 947 Personen (darunter 212 625 Männer); Tagelöhner
und Lastträger 1 095 084 Personen (809 951 Männer). Die absolut
größte Arbeiterzahl weist die Textilindustrie mit 529 218 Personen
auf, dann folgt die Metallverarbeitung mit einer Gesamtbeschäftigung
von 371 002 Personen, im Baugewerbe sind 345 793 Personen be-
schäftigt, 329 255 in der Konfektionsindustrie. In der Lebensmittel-
branche sind 191 784 Personen tätig, 173 052 in der Holzindustrie,
im Bergbau 103 844, bei der Bearbeitung von Mineralien 83 211,
in der Industrie der tierischen Produkte zählt 74 282 Beschäftigte,
61 318 Personen sind in der chemischen Industrie beschäftigt, 52 179
im Druckereigewerbe und 43 759 in der Metallgießerei.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlins hielten am 24. Ok-
tober im „Klubhaus“, Kommandantenstr. 72, eine öffentliche Ver-
sammlung ab, mit der Tagesordnung: Berichterstattung
von der Frauenkonferenz zu Mannheim und vom
Parteitag.

Zunächst gaben die Vertrauenspersonen, die Genossinnen
Panzeram (3. Wahlkreis), Wengels (4. Wahlkreis) und
Wauschke (6. Wahlkreis) ihre Jahresberichte. Im 6. Wahl-
kreis, wo die Frauenbewegung noch schwach ist, wurden ein-
schließlich eines alten Bestandes 188,14 M. eingenommen. Die
Ausgabe betrug 168,89 M. Es sind darin enthalten 100 M., die
der Zentralvertrauensperson überwiesen wurden. Es verblieb ein
Bestand von 17,45 M. Freiwillige Parteibeiträge zu 10 Pf. wurden
317 gegeben. — Im 4. Wahlkreis konnte man mit einer Gesamt-
einnahme von 755,62 M. rechnen. 90 M. gingen an freiwilligen
Parteibeiträgern ein, 80 M. durch Tellerammlungen, das übrige
auf Listen und in Form sonstiger Einnahmen. Nach Ver-

rechnung der Ausgaben verblieb ein Bestand von 439 M. — Im
6. Wahlkreis gingen auf Listen rund 706 M. ein. Ausgegeben
wurden davon 714 M. An freiwilligen Parteibeiträgern wurden
320 M. gezahlt, wovon 250 M. abgeführt sind. Die Gesamteinnahme
im 6. Kreis beziffert sich also auf 1088 M. 300 freiwillig zahlende
Genossinnen sind hier vorhanden, die die Partei dauernd unter-
stützen.

Von allen Berichterstatterinnen konnte mit Genugtuung fest-
gestellt werden, daß ein reges geistiges Leben in den Kreisen der
Parteigenossinnen begonnen habe. Namentlich die eingerichteten
Leseabende hätten schon erfreuliche Fortschritte aufzuweisen. Mit
dem Erfurter Programm wurde gemächlich begonnen. In einem
Leseabend im vierten Kreis ist man sogar schon dabei, Karl Marx
ökonomische Lehren zu studieren. — Die Verbreitung der „Gleich-
heit“ nimmt ebenfalls in allen Wahlkreisen zu.

Die Versammlung erteilte den Vertrauenspersonen Decharge
und wählte dann für das nächste Geschäftsjahr als Vertrauens-
personen die Genossinnen Feipert, Wulf, Panzeram,
Wengels, Wauschke und Buchmann. — Genossin
Wauschke, die vier Jahre lang ihre Amt inne hatte, lehnte eine
Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten ab. Von der Zentral-Ver-
trauensperson, Genossin Ottilie Waader, wurde ihr unter
dem Beifall der Versammlung die vollste Anerkennung für ihr
Wirken ausgesprochen.

Es folgte die Berichterstattung von der Frauen-
konferenz in Mannheim.

Genossin Wauschke gab ein Bild von den Verhandlungen zu
einigen Punkten der Tagesordnung der Konferenz und bezeichnete
als sehr erfreulich die Fortschritte der proletarischen Frauen-
bewegung Deutschlands, die in Mannheim festgestellt werden
konnten. Sie sprach die Erwartung aus, daß die „Gleichheit“
immer noch mehr Eingang finden möge und die Einnahme eine
noch weit größere werde. Berlin müsse zeigen, daß es an der Spitze
stehe. Was den Beschluß betreffend Errichtung von Krippen und
Kindergärten angehe, so müsse unter allen Umständen die Er-
richtung von den Kommunen gefordert werden. Rednerin schloß
mit der Aufforderung, der proletarischen Frauenbewegung recht
viel Kräfte zuzuführen.

Genossin Wengels vervollständigte den Bericht von der
Frauenkonferenz, indem sie namentlich über die Verhandlungen
und Entscheidungen referierte, welche die Landarbeiterfrage, die
Diensthöfenfrage, das Frauenstimmrecht und den Wählerinnen-
und Schwangerenschutz betrafen. Bei Behandlung der Dienst-
höfenfrage ließ sich Rednerin näher über die Gefährdung unserer
Zeit aus, feuerte die Versammelten an, auch für die Forderungen
der Dienstboten mit voller Kraft einzutreten, und bemerkte weiter
dazu: Auf der Frauenkonferenz habe Lili Braun gerügt, daß im
Berliner Dienstbotenverein Angestellte und Herrschaften zusammen-
seien, und daß man längst hätte dafür eintreten müssen, daß die
Dienstboten für sich eine moderne Organisation bildeten. Frau
Braun sei sofort darüber aufgeklärt worden, daß längst Schritte
dazu getan seien und der Vorstand bereits aus klaffenbewußten
Dienstboten bestünde. Trotzdem habe Frau Braun in ihrer „Neuen
Gesellschaft“ wieder behauptet und dagegen sich gewendet, daß man
in dem Verein mit bürgerlichen Frauen zusammengingegangen sei.
Frau Braun sei nun aber die Letzte, die überhaupt darüber sprechen
dürfte. Als Vorstandsdame in dem bürgerlichen „Bund für Mutter-
schutz“ sitze sie mit Leuten zusammen, die schärfste Gegner der
Sozialdemokratie seien. In diesem Wunde habe sie am 6. März
einen Vortrag über Mutterchutz gehalten und ihn dann in dem
Organ des Bundes, also einem bürgerlichen Blatt, veröffentlicht.
Und denselben Artikel habe sie dann später der Vorwärtsbuch-
handlung als geschriebenes Manuscript verkauft. Der Vorwärts-
verlag habe nicht gewußt, daß er schon in einem bürgerlichen Blatt
erschienen sei. Das hätte ihm mindestens erklärt werden müssen.
Sie habe aber auch einige Änderungen vorgenommen, weil sie vor
dem bürgerlichen Publikum Dinge gesagt hätte, die sie sich genierte,
in die für das sozialdemokratische Publikum bestimmte Broschüre
hineinzubringen. Aber kein Wort werde darin von der Münchener
Konferenz gesagt, die schon die Forderung aus Mutterchutz gestellt
habe, und kein Wort davon, daß daraufhin erst die bürgerlichen
Frauen zur Gründung ihres Bundes für Mutterchutz geschritten
seien. Man könne es sich nicht gefallen lassen, daß solche Frau-
herkomme und andere in der geringsten Weise betrieffe. — Mit Be-
zug auf die Forderung des Frauenstimmrechts betont Rednerin als
„unangenehme Tatsache“, daß in den Krankenkassen, der einzigen
Institution, wo Frauen Stimmrecht hätten, die Frauen nicht ge-
nügend Gebrauch davon machten. Beim Reichstag würde das natür-
lich ganz anders sein. Möglich, daß die Beteiligung der Frauen
bei den Wahlen und erst einen Rückschlag brächten. Aber gerade
der Gebrauch des Stimmzettels würde erzieherisch. — Schließlich
wandte sich Genossin Wengels gegen eine Überlastung der Tages-
ordnungen zukünftiger Frauenkonferenzen. In Mannheim habe
sie dahin geführt, daß die Diskussion zu sehr habe beschränkt werden
müssen. In der Nachsicht der Konferenz sei das auch schon be-
sprochen worden, und man habe sich auf den Standpunkt gestellt,
zukünftig sollten zwei Tage für die Konferenz in Aussicht
genommen werden.

In der Diskussion sprach als erste Rednerin Genossin Ottilie
Waader: Wenn die Tagesordnung so reichhaltig gewesen sei, so
liege das daran, daß der Stoff dazu dränge. Vorgesprochen waren
Referate von je einer Stunde. Bei Innehaltung der Zeit hätte
man für die Diskussion genug erübrigt. Es möge ja nun an dem
Stoff gelegen haben, wenn die Referate fast durchweg länger aus-
fielen. Eine ausgiebige Diskussion wäre allerdings erwünscht,
wenn auch nicht in jedem einzelnen Falle durchaus notwendig. Sehr
gern gesehen hätte sie es, wenn besonders über die Landarbeiter-
frage eine größere Diskussion stattgefunden hätte, denn die ver-
schiedensten Erfahrungen, die in den verschiedenen Gegenden ge-
macht würden, wären für die Bestimmung, wie zu agieren sei,
gerade auf dem hier zu bearbeitenden Gebiete von größter Bedeutung.
Ihre Aufgabe als Zentralvertrauensperson werde es nun sein, nach
der Richtung Fühlung zu nehmen mit den Vertrauenspersonen im
Reiche, damit die Frage der ländlichen Dienstboten und Arbeiterinnen
die ihr zukommende Beachtung finde. Es würden sich Wege finden
lassen, auch das ländliche Proletariat, die ländlichen Arbeiter und
Dienstboten zu gewinnen. Ob der nächsten Konferenz noch ein
Tag zuzusetzen sei, werde dann erwohnen werden, wenn man den
zu behandelnden Stoff überschauen könne. — Prototypieren müsse sie
dagegen, daß Frau Braun in der „Neuen Gesellschaft“ die Dele-
gierterinnen heruntermache, indem sie von ihrer „stummstunenden
Verwunderung“ spreche, als ob sie gar nichts verstanden. Die
Tätigkeit dieser proletarischen Frauen und ihr Erfolg bewiesen, wie
berechtigt jener Vortrag sei.

Die Genossinnen Gubela und Buchmann äußerten sich
im allgemeinen zustimmend und gaben Fingerzeige für die Agi-
tation. — Genossin Kagenstein, der der Frauenkonferenz als
Gast beigewohnt hatte, hob hervor, daß dort tüchtiges geleistet sei,
und empfiehlt, dem Uebelstande der Überlastung der Konferenzen
vorzubeugen durch vorherige Drucklegung der größeren Referate,
so daß die Referenten sich darauf beschränken könnten, durch kurze
zündende Ansprachen die Diskussionen einzuleiten, die dann recht
breit und so tief als möglich sich ergießen könnten. — Die Organi-
sierung der Landbevölkerung werde nur im erwünschten Maße ge-
lingen, wenn die Gesamtpartei als solche und die Zentralkommission
der Gewerkschaften ihre Kräfte und ihre Mittel bereitstellen. Wenn
man sie, wie jetzt, dem Fabrikarbeiterverbände überlasse, werde
man nicht weiter kommen. — In Sachen des Schutzes der Kinder
vor Mißhandlungen stellt Redner die Bildung einer Kinderschutz-
kommission in Aussicht. Eingehend läßt er sich auch über die Frage
der Kindergärten aus, indem er besonders wünscht, daß nach An-
nahme des entsprechenden Zusatzantrages neben der Agitation für
kommunale Krippen und Kindergärten auch die freigerichteten
Privatkindergärten von den Frauen tatkräftig gefördert werden
möchten. Er verweist auf den freien Kindergartenverein in Char-
lottenburg, der demnächst auch in Moabit einen Kindergarten er-
öffnen werde.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossinnen
Waader, Kagenstein, Waur, Bauermeister, Scholz,
Wieler, Hoppe, Darmuth und Hoffmann, sowie Ge-
nossin Kagenstein. Es kam zu einer lebhaften Erörterung der
vielen Anregungen, welche die Frauenkonferenz den proletarischen
Frauen gegeben hat, ein Zeichen ihrer Fruchtbarkeit. Mit den
Ausführungen Kagensteins über die privaten Kindergärten freier
Richtung erklärten sich die meisten Rednerinnen einverstanden, da-
von ausgehend, daß private Erhebungen in diesem Sinne Be-
achtung verdienen und gefördert werden müßten, schon deshalb,
weil die Kommunen sich nicht beugen würden, ihre Pflicht zu er-
füllen. — Genossin Waader, die Wegenerin jenes Zusatzantrages
über die privaten Kindergärten war, führte zwar die Gründe ihres
bekannten Standpunktes gegenüber Kagenstein an, erklärte es aber
für selbstverständlich, daß auch sie den Beschluß erfüllen werde,
ja, sich verpflichtet habe, sich mit Kagenstein wegen der privaten
Kindergärten in Verbindung zu setzen. Aber darüber dürfe unter
keinen Umständen die Pflicht verlegt werden, die Kommunen zur
Schaffung solcher kommunalen Einrichtungen zu zwingen.

Die Ausführungen aller Rednerinnen den festen Willen
erkennen, im Sinne aller Beschlüsse der Frauenkonferenz energisch
zu wirken. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Wegen vorgerückter Zeit und da die Genossinnen über den
Parteitag ausreichend informiert sind, wurde von einer Berichts-
erstattung vom Parteitag gänzlich Abstand genommen.

Eine Organisation der Diensthöfen usw. wird in den nächsten
Tagen auch in Hamburg ins Leben gerufen werden. In einer
am Dienstagabend stattgefundenen, von über 1000 Dienstmädchen,
Reinmachefrauen usw. besuchten Versammlung wurde nach einem
von großer Sachkenntnis getragenen Referat der Genossin L. Pieg
und lebhafter Debatte der Beschluß gefaßt, in Hamburg und Um-
gebung die Organisation der Diensthöfen und aller in der Haus-
wirtschaft tätigen weiblichen Personen energisch zu betreiben. Der
Anforderung, dem zu gründenden Verein beizutreten, wurde zahl-
reich entsprochen. Die Grundlagen dieser zeitgemäßen Organisation
sind damit gelegt. Demnächst wird die konstituierende Versammlung
stattfinden.

Spandau. Die Generalversammlung des Vereins der Frauen
und Mädchen der Arbeiterklasse war ziemlich gut be-
sucht. Die wichtigsten Punkte waren Vorstandswahl und Klassenbericht
sowie Neuwahl des Vorstandes. Nach dem von der Kassiererin, Ge-
nossin Köppen erstatteten Klassenbericht belief sich die Einnahme seit
dem 1. Januar 1906 auf 70,95 M., inkl. Klassenbestand 173,20 M.,
die Ausgabe betrug 74,35 M., so daß am 1. Oktober 1906 ein Be-
stand von 66,55 M. vorhanden war. Von den am Jahresbeginn
vorhandenen 67 Mitgliedern sind 20 ausgeschieden, dem stehen zehn
Renonciaturen gegenüber. Es ist notwendig, daß im neuen
Rechnungsjahr sich jedes Mitglied mehr beiseigt für die Interessen
des Vereins einzutreten. Aber auch den Parteigenossen am Ort
muß der Vortour gemacht werden, daß sie ihre Frauen nicht dem
Verein zuführen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Sonntag, den 28. Oktober: Besuch der Treptow-Stern-
warte nachmittags 6 1/2 Uhr. 1. Führung durch das astronomische
Museum, Erklärung des Riesenteleskops — 7 Uhr. 2. Lichtbilder-
vortrag vom Herrn Direktor Archenhold: „Die Wohnbarkeit der
Welten.“ 3. Beobachtung beliebiger Himmelsobjekte mit kleineren
Fernrohren. Treffpunkt 6 Uhr in der Sternwarte. Willetts sind noch
an der Kasse zu haben.

Montag, den 29. Oktober: Vortrag im Neuen Klubhaus, Kom-
mandantenstraße 72. Referent Wilhelm Holzner, Thema: „Die
Moderne“.

Charlottenburg. Montag, den 29. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im
Volkshaus, Rosinenstr. 3, öffentliche Versammlung. Genosse
Hans Bloß, spricht über den Frauenkongreß. Außerdem wird
eine Vertrauensperson gewählt. Die Kreisvertrauensperson.
Sonntag, den 3. November im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
Sitzungsfest. Willetts 30 Pf. inkl. Tanz.

Mittwoch, den 14. November, 1/2 9 Uhr: Versammlung im
Volkshaus. Vortrag, Dr. B. Vorwärts.

Vermischtes.

Ein Schloß niedergebrannt. Das Schloß des Rittmeisters
von Droselste in Cammer bei Brandenburg a. H. ist während der
Abwesenheit des Besitzers, der sich erst kürzlich verheiratet hat,
niedergebrannt. Von dem alten Schloß sind nur die festen Kellermauern
übrig geblieben. Die Dienerschaft konnte nur einige Werkzeuge,
Kleider, Silberzeug usw. retten. Als das Feuer im Jagd-
zimmer die Munitionsvorräte ergriff, ertönten Explosionen. Längere
Zeit niatterten Salven wie bei einem Feuergefecht. Zum Glück ist
aber niemand von der Wüchmannschaft verletzt worden. Die Feuer-
wehren der benachbarten Orte waren dem entfesselten Element gegen-
über machtlos. Schon am vergangenen Montag war im Schloß ein
Staubbrand ausgebrochen, der aber im Entstehen gelöscht werden
konnte. Das Schloß mit dem Inventar war versichert.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Mittwoch auf der Pen-
sylvanienbahn. Ein Personenzug, welcher auf einer Brücke bei Wau
im Staate Indiana hielt, wurde von einem Güterzuge angefahren.
Ein Pulmannwagen wurde zerstört, verschiedene Güterwagen stürzten
in das Wasser. Mehrere Reisende wurden schwer verletzt, mehrere Per-
sonen werden vermisst. Man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

In Szenot. Wie aus New York gemeldet wird, berichten ver-
schiedene Dampfer, auf dem Wege nach Cuba den Dampfer „Eirocco“
getroffen zu haben, der zur Hälfte unter Wasser stand. Er hatte
nur wenig Lebensmittel an Bord, trotzdem weigerte sich der Kapitän,
irgend welche Unterflügel anzunehmen.

Ein Abenteuer in der Eisenbahn. In der Nähe der russischen
Station Iwerinka wurden zwei Damen, welche allein im Damen-
coupé reisten, von zwei Männern, die auf einer kleinen Station ein-
gestiegen waren, unter Todesdrohungen ihres Schicksals im Werte
von 10 000 Rubeln und ihres Bargeldes im Betrage von 1000 Rubeln
beraubt. Die Räuber sprangen sodann während voller Fahrt aus dem
Zuge und sind mit ihrer Beute entkommen.

Durch Gase erstickt. München. Gestern vormittag wurden in
München die beiden Töchter der Glodengießer-Witwe Straßer tot im
Bett aufgefunden, während der Sohn bewusstlos war. Es wird an-
genommen, daß das Unglück durch eindringende Gase aus der
Glodengießerei herbeigeführt wurde.

Zwanzig Menschen verbrannt. Kansas City (Missouri).
Gestern in der Frühe brach im Gebäude der Handelskammer Feuer
aus, durch das der Bau zerstört wurde. Von den oberen Stock-
werke bewohnenden 200 Mietern, die, als der Brand anfang, noch
schlafen, sind nach den Schätzungen der Feuerwehrl über zwanzig
aus dem Leben gekommen und etwa fünfzig durch das Feuer verletzt.

Eingegangene Druckschriften.

Blut. Kräftige Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen.
(Herausgeber: Georg Bernhart.) 42. Heft des dritten Jahrganges. Preis
vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M.
Berlin-Charlottenburg, Westheerstr. 69.

Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Beder, Joh. Diehagen,
Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an A. F. Sorge und andere. Erste Ab-
teilung: 1867—1883 bis zum Tode von Karl Marx. Zweite Abteilung:
1884—1890 bis zum Tode von Friedrich Engels. 422 Seiten. Preis der
Volksausgabe geb. 4 M. Verlag von J. G. D. Diez Nachf., Stuttgart.

Prof. Dr. H. Viehmann. Bibliothek der Rechts- und Staatskunde,
Karteile und Urteile. Band 12 geb. Preis 1 M. Verlag von Ernst Heimlich
König, Stuttgart.

Hensbroek. Graf von. Das Papsttum. Volksausgabe. Jeweiler
Teil. Ultramarine Mar. Preis 1 M. 1. bis 10. Aufl. Leipzig 1906.
Verlag von Breitkopf u. Härtel.

A. WERTHEIM

ORANIENSTRASSE

Extra-Preise

soweit der Vorrat reicht:

Kleiderstoffe

Wollstoffe blaugrün kariert, 1-10 cm breit Meter 1.25 Mk.
 Einfarb. Cheviots reine Wolle 110 cm breit 1.40, 1.60
 Einfarb. Satins reine Wolle, 110 cm breit 1.60, 1.90
 Seidenstoffe schottisch gestreift und kariert Meter 1.85 Mk.
 Reinseidene Chinéstoffe Meter 1.75 Mk.

Damen-Konfektion

Golf-Capes aus meliertem Stoff mit kariertem Innenseite 5.60 Mk.
 Kurzer Paletot aus schwarz glattem Stoff mit Garnitur 7.50 Mk.
 Astrachan-Paletot 16.75 Mk.
 Kostümröcke engl. gemust. 2.65, 4.90 Mk.
 Barchent-Blusen 95 Pf. bis 2.75 Mk.
 Cheviot-Blusen einfarbig 4.10 Mk.
 Punktirte Sammet-Blusen 5.75 Mk.
 Taffet-Blusenhemd 7.90 Mk.
 Moiré-Jupons 2.95 Mk.
 Velour-Jupons 2.90 Mk.

Kinder-Mäntel

Länge 50 55 60 cm
 aus farbigem glattem Stoff, wattiert 4.50 4.75 5 Mk.

Kinder-Kleider

aus reinwollenem Cheviot, ganz gefüttert
Länge 50 55 60 65 cm
 2.95 3.25 3.50 4 Mk.

Damenhüte

Breton mit Bandgarnitur und Pose 2.65 Mk.
 Breton mit Sammetgarnitur und Schalle 2.65 Mk.
 Chasseur m. Sammetgarnitur u. Schnalle 2.90 Mk.
 Englische Form mit Doppelkopf, Sammetgarnit. u. Schnalle 2.90 Mk.
 Amazone mit schottischer Seidengarnitur 4.50 Mk.

Damenstrümpfe

Reine Wolle schwarz, gewebt, engl. Länge 65 Pf., 1.15 Mk.
 Wolle schwarz, mit farbigen Ringeln, gewebt 85 Pf.
 Wolle plattiert, schwarz, gestrickt, deutsche Länge 40 Pf.

Pelzwaren

Seal-Kanin-Kolliers 5.75 Mk.
 Weisse Thibet-Stolas 9.75 Mk.
 Schwarze Thibet-Stolas 12.25 Mk.
 Kid-Astrachan-Stolas 13.75 Mk.

Putzartikel

Sammet-Rosen mit Seide Stck. 10, 20 Pf.
 Weinbeeren-Piquét 3 Trauben mit Laub 70 Pf.
 Veilchen Gross 28 Pf.
 Hahnen-Schlappe 4 Farben 68 Pf.
 Fasanen-Schlappen in allen Farben 75 Pf.
 Vautours in allen Farben 35 Pf.
 Hutband schottisch gestreift ca. 12 cm breit Mtr. 75 Pf.
 Chinéband mit Bordüre 12 cm br. Mtr. 80 Pf., ca. 18 cm br. Mtr. 1.35
 Taffetband alle Farben, ca. 11 cm breit Mtr. 50 Pf.

Trikotagen

Normalhemden Vigogne, mit doppelter Brust 3 Größen 1.40, 1.50, 1.60 Mk.
 Herren-Beinkleider Vigogne vorn, mit Ueberschlag 3 Größen 1.60, 1.75, 1.95 Mk.
 Damen-Unterröcke gestr. Barch. mit Volant 1.20 Mk.
 Damen-Beinkleider gestreift Barchent 1 Mk.
 Unterröcke gestrickt, farbig gestreift 1.35 Mk.
 Damen-Plaids reine Wolle, fein kariert und schottisches Muster 3 Größen 2.10, 3.25, 4.75 Mk.

Strickwolle

Schwarz u. meliert Pfd. 1.90 Mk.
 Meliert weiche Qualität Pfd. 2.60 Mk.

Damen-Handschuhe

Trikot-Handschuhe 35, 58, 68 Pf.
 Spitzen-Handschuhe halbe Ärmel 90 Pf., 1.40

Kinderstrümpfe

schwarz, 1x1 gestrickt

für ca.	1-2	3-4	5-6	7-8	9-10	11-12	13-15 Jahre
Wolle <small>plattiert</small>	32	38	42	45	50	55	60
reine Wolle	45	60	65	80	90 Pf.	1 Mk.	1.15
							1.25
							1.35
							1.45

Porzellan

Speiseteller 10 Pr., Dessertteller 6 Pr.
 Kompotteller 4 Pr., Tassen m. Gold-dekor. 22 Pr.

Glas

Salatieren gepresst 15, 27 Pf.
 Butterdosen gepresst 23 Pf.
 Käseglocken gepresst 38 Pf., Teller gepresst 6 Pf.

Steingut

Teller blau, tief u. flach 10 Pr., Dessertteller blau 9 Pr.
 Kompotteller blau 8 Pf.
 Salatieren 6 Stk. blau 1.10, 1.50, 6 Stk. weiss 90 Pf. 1.10

Emaile-Geschirre

Kasserollen ohne Ring 3 Größen 22 Pf. bis 75 Pf.
 Wasserkessel mit Absatz 4 Größen 45 Pf. bis 1.35
 Wasserkessel ohne Absatz 4 Größen 35 Pf. bis 1.10
 Schüsseln flach 8 Größen 18 Pf. bis 1.80
 Schüsseln tief 10 Größen 40 Pf. bis 1.35
 Essnapfe 4 Größen 18 Pf. bis 45 Pf.
 Wannen oval 5 Größen 1.35 bis 2.60
 Wannen rund 4 Größen 1.25 bis 2.25
 Eimer grau 70 Pf., neu blau 80 Pf., marmor 85 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Bestecks schwarzes Heft 42, 60 Pf.
 Reibemaschinen 95 Pf.
 Messerputzmaschinen 6.25 Mk.
 Wagen 1.25 Mk., Brotkörbe 85 Pf.
 Vorratsbüchsen 25 Pf.
 Briefkasten 38 Pf.
 Wäschetrockner 1.15 Mk.
 Ofenvorsetzer 1.50, 1.85, 2 Mk.
 Kohlenkasten 1.60, 2 Mk.
 Wringmaschinen 10 Mk., 11 Mk.

LEBENSMITTEL

Kakao Pfd. 75 Pf.
 Haushalt-Schokolade Pfd. 65 Pf.
 Junge Schoten IV $\frac{1}{2}$ Dose 36 Pf.
 Junge Schoten II $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf.
 Junge Schoten I $\frac{1}{2}$ Dose 75 Pf.
 Schoten und Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
 Karotten in Streifen $\frac{1}{2}$ Dose 23 Pf.
 Gemischtes Gemüse $\frac{1}{2}$ Dose 42 Pf.
 Preiselbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.
 Weizenmehl Pfund 12 Pf.

Bruchspargel mit Köpfen $\frac{1}{4}$ Dose 65 Pf.
 Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ Dose 36 Pf.
 Viktoria-Erbisen Pfund 15 Pf.
 Ia glasierte Erbsen Pfund 18 Pf.
 Spalt-Erbisen gelb Pfund 15 Pf.
 Grüne Erbsen Pfund 14 Pf.
 Mittel-Linsen Pfund 37 Pf.
 Mittel-Bohnen Pfund 18 Pf.
 Kleine Bohnen Pfund 15 Pf.
 Rangoon-Reis Pfund 14, 18 Pf.

Java-Reis Pfund 24, 28 Pf.
 Haferflocken Pfund 18 Pf.
 Türkische Pflaumen Pfund 19 Pf.
 Gemischt. Backobst Pfund 30 Pf.

Rot- u. Zwiebelwurst Pfund 55 Pf.
 Cervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.25 Mk.
 Plockwurst Pfd. 1.15 Mk.
 Jagdwurst Pfd. 1.10 Mk.
 Schinkenspeck Pfund 1.10 Mk.

Gänse Pfund 58 Pf.

Kasseler Rippespeer Pfund 85 Pf.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

81. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Den Ausschussbericht über die Vorlage wegen Errichtung eines Denkmals für den Staatskanzler Fürsten von Hardenberg auf dem Dönhofsplatz erhaltet Stadtd. Michels (Fr. Fr.) nach langen Beratungen und nach vorgenommener Besichtigung der ebent. für die Aufstellung geeigneten Stätten am Dönhofsplatz und auf dem Gendarmenmarkt ist der Ausschuss schließlich doch auf den Magistratsvorschlag (Südseite des Dönhofsplatzes, Front nach der Krausenstraße) zurückgekommen.

Ohne Diskussion entscheidet die Versammlung im Sinne der Ausschussmehrheit.

Zur Freilegung des Engpasses in der Alten Jakobstraße soll jetzt auch eine Fläche von 118 Quadratmeter vor dem Grundstück Nr. 22 für den Preis von 250 M. pro Quadratmeter freibändig erworben werden.

Zur Freilegung der Straße 18a, Abt. XI des Bebauungsplanes, die einen unmittelbaren Zugang von der Müllerstraße zum Birchow-Krankenhaus bildet, soll die vom Grundstück Müllerstr. 144 (dem Landwirt Jean Chartron gehörig) erforderliche Fläche von 1308 Quadratmeter enteignet werden.

Beiden Magistratsanträgen gibt die Versammlung ihre Zustimmung.

Die Vespansung, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Rehrmaschinen will der Magistrat für die zwei Jahre ab 1. April 1907 bis 31. März 1909 den bisherigen Unternehmern (A. Drehm und Gebr. Krause und Firma Buchholz u. Scheider) übertragen. Am 31. März 1909 läuft auch der die Rehr- und Schneefahrt betreffende Vertrag ab; vom 1. April 1909 wäre dann die Möglichkeit gegeben, durch eine entsprechende Ausschreibung eine ordnungsmäßige Ausnutzung der laufend bezahlten Vespansung zu erreichen, was jetzt nicht der Fall ist.

Für die kommenden zwei Jahre fordern die Unternehmer 850 M. pro Maschine und Tag statt des geltenden Satzes von 6,50—7 M.; der Magistrat will diese Erhöhung zugestehen, um eine Garantie für einen befriedigenden Betrieb zu gewinnen, der seit 1904 sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat.

Ohne Debatte gelangt der Magistratsvorschlag zur Annahme.

Auf dem Ballplatz sollten gärtnerische Anlagen hergestellt werden. Vorgezogen ist auch ein großer Spielplatz von 8000 Quadratmeter zur allgemeinen freien Benutzung, der mit Rasen belegt werden soll. Die Kosten sind auf 92 000 M. veranschlagt.

Stadtd. Borgmann (Soz.): Die Parkverwaltung betritt hier endlich den Weg, unsere großen Plätze nicht bloß mit Schmutz- und Anlagen, sondern auch mit Spielplätzen zu versehen. Der hier vorgesehene Spielplatz scheint nun aber fast die ihm zugewiesenen Zwecke nicht zu genügen; denn man will dort Rasen auslegen, der doch nie geduldet kann, wenn die Fläche wirklich zum Spielen benutzt wird.

Erfahrungen an anderer Stelle sollten uns hier warnen; die Erhaltung von Rasen auf solchen Plätzen ist eben unmöglich. Die Parkdeputation sollte von der Anlegung des Rasens Abstand nehmen. (Die Versammlung ist sehr unruhig, was den Vorsteher veranlaßt, um Ruhe zu bitten.) Ich kann ja begreifen, daß Sie für diese Spielplätze, welche den Kindern der ärmeren Bevölkerung zugute kommen sollen, nicht das gleiche Interesse besitzen. (Große Unruhe.) Ich erlaube die Parkverwaltung nochmals, nicht bloß Paradespielplätze, sondern solche Spielplätze herzurichten, welche wirklich den Kindern zugute kommen.

Bürgermeister Dr. Reide: Wir machen hier zunächst einen Versuch auf Veranlassung des Magistrats und derjenigen Herren, welche die Londoner Verhältnisse studiert haben. Daß ein mit Rasen bedeckter Spielplatz für die Lungen und die Erholung der Kinder viel günstiger ist als ein staubiger, liegt auf der Hand. Die große schöne Wiese im Treptower Park haben wir hergegeben und die jüngsten Berichte lauten ja auch schon ganz erfreulich dahin, daß sich die Einrichtung halten lassen würde, wenn der Platz zum Zweck genügender Verwässerung zeitweise gesperrt wird. Lassen Sie es auf dem Ballplatz bei dem Rasenspielplatz. Es liegt und ganz fern, Paradespielplätze anlegen zu wollen.

Stadtd. Borgmann: In England sind Rasenspielplätze mit Rücksicht auf die dortigen klimatischen Verhältnisse viel eher am Platze. Bei uns läßt die Verwaltung die Spielplätze im Friedrücksbahn usw. nicht dauernd benutzen, weil eben durch die dauernde Benutzung der Rasen ruiniert wird; auch in Treptow ist, wie wir eben hören, die Wiese nur „mit erheblicher Beschränkung“ freigegeben. Die Plätze müssen aber doch so eingerichtet sein, daß die Kinder den ganzen Tag darauf spielen können.

Stadtd. Dr. Langerhans: Das Treptower Weisfeld von der 1806er Gewerbeausstellung her hat doch gelehrt, wie lange Jahre es dauert, bis ein ruiniertes Rasen wiederhergestellt ist. Die absolute Freigabe ist unzulässig. Man soll auch den schönen Blick auf den grünen Rasen nicht beschneiden.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Bei der Beratung einer Reihe von Rechnungen macht Stadtd. Levy (Fr. Fr.) geltend, daß nach seiner Meinung die bestehende Hundesteuerordnung namentlich bezüglich der Erteilung von Freischein entweder zu engherzig gehandhabt wird oder reformiert werden muß.

Stadtd. Michels gibt anheim, beim Etat auf diese Beanstandungen zurückzukommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen ohne allgemeinere Bedeutung schließt die öffentliche Sitzung nach 6 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung steht u. a. die Berichterstattung des Ausschusses für die Neuwahl eines Stadtschulrats.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Beachtung!

Soweit die uns gewordenen Mitteilungen lauten, war der Besuch des Extra-Zahlabend in den meisten Fällen ein recht zufriedenstellender.

Damit aber die statistische Aufnahme eine durchaus vollständige und lückenlose werde, bitten wir die Bezirksführer und deren Stellvertreter dringend, alle Genossen, welche am Zahlabend fehlten, nimmeh aufzufinden und die Eintragung der Ferngebildeten bis zum 30. Oktober freudlichst zu bewirken.

Die so vervollständigten Listen sind dann bis zum 3. November an die von den Kreiswahlvereinen bezeichneten Stellen abzuliefern.

Mit Parteigruß.

Der Aktions-Ausschuß.

Frieden. Diejenigen Genossen, welche am Dienstag den Extrazahlabend nicht besucht haben, fordern wir hiermit auf, bestimmt am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr bei Strafe zu erscheinen, um die Statistik sachgemäß ausfüllen zu können. Mitgliedsbücher der politischen sowie der gewerkschaftlichen Organisation sowie Zeitungsquittung sind mitzubringen. Der Vorstand.

Rudow, Sonnabend, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Palm statt. Die Genossen werden ersucht, die Mitgliedsbücher vom Wahlverein und von der Gewerkschaft sowie die Zeitungsquittung mitzubringen. Es ist Pflicht der Genossen, vollzählig anwesend zu sein. Der Vorstand.

Schönleber. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, seine Mitgliederversammlung bei Pätzsch ab. Vortrag des Redakteurs Genossen Wermuth über: Die Ergebnisse des Parteitag und Aufnahme der Statistik. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher vom Wahlverein, der Gewerkschaft und die Zeitungsquittung mitzubringen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Fleischteuerung und die städtischen Behörden. Von allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung ist folgender Antrag gestellt worden:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat: Bei den Reichs- und Staatsbehörden mit allem Nachdruck erneut dahin vorstellig zu werden, daß mit Rücksicht auf die immer mehr steigende Teuerung des Fleisches und die sich hieraus ergebende Schädigung und Verschlechterung der Volksernährung sowie die hierdurch herbeigeführte bedrohliche Kollage weiterer Volksteile die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe schleunigst getroffen, daß insbesondere die Grenzen für die Einfuhr von Rind- und Fleisch sofort geöffnet und die hemmenden Zollschranken beseitigt werden.“

Cassel. Deutsch. Dins. Komm. Singer.

Die alten Grundstücke in der Alten Jakobstraße 20/21 und 22, die wie „Eisbäder“ in die Baufluchtlinie der Straße hineingezogen, sind in andere Hände übergegangen und sollen nun vom Erdboden verschwinden, nachdem seit einem Jahrzehnt die Bemühungen der Besitzer gescheitert waren. Der Magistrat ist nun bereit, die zur Verbreiterung der Alten Jakobstraße erforderlichen Flächen für 250 M. pro Quadratmeter anzukaufen. Das Haus Nr. 22 war vielen Berlinern unter dem Namen „Rieten-Giese“ bekannt. Dort wohnte nämlich der bekannte Lotteriennehmer Giese, der diesen Namen führte, bis in seine Kollekte auch einmal das große Los der preussischen Lotterie fiel.

Die Armenunterstützung für den Hausbesitzer. Auf unsere in Nr. 224 veröffentlichten Mitteilungen über jenen Hausbesitzer (Töpfermeister Schürmer, Remelerstraße 22), der einer armen Frau für noch rückständige Miete die ihr von der Armenkommission bewilligte Unterstüfung in Gegenwart des auszahlenden Kommissionsmitgliedes (Zigarrenhändler Goewe, Rosenerstraße 1) abnahm, sind uns zwei Erwidernngen zugegangen.

Die eine Erwidernng rüht angeblich von der Armenkommission selber her. Die Unterschrift lautet: „Die Mitglieder der 112. A. S.“ (soll heißen: 112. Armenkommission); in Wirklichkeit führt aber die betreffende Kommission die Nummer 112A. Namen der Mitglieder sind nicht mitunterzeichnet, auch ist kein Stempel beigeschrieben. Wir könnten hiernach diese anscheinend gar nicht einmal echte Aufschrift unbeachtet lassen; doch wollen wir aus ihr mitteilen, daß wir da belehrt werden, nach eigener Angabe der Frau bei dem Kommissionsvorsitzer habe der Hauswirt sie zu einer bestimmten Zeit zu dem auszahlenden Mitglied hingestellt, um — so sagt die Aufschrift — „den Coup auszuführen“. Herrn Goewe suchen die Verfasser des Briefes zu entlasten. Er sei Inhaber eines offenen Geschäftes, zu dem jedermann Zutritt habe. Sollte es „Mitgliedern der 112. A. S.“ unbekannt geblieben sein, daß in einem „offenen Geschäft, zu dem jedermann Zutritt hat“, Armenunterstützungen überhaupt nicht ausbezahlt werden dürfen? Herr Goewe habe, so werden wir dann weiter belehrt, der Frau das Geld ausgehändigt, Herr Schürmer aber habe es eingestekt, so daß Goewe habe annehmen müssen, das geschehe in beiderseitigem Einverständnis. Das Schreiben schließt: „Selbstverständlich können wir sämtlichen Mitglieder der Kommission die Handlungsweise des p. Schürmer nur verdammen“. Wohlgemeint: „sämliche“!

Die andere Aufschrift gibt sich als Erwidernng des Hausbesizers Herrn Schürmer. Er schilt auf die Frau, die keineswegs Not gelitten habe, aber eine schlechte Mietzahlerin gewesen sei und eigentlich von ihm hätte exmitiert werden können. Sie habe ihm mitgeteilt, bei der Armenkommission sei sie um Unterstüfung eingekommen, um die Miete zahlen zu können. „Ich überzeuge mich“, so schreibt Sch., „durch Nachfrage beim Armenvorsitzer hiervon und erfahre gleichzeitig von diesem, daß sie demselben gesagt, sie hätte zum Lebensunterhalt genügend, nur zur Miete wolle es nicht reichen. Darum fühlte ich mich berechtigt, bei Herrn Goewe Erkundigungen einzuziehen, wann Frau... die ihr in Aussicht gestellte Unterstüfung für Miete in Empfang nehmen sollte.“ Bezahlt wurde die Unterstüfung durch Goewe am 2. Oktober, und da erschien dann just zu rechter Zeit Schürmer auf der Wühlfläche und kerkte das der Frau im Laden des Herrn Goewe ausgezahlte Geld vor ihren Augen ein. Er selber schreibt uns, er habe es „in Empfang genommen“, und dazu sei er „berechtigt“ gewesen, da die Unterstüfung ja „für Miete gewährt“ wurde. Er bestätigt schließlich, daß er der Frau nur 1 M. zurückgegeben habe, und zwar „auf die Vorstellung, daß sie augenblicklich sehr in Verlegenheit sei.“

Durch diese Darstellung wird die angeblich von den Kommissionsmitgliedern herrührende Aufschrift in einem sehr wichtigen Punkte ergänzt und berichtigt. Herr Sch., hat, so versichert er, nicht nur den Kommissionsvorsitzer um Auskunft gebeten und Auskunft von ihm erhalten, sondern hat auch bei dem auszahlenden Kommissionsmitglied Erkundigungen darüber eingevozen, wann die Auszahlung erfolgen sollte. Wenn das wahr ist, so haben wir es hier mit einer höchst merkwürdigen Probe der Beziehungen der Hausbesitzer zur Armenpflege zu tun. Was geht das dem Hausbesitzer an, ob eine seiner Mieterinnen um Armenunterstüfung eingekommen ist oder nicht? Und was kümmert es ihn, wann die bewilligte Unterstüfung ausgehändigt werden soll? Sollte nicht der Vorsitzer wie das auszahlende Mitglied die Pflicht, dem Mann (der gar nicht zur Kommission gehörte) jede Auskunft hierüber zu verweigern?

Die angeblich von der Kommission herrührende Aufschrift stellt den Hergang so dar, daß man glauben könnte, kein Mensch aus der Kommission habe vorher etwas von dem Interesse geahnt, das der Hausbesitzer an der auszahlenden Unterstüfung hatte. Dagegen wird durch den Brief des Hausbesizers selber das auszahlende Mitglied samt dem Vorsitzer belächelt. Wir erwarten, daß die Armenverwaltung bemüht sein wird, den Hergang aufzuklären.

Die Markthallen-Deputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der für das nächste Etatsjahr geltenden Lohnskala für die in den städtischen Markthallen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. In der vorhergegangenen Sitzung hatte man eine Subkommission eingesetzt, welche die Wünsche der Arbeiter prüfte und in deren Namen Stadtrat Fischbeck der Deputation die Vorschläge unterbreitete. Nach denselben beträgt der Anfangslohn für Handwerker 4,50 M., steigend von je zwei Jahren um 50 Pf. bis nach sechs Jahren auf 6 M.; für Arbeiter von 3,75 M., steigend alle zwei Jahre um 25 Pf. bis nach 10 Jahren auf 4,75 M.; für die Ar-

beiterinnen von 2 M., steigend in acht Jahren auf 3 M. Von unseren Genossen war der Antrag gestellt, den Anfangslohn der Reinigungsarbeiter auf 4 M., steigend bis 5 M., zu bemessen, mit der Begründung, daß die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit eine höhere Entlohnung rechtfertigen. Es ist absolut unmöglich, bei einem Verdienst von 3,75 M. eine Familie zu unterhalten. Lange genug habe die Stadt Berlin gezögert, für die städtischen Arbeiter annähernd die Löhne so zu bemessen, wie es in Privatbetrieben längst geschieht. Wenn man sich jetzt damit begnügt, 25 Pf. pro Tag zuzulegen, so entspräche das weder den gesteigerten wirtschaftlichen Lebensverhältnissen, noch dem Grundsatz, daß die städtischen Betriebe Musteranstalten sein sollten. Stadtrat Fischbeck erwiderte, daß die Erhöhung mit Ausnahme bei den Reueinzustellenden sich bei den Arbeitern auf pro Tag 50 Pf. beließe und daß der Etat dadurch um 38 000 M. höher belastet werde. Von anderer Seite wurde schlanfweg erklärt, daß die vorgeschlagene Entlohnung von 3,75 M. für ungelernete Arbeiter ausreichend sei. Der von den Sozialdemokraten erhobene Einwand, daß mit einem solchen Verdienst eine Familie nicht ernährt werden könne, sei hierbei nicht maßgebend. Ist das dem Arbeiter nicht genügend, so soll er eben gescheidt sein und sich eine andere Stelle besorgen. Diese philisterhafte Argumentation wurde von unseren Rednern in die richtige Beleuchtung gerückt. Der Antrag der Subkommission gelangte zur Annahme, nachdem der von unseren Genossen gestellte Antrag gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Hoffen wir wenigstens, daß diese geringen Zugeständnisse nicht noch bei dem Magistrat ein Hindernis finden. — Ein Antrag des Arbeiterausschusses, bei der Beerdigung von Kollegen eine Anzahl Arbeiter zu delegieren, fand darin Berücksichtigung, daß jedesmal sechs Kollegen dazu auf einen halben Tag deurlaubt werden.

Der daraus zur Beratung gelangende Etat der Markthallen für 1907 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3 497 881 M. und wurde mit unbedingten Änderungen angenommen. — Eine von Herrn Georg Bonus eingereichte Offerte, den amtlichen Marktbereich unter besonderen Bedingungen unentgeltlich zu übernehmen, während dem jetzigen Bruder pro Exemplar 8,50 M. vergütet werden, wurde einer Subkommission zur Prüfung übertragen. Von unserer Seite gehört derselben Genosse Schubert an.

Ernst Hennig, einer von der alten Garde, die in den Stürmen des Sozialistengesetzes ihren Namen fanden, ist am Mittwoch im Alter von 69 Jahren einer tödlichen Krankheit erlegen. Wohl vielen der Genossen des vierten Wahlkreises, in dem Hennig organisiert war, ist er nur unter dem Namen Marx bekannt gewesen; dies deshalb, weil er eine täuschende Ähnlichkeit mit Karl Marx hatte. Wenn in früheren Jahren die Genossen Vergnügungen veranstalteten und lebende Bilder aufführten, so hat er oft unsere alten Volkslämpfer Karl Marx dargestellt. Im stillen Wirken hat Hennig bis an sein Lebensende ein großes Stück sozialistische Arbeit geleistet. Insofern hat er sich nicht nur bei den Älteren, sondern auch bei den jüngeren Genossen ein bleibendes Andenken bewahrt.

Polizeilich aufgelöst wurde die vorgestrige Pädlerversammlung, die erste, die der Dreißigjahr nach seiner Entlassung aus Weichselmünde wieder abhielt. In dem überfüllten Saale des „Kutschhof“, Berlebergerstraße, schilderte der Graf seine letzte Gerichtshandlung. Er beklagte sich bitter über die Undankbarkeit der deutschen Regierung, die sich erhabensten Führer (damit meinte der bescheidene Graf sich selbst) fortwährend vor die Schranken des Gerichts setze. Die Richter hätten keine einwandfreien Bisagen gehalten. Der Vorsitzende hieß Rosenberg — wie kann man nur Rosenberg heißen?! — Den Richter Simonsohn belegte er mit nachsastigeren Schmeichelnamen. — Als der überwachende Polizeileutnant den gräflichen Redner darauf aufmerksam machte, daß er schon eine Beleidigung der Richter auf die andere gehäuft habe und dieses Thema verlassen möge, schimpfte Pädler über die Polizeileutnants. Dem Kaiser nahm er es besonders übel, daß er seinen Bruder in Glogau besucht habe, bei dieser Gelegenheit ihn, den Redner, aber nicht begnadigt habe. — Wenn nichts dabei herauskomme, dann bedanke sich sein Bruder für den kaiserlichen Besuch, der ihm 20 000 M. gekostet habe. — Als Graf Pädler dann über die Ernennung Dernburgs zum Kolonialdirektor zeterle und den neuen Mann einen ganz traurigen, schabigen Juden nannte, löste der überwachende Leutnant die Versammlung auf.

Zur Verbesserung der Beleuchtung der neuen Oranienbrücke ist beschlossen worden, die vier großen Laternen an den Ecken der Brücke bis zur Fertigstellung der vier großen Kandelaber, die bekanntlich mit weitblühenden elektrischen Beleuchtungskörpern zur Beleuchtung des ganzen Platzes dienen sollen, mit je einer starken elektrischen Lampe zu verstärken. Jede der Laternen erhält in den nächsten Tagen zwei elektrische Lampen. Nach Fertigstellung der großen Kandelaber dürfte der Oranienplatz zu den bestbeleuchteten Plätzen gehören.

Daß der Berliner Kommunalfreisinn schon auf den Reichsverband gekommen ist, hat die dieser Tage im 8. Kommunalwahlbezirk stattgefundene Kommunalwahl hintereinand bewiesen. Die Freisinnigen hatten, wie wir mitteilen konnten, ihre Stimmzettel dem Reichsverband überlassen, der nun seinerseits Klame für den „einzigen Kandidaten der bürgerlichen Parteien“ machte. Wir vermuteten von vornherein, daß die reichsverbändlerische Hülse keine aufgedrängte, sondern eine gesuchte war und sprachen das auch offen aus. Wie recht wir damit hatten, ist jetzt ganz offiziell vom Reichsverband bestätigt worden. In einer dieser Tage in Steglitz stattgefundenen Versammlung des Reichsverbandes hat ein Redner desselben, Herr Dr. Doyenschen-Werlin, nach einem Bericht der Steglitzer Lokalpresse folgendes erklärt: „Der Reichsverband erhebt nicht den Anspruch, eine Partei zu sein. Er wolle nur die Parteien zusammenfassen, wenn es gelte, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. In Berlin habe auch die freisinnige Volkspartei bei den jetzigen Stadtverordnetenwahlen die Hülse des Verbandes angerufen und gefunden.“

Danach haben die Freisinnigen tatsächlich die Wahlhülse des Reichsverbandes erbetelt.

Das ist, wie es scheint, die letzte Jussucht, um den Freisinn noch weiter vegetieren zu lassen, zugleich aber ein Anzeichen mehr, daß er dem politischen Verfall entgegengeht.

Der Hauptmann von Ägypten ist im Preise gestiegen. Bekanntlich hatte die Stadt Köpenick für die Ermittlung des gemalten Pseudohauptmanns eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Sie hat die Prämie jetzt auf 1000 M. erhöht, so daß mit der vom Regierungspräsidenten ausgegebenen Belohnung von 2000 M. insgesamt 3000 M. zur Verfügung stehen.

Trotz dieser ausgesetzten Belohnungen ist er aber noch nicht ergriffen. Daneben gezeichnet hat die Polizei aber schon in vielen Fällen, die Suche nach dem Talmihauptmann scheint auf dem besten Punkt angekommen zu sein. Es gibt Spottwörter, die dem Arrangeur der Köpenicker Komödie zutragen, er werde sich wohl auch noch die auf seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung verdienen.

Eine traurige Aufklärung hat jetzt das Verschwinden des Händlers Michael Losertig gefunden. Der Vermittler wurde gestern am Neuen Wuhlfweg aus der Spree als Leiche gefandet. Der Selbstmörder hatte schon längere Zeit im Wasser gelegen. Was den Lebensmüden in den Tod getrieben hat, konnte nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Mittwoch nachmittag in der Gerichtstraße zugetragen. Beim Ueberfahren des Straßen-
damms wurde der 31jährige Mechaniker Hermann Schöfel,
Nollbergerstr. 4 wohnhaft, von einem vorübergehenden Automobil
niedergerissen und so unglücklich unter den Kraftwagen geschleudert,
dass ihm die Knie über den Hals hinweggingen. Er erlitt einen
Bruch der Wirbelsäule sowie schwere Kopfverletzungen und wurde
in bedenklichem Zustande in das Moabiters Krankenhaus ein-
geliefert.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde gestern der
49jährige Arbeiter Otto Rannstein aus der Steinmühlstr. 28. A.
hatte die Fußstraße passiert und brach vor dem Grundstück Nr. 21
plötzlich leblos zusammen. Ein Schühmann brachte ihn sofort nach
dem nahen Unfallort, doch konnte dort nur noch der Tod fest-
gestellt werden. Ein Blutzug hatte dem Leben des Bedauerns-
werten ein jähes Ende bereitet.

Abenteuer einer Zwölfjährigen. Ein seltsamer Vorgang mit
einem Schulmädchen beschäftigt die Kriminalpolizei. Die 12 Jahre
alte Tochter Frida des Pügers Gottfried B. aus der Tilsiterstr. 78,
die die 81. Gemeindefschule in der Tilsiterstr. 4/5 besucht, pflegt eines
geheimen Mädchens wegen im Krankenhaus am Friedrichshain ortho-
pädische Lehungen. Als das Mädchen am Dienstagmorgen um
6¹/₂ Uhr das Krankenhaus verließ, trat eine junge Dame an es
heran, sagte ihm, daß es so schön sänge und versprach, am
nächsten Tage um 3 Uhr nachmittags seine Eltern besuchen zu wollen.
Statt dessen erschien die Dame schon Mittwochvormittag bei Frau B.,
als ihre Tochter sich noch in der Schule befand. Sie nannte sich
Dornlängerin v. Sassen, zeigte sich entzündet von der Stimme ihrer
Tochter und erklärte sich bereit, sie auf ihre eigenen Kosten auszubilden
zu lassen. Frau B. bedeutete ihr, daß sie erst mit ihrem Manne
sprechen müsse. Die Dame ging dann nach der 81. Gemeindefschule.
Hier stellte sie sich dem Rektor Rübner als Kante der Frida B. vor,
erzählte, daß sie das Kind seit acht Jahren nicht mehr gesehen habe,
und bat um die Erlaubnis, es zu sprechen. Sie reichte dem Mädchen
die Hand, und beide begrüßten sich, als ob sie sich schon gekannt
hätten. Die Dame fuhr nun mit der Schülerin in einem Straßen-
bahnwagen bis in die Nähe des Schlosses. Dort stiegen beide aus
und begaben sich zu einem Zahnarzt, der dem Kinde das Zahnfleisch
unempfindlich machte und ihm dann zwei Vorderzähne zog. Die
junge Dame ging mit dem Kinde weg, ohne für die Operation
etwas bezahlt zu haben. Beide fuhren nach dem Kreuzberg
und besuchten von dort aus einen Friedhof. Dort führte die Dame
Frida B. an ein Grab, das sie als das ihres Großvaters bezeichnete.
Das Mädchen las auf dem Grabstein auch den Namen Hermann
v. Sassen. Vom Friedhofe begab man sich nach der Lindenstraße.
Hier blieb die Dame vor einem Wäschegeschäft stehen, zeigte ihrer
Begleiterin schöne Bekleidungsstücke und sagte ihr, daß sie nun auch
solche tragen und in einer Equipage fahren werde. Dem
Mädchen kamen nun Gedanken und es verlangte nach Hause.
Es verabschiedete sich von der Dame und fuhr in der Straßen-
bahn heim. Das Mädchen ist auch heute noch so erschöpft und ver-
wirrt, daß seine Vernehmung schwierig ist. Es hatte schon am
Diensttagabend mit der Mutter über den bevorstehenden Besuch der
Dame gesprochen. Die „Opernängerin“ Eleonora v. Sassen ist
etwa 18 Jahre alt. Sie trägt ihr dunkelblondes Haar zu einem
Kranz um den Kopf geflochten und war bekleidet mit einem schwarzen
Jackett, einem schwarzen Kleide mit Blenden und einem schwarzen
mit Samt überzogenen Filzhut.

Wegen Liebesgram unternahm der 31jährige Friedrich Schneider
aus der Kastanienallee 85 einen Selbstmordversuch. Er jagte sich
eine Revolverkugel in die linke Brustseite und wurde nach dem
Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo er fast hoffnungslos
daniederliegt.

Vollstabilett der Wittib Margarete Walloite am
Sonntag, 28. Oktober, abends 7¹/₂ Uhr, in Kellers Festsaal,
Nollbergerstr. 20. Als Gast: Hans Frech, Mitwirkende: Hans
Frech, Arthur Laube vom Lesingtheater, Georg Wolff vom Thalia-
theater, Fräulein Nelson, Kunstschülerin, Fräulein Seidlich, Koncert-
sängerin, Margarete Walloite. Entree 50 Pf., reservierter Platz
1 M.

Im Bernhard Roffe-Theater (früher Karl Weiß-Theater) wurde
am Mittwoch Karl Bötzfers sozialistisches Stück „Ausgewiesene“
aufgeführt. Zwölf Jahre hat dieses Stück unter dem Jenfurberbot
der Polizei gestanden, bis es endlich nach der erfolgten Aufhebung
über die Bretter gehen konnte. Warum dieses Verbot erfolgte, ist
aus dem Inhalt nicht recht ersichtlich. Vielleicht deshalb, weil ein-
mal auf der Bühne gezeigt wurde, aus welchen nichtigen Anlässen
Ausweisungen unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes er-
folgten und welche Wirkungen eine solche Ausweisung auf die Ver-
storbene ausübt. In Bötzfers Stück „Ausgewiesene“ ist es ein
Druckereibesitzer, der durch Anbetei eines niederrichtigen
Denunzianten die Ausweisung erhält, ein Mann, dem nichts weiter
nachzusagen war, daß er einen alten Mann beschäftigte, der in-
folge einer Denunziation einer unbefangenen Aeußerung wegen einer
längeren Strafe hinter sich hatte. Der Druckereibesitzer muß ins
Exil, und infolge der erlittenen Ausweisung über den Verlust
seiner Existenz und über das erlittene Unrecht kommt er so körper-
lich herunter, daß er schließlich stirbt, und zwar gerade in dem
Augenblicke, als die Zurücknahme der Ausweisung eintritt. Da-
zwischen spielt noch eine Liebesaffäre einer Pflegetochter mit einem
Staatsanwalt, der aber die Verlobung aufgibt, um sich nicht zu
kompromittieren durch die erfolgte Ausweisung des Familien-
oberhauptes.

Die Wirklichkeit der sozialistengesetzlichen Ausweisungen ge-
staltete sich zwar etwas anders, denn die damals Ausgewiesenen
reignierten nicht, sondern kämpften erst recht. Aber ein kleines
Bild der Wirkung dieser gemeingefährlichen Maßregel belamen die
Zuhörer doch, die aber in der Hauptsache die Sentimentalität auslöste.
Wesentlich wurde im allgemeinen recht flott, besonders hervorzuheben
ist Herr Direktor Roffe als Druckereibesitzer Vierz, Fräulein Berg
als seine Gattin und Fräulein Danneil als verführte Braut.

Feuerwehbericht. Gestern früh um 3 Uhr kam in der ver-
längerten Schönebergerstraße auf einem Lagerplatz Feuer aus
Brettkisten u. a. brannten dort. In einem Lager in der Alten
Jakobstraße 94/95 brannten Balken und in der Raachenstraße 34
Lohnernasse u. a. Ferner wurde die Wehr nach der Charlotten-
straße 24 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Für alle im Innendienst der Englischen Gastanstalt Schöneberg
beschäftigten Arbeiter fand am Montag im Obstgarten Lokal eine
öffentliche Versammlung, einberufen vom Verband der hiesigen
Arbeiter, statt. Kollege Polenske referierte über das Thema: „Wie
verbessern wir unsere Lage?“ Redner besprach eingehend die durch
den neuen Zollltarif in ungeheurer Weise hochgegangenen Preise
für alle Lebensmittel, die die Lebenshaltung der Arbeiter immer
mehr auf ein naturwidrig niedriges Niveau herunterdrückten. Die
Arbeitslöhne fast aller Arbeiter seien trotz der außerordentlich
gehäuften Konjunktur der letzten Jahre nicht im entferntesten so
gestiegen, daß sie die enorme Steigerung der Nahrungsmittelpreise
auszugleichen vermöchten. Infolgedessen habe sich die Lage der Arbeiter
im allgemeinen verschlechtert; das treffe auch für die Gasanstaltsarbeiter
zu. Zum Schluß forderte er zur Stärkung der Organisation auf. —
Nach kurzer Aussprache wurden die folgenden Forderungen dem
Arbeiterausschuß einstimmig zur Vertretung vor der Direktion über-
reicht: 1. Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag für alle Arbeiter-
kategorien; 2. Teuerungszulage 75 M. — Auf Antrag aus der
Versammlung wurde der Arbeiterausschuß weiter beauftragt, wegen
der Arbeitslosigkeit bei der Direktion vorstellig zu werden. — Unter
„Verschiebung“ wurde noch zu starker Beteiligung an der Kranken-
kassenwahl am 26. Oktober aufgefordert; die Wahl beginnt bereits
um 4 Uhr.

Der Verein zur Förderung der Kunst hält am Sonntag, den
28. Oktober, abends 7¹/₂ Uhr, im Hohenzollern-Gymnasium, Belgier-
und Eisenackerstraße-Gde seinen zweiten Kunstabend in diesem
Winterhalbjahr ab. Derselbe ist Goethe gewidmet. Vortrag:
Dichtung und Mythik. Vorlesungen aus Prosaerzählung: Werthers
Leiden aus Gesprächen mit Erdmann, Szenen aus Faust. Einlaß-
karten zum Preise von 30 Pf. sind in unserer Parteipostition beim
Genossen Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden, zu haben.

Bei den gestrigen Stadtverordneten-Erswahlen wurde im 6. Bezirk
Dagert Dr. Vohberg (lib.) mit 159 Stimmen gewählt, sein
Gegensandkand. Kaufmann Claus, der von den konservativen,
Zentrumsanhängern und den Haus- und Grundbesitzern aufgestellt
war, erhielt 153 Stimmen. — Im 3. Bezirk wurde Oberlehrer Paul
Dreßbach, der Kandidat der vereinigten Liberalen, mit 90 Stimmen
gewählt. Auf den Kandidaten der Antisemiten de la Barre entfielen
41, auf Rechnungsrat Wähmannsdorf (Haus- und Grundbesitzerverein)
30 und auf den in letzter Stunde aufgestellten Kandidaten der
Mittelstandspartei Lehmann 8 Stimmen.

Rummelsburg.

Bei der gestrigen Wahl der Delegierten der Arbeitnehmer zur
hiesigen Ortskrankenkasse fielen auf die Liste des Gewerkschafts-
rats 148 Stimmen, die Gegenliste dagegen erhielt
179 Stimmen und somit die Majorität. Aufgestellt war die
Gegenliste von den jetzigen Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern
der Ortskrankenkasse, welche zugleich auch im Zentralverband der
Handlungsgehilfen und Gehilfenorganisationen sind. Diese Gegen-
liste enthielt mit wenigen Ausnahmen nur Namen von unorganisierten
Personen, darunter einen Teil hier bekannter Arbeitswilliger
und eine größere Zahl von Gemeindebeamten. Doch für die
Gewerkschaftsliste nur 148 Stimmen abgegeben sind, ist auf den
bisherigen Schlenrian und auf die äußerst ungünstige Wahlzeit —
abends 7¹/₂ Uhr — zurückzuführen. Da nur eine ganz kleine Zahl
von den Gewerkschaftsmitgliedern hier am Orte selbst wohnt, so waren
die entfernt wohnenden gezwungen, entweder von 6 bis 7¹/₂ Uhr zu
warten oder nochmals nach Rummelsburg zurückzufahren; sich dieser
kleinen Mühe zu unterziehen, haben leider der größte Teil der
organisierten Genossen nicht für notwendig gehalten. Hauptsächlich wird
dies für die Zukunft eine Lehre sein. Den Gegnern kam dagegen
zu statten, daß die Gemeindebeamten bereits am Nachmittag die
Gegenliste an ihre Untergebenen zur Verteilung bringen ließen. Die
etwa 150 Gemeindearbeiter, welche fast ausnahmslos am Orte
wohnen, vertrauten sich nun seinen anderen Stimmzetteln an, indem
da sie alle glaubten, sie hätten auf höheren Auftrag die Stimmzettel
erhalten.

Da erhebliche Verstöße gegen die gesetzlichen Wahlvorschriften
vorliegen, so wird die Wahl ungewiss für ungültig erklärt
werden müssen — und wird dann eine Neuwahl Gelegenheit bieten,
die Scharte wieder auszuweihen.

Der Wahlverein begeht am Samstag, den 27. Oktober, sein
16. Stiftungsfest. Es sind erhebliche Aufwendungen gemacht worden,
um dieses Fest zu einem für die Genossen und ihre Familien be-
sonders genussreichen zu gestalten. Eintrittskarten sind zum Preise
von 30 Pf. bei den Bezirksführern und an der Abendkasse zu haben.

Teplitz-Baumtschulenberg.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 17. Oktober seine
Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer Ge-
nosse Kieley den Kassenbericht vom dritten Quartal. Demnach
betrugen die Einnahmen 585,70 M., die Ausgaben 141,60 M. Zwei
Drittel wurden an den Zentralvorstand abgeführt, so daß ein Be-
stand von 53,64 M. vorhanden ist.

Genosse Thiel-Kampeloff erstattete nun Bericht vom
Parteitage. Er sprach seine Genugtuung über die in Mannheim
geschaffene Einigkeit aus; nun wäre es Pflicht eines jeden Partei-
genossen, die gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.
Genosse Lüdke ist nicht ganz mit den Verhandlungen des Partei-
tages einverstanden. Die in Mannheim proklamierte Einigkeit sei
nur eine verheißene. Die Rede Debels in Mannheim sei darauf
zurückzuführen, daß Debels wohl alle Ursache hatte, nicht so gegen
die Gewerkschaftsführer vorzugehen, wie es notwendig war! —
Wenn man Böhmers Rede in Mannheim lese, müsse jeder
fragen, wie konnte man nur diese Leute so angreifen. — Auf der
Genossenschaftskonferenz im Februar sei aber die richtige Sprache geführt
worden. — Redner wendet sich energisch gegen die Zumutung, die
sölnner und Jenaer Resolutions für identisch zu erklären. Das
Vorgehen einiger Gewerkschaften gegen die Lokalisten, die sich nicht
verteidigen konnten, sei unerhört und zeige nur, wie sicher sie sich
fühlten. —

Gegen die Hardenclique sei man nicht so vorgegangen. Die
Stimmung nach links innerhalb der Partei sei notwendig angefaßt,
daß sie immer mehr breit machenden praktischen Reformismus.
Genosse Karow ist mit den Verhandlungen zufrieden. Debels
konnte nicht anders reden, sonst wäre nicht die Einigkeit erzielt
worden. Die Lokalisten sollten nur eintreten in die Zentral-
verbände und dort für bessere Verhältnisse sorgen helfen. —

Genosse Vohberg (Lokalist) wendet sich energisch gegen Körsten,
der den Lokalisten Unterstellungen gemacht habe. Auch er glaube
nicht, daß die Gewerkschaftsführer so handeln werden, wie sie ver-
sprachen haben. Den Geist in den Zentralverbänden könne man so
richtig am Bundesratsverband sehen, dahin gehe die Reise. Die
Einigkeit sei nicht weit her. Nach kurzer Zeit werden sich Partei
und Gewerkschaftsführer wieder in den Haaren liegen. Die Gewer-
schaftsorgane fangen schon wieder an. Diejenigen, welche an-
nehmen, die Lokalisten würden so ohne weiteres übertritten, haben
keine Ahnung davon. Die Lokalisten seien genau so gute Genossen
wie die Zentralverbände.

Genosse Eben wünscht, daß der „Vorwärts“ Fehlsprüche,
die anderer Meinung wie er sind, nicht so angreife. (Beweise
führte der Genosse nicht an! D. A.) Mit den Beschlüssen müssen
wir uns schon einverstanden erklären, da sich doch nichts mehr daran
ändern lasse. — Genosse Gerlach meint, man könne mit dem
Parteitag zufrieden sein, er habe etwas Gutes für die Partei
geleistet. Die Einigkeit sei die Hauptsache. Den guten Willen müsse
man bei jedem Genossen, auch den Gewerkschaftsführern voraus-
setzen. Sonst sprach er im offiziellen Sinne über den Parteitag. —
Nach kurzen Bemerkungen von Vohberg und Lüdke nahm
Genosse Thiel das Schlusswort.

Eine vom Genossen Lüdke gestellte Resolution wurde im
ersten Teil angenommen, der zweite abgelehnt. — Ein Zusatz des
Genossen Vohberg wurde dagegen angenommen. Die Resolution
Lüdke-Vohberg, die alsdann einstimmig angenommen wurde, hat
folgenden Wortlaut:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des
Parteitages einverstanden. Sie erwartet jedoch, daß die Gewer-
schaften den von ihnen in Mannheim vertretenen Standpunkt, die
sölnner Resolution habe denselben Sinn wie die Jenaer Resolu-
tionsresolution, Rechnung tragen und demgemäß handeln.“

Der Vorsitzende, Genosse König, teilt mit, daß der Wahl-
vereinsvorstand bei der Kontrollkommission gegen den Partei-
vorstand Beschwerde erhoben habe, weil dieser die vom Wahlverein
gestellten Ausschlußanträge, ohne die Begründung zu hören und ein
Schiedsgericht einzusetzen, abgelehnt habe. Die Versammlung
beschäftigte dann 20 Minuten mit dem Genosse König macht
zum Schluß noch auf das zehnjährige Stiftungsfest des
Wahlvereins am 3. November d. J. aufmerksam.

Lichtenberg.

Einem Pferdewurfschwandel in großem Umfange ist man in
Lichtenberg auf die Spur gekommen. Die dortige Kriminalpolizei
hatte seit einiger Zeit Kenntnis davon erhalten, daß die in der
Herzbergstr. 20 belegene Wurstfabrik von Golbe u. Co. einen aus-
gedehnten Handel mit Pferdewurst betreibt. Die Behörde nahm
eine Beschlagnahme der Geschäftsbücher vor, und bei einer Durchsicht
der Bücher wurde festgestellt, daß zu den Kunden der Golbeschen
Wurstfabrik in Berlin und den angrenzenden Vororten nicht weniger

als acht hundert Geschäfte gehören. Nach den bisherigen
Ermittlungen reicht die Lieferung der Pferdewurst bis in den
Sommer vorigen Jahres zurück. Die Lichtenberger Fleischvermittlung
hat gestern auf Grund der §§ 4 und 12 des Gesetzes zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbes durch den Vorstand gegen eine ganze Reihe
von Lichtenberger Geschäftsleuten und Gastwirten Strafantrag wegen
betrügerischer Kasse gestellt. Auch in allen Teilen des Deutschen
Reiches befinden sich Kunden der erwähnten Fabrik.

Groß-Lichterfelde.

Ueber Dresden und Nürnberg referierte am Dienstag in einer
vom Gewerkschaftskomitee einberufenen und besuchten öffentlichen Ver-
sammlung im oberen Saale des von unseren Genossen neu eroberten
„Kaiserhof“ Genosse Eggert. Im einstündiger Rede übte der
Referent an den bekannten Vorkommnissen unter Enttäuschungs-
umgebungen der Versammelten eingehende und scharfe Kritik.
Seine Referat lang zum Schluß aus in einer dringenden Mahnung
an die Frauen sowohl wie an die Männer, ihre ganze Kraft in den
Dienst der Organisation zu stellen. In der Diskussion forderte
Genosse Fiege zum Eintritt in die politische Organisation auf,
woraus sich acht Genossen zur Aufnahme meldeten. Genosse Fiege
wies alsdann auf die am Montag, den 29. d. M., im „Kaiserhof“
stattfindende Volksversammlung hin und ermahnte, da die „Wohnungs-
frage“ zur Verhandlung steht, zu regem Besuch.

Vor einer überfüllten Versammlung sprach am Montag Genosse
Kassler über die bekannten Vorgänge in Köpenick, deren erste
symptomatische Bedeutung er in den Vordergrund seines Vortrages
stellte. Er wies darauf hin, wie bürgerliche Presse und bürgerliche
Beitragte den Fall fast nur von der konservativen Seite aus
beurteilten, ohne zu merken, wie sie sich selbst selbst spotteten und
nebenbei ganz vergäßen, daß sie selbst das tägliche Opfer jenes
Systems seien, das im Köpenicker Fall die Selbstverwaltung auf die
Knie gezwungen habe. Nachdem kennzeichnete Redner den abso-
lutistischen Geist, in dem Deutschland regiert werde. „Der Wille des
Königs ist das höchste Gesetz“ — diese eigenhändige Kundgebung
Wilhelms II. habe eine Anleihe erfahren, die das Bürgertum in
der Auffassung bestärke, als sei tatsächlich die Macht des preussischen
Königs unbeschränkt. In der Zeit der Hohenzoller „Memorien“ habe
den auch der Bürgermeister von Köpenick annehmen müssen, daß in
Preußen alles möglich sei. Sogar eine Zeitungsredaktion vor
den Toren Berlins habe ungläubigerweise das Recht des Königs
in die inneren Verwaltungsangelegenheiten einer Kommune ein-
zugreifen, anerkannt, indem sie der Schilderung jenes Vorfalls naiv
entäußerte: Es müssen schwerwiegende Gründe vorhanden sein, die
den Kaiser veranlassen, diese Verfassungen vornehmen zu lassen.
Kein Zweifel: der Ganner von Köpenick habe das ganze politische
Regime in Preußen, das absolutistische System in genialer Weise
geleitet mit den Worten: „Meine Legitimation sind meine
Rauhaufen.“ (Stürmischer Beifall.) — Redner kommt sodann
auf verbrecherische Handlungen zu sprechen, die von Offizieren
begangen und die in der preussischen Geschichte nicht allzu selten
seien: die Prüftwäg, Stölkern, Sittenkron, Krebserg usw. Wir
seien zum Gespöht des Auslandes geworden; aber nicht nur das
bürgerliche, sondern auch das proletarische Ausland blühe mit Hohn
auf uns; wir als Partei seien mit schuld daran, daß noch solche Zu-
stände in Preußen herrschten. Wir hätten eben in Preußen noch nichts getan.
Er — Redner — bestreite, daß Preußen ein besonderer Staat sei,
Preußen sei ein Staat wie andere auch und denselben Gesetzen
unterworfen. Es habe ebenfalls zwei Stürme gehabt: Jena und
die bürgerliche Erhebung 1848. Aus den Hohenzoller-Erinnerungen —
von denen ein Teil durch den Vortragenden der Versammlung be-
kannt gegeben wird — gehe auch hervor, daß die staatsrechtliche
Frage, wem die Ueberherrschaft aus den Reichsländern zufließen sollten,
seinerzeit u. a. auch dahin beantwortet worden sei: dem deutschen Kaiser.
Vielleicht sei der Köpenicker Bürgermeister auch dieser Ansicht ge-
wesen, als er die Stadtliste um 4000 Mark erleichterte.
(Stürmischer Beifall.) Das Proletariat müsse den Unformen-
wahnwitz, den Militarismus, diesen Grundstock aller Anordnungs-
politik aufs äußerste bekämpfen. Frankreich habe in den letzten
fünf Jahren seine Armeedemokratie — Preußen-Deutschland sei
der Hort der Reaktion. Das Proletariat müsse an der Spitze stehen
im Kampfe gegen Militarismus und Reaktion, und alles aufbieten,
Preußen zu erobern und der Unkultur ein Ende zu machen. (Großer
Beifall.)

Nachdem trotz Auffordern kein Gegner sich meldete, nahm
Genosse König das Wort und bedauerte, daß der Hauptmann von
Köpenick sein Experiment nicht zu Ende geführt, so daß allen das
Lachen vergangen wäre. Hätte er jede Widerspruchsliste mit der
Aufforderung zum Feuern beantwortet und hätte es Tote und Ver-
wundete gegeben, so wären diese Opfer nicht zu teuer erlauft ge-
wesen. Die ganze Welt hätte mit Schauern gesehen, wessen
der Militarismus fähig ist. Im übrigen scheinen weder die
Liebe noch das Vertrauen der Köpenicker Bürger zu ihrem
Oberhaupt besonders groß zu sein, sonst hätten doch die vor dem
Rathaus versammelten Massen nicht so ruhig zusehen können.

Diese Köpenicker Affäre erinnere an eine Episode gelegentlich
der Jolobstruktion im Reichstage. Während in Rede und Gegenrede
dort gekämpft worden, habe sich das Gerücht verbreitet, daß im Tier-
garten Truppen bereit ständen, den Reichstag auseinander zu jagen.
Sahen der Umstand, daß dies Gerücht allgemein geglaubt worden ist,
beweise, daß ein echter Hauptmann noch ganz andere Dinge vornehmen
könne als jener von Köpenick. Verhaftungen von Zivilpersonen durch
Militär darf nach dem Gesetz nur auf Requisition einer Zivilbehörde
vorgenommen werden. Nach dem Militärstrafgesetzbuch träfe jedoch
die Mannschaften keine Verantwortung, wenn sie nicht wußten,
daß der ihnen gegebene Befehl in verbrecherischer Ab-
sicht erteilt worden sei. Das sei eine ganz geriffene
Bestimmung. Während den Staatsbürger keine Unkenntnis
des Gesetzes schütze, mochte diese Militärpersonen völlig strafflos.
In dieser Beziehung müsse eine Revision des Militärstrafgesetzbuches
im Reichstage versucht werden. In den reaktionären Parteien
würde sich zweifellos ein Sturm dagegen erheben. — In seinem
Schlußwort kam Kassler noch auf die Alexandriner-Rede des
Kaisers gegen die Berliner zu sprechen, die sich der Oberbürger-
meister Kirchner in Ehrfurcht erschreckend mit angehört habe.

Mit der Aufforderung an die Versammelten mit allen Kräften
daran zu arbeiten, das absolutistische Regime in Preußen zu stürzen,
schloß er seine mit starkem Beifall begleiteten Ausführungen.

Neuenhagen (S-Bahn).

In der am Sonntagmorgen von den umliegenden Ortshafen
gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Gen.
Wartig Bericht über den Mannheimer Parteitag. Nachdem er
in eingehender Weise die Verhandlungen kritisch beurteilt und seine
Befriedigung über den Verlauf derselben ausgedrückt, ersuchte er die
Genossen, im Geiste der Mannheimer Beschlüsse zu wirken. Nach
kurzer Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen
des Parteitages einverstanden. Der zweite Vorsitzende gab eingangs
bekannt, daß die Neuwahl des Gesamtvorstandes erst nach Ablauf
des Geschäftsjahres stattfindet.

Schenksdorf.

Mit einer fürchtbaren Verletzung wurde der Arbeiter Karl Gube
aus Schenksdorf in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert. G., der
bei dem Bauerngutbesitzer Dommelsch als Ackerst hochbeschäftigt war,
geriet beim Treiben in das Gopelwerk, wobei seine Beine von einer
Welle erfasst wurden. Durch den Schlag der Welle wurde dem Un-
glücklichen das rechte Bein bis zum Knie buchstäblich vom Körper
abgerissen und das linke Bein viermal gebrochen. Ein hün-
gerstüfter Arzt konnte sich nur darauf beschränken, dem Ver-
unglückten einen Notverband anzulegen, um eine Verblutung zu ver-
hindern. Der Schwerverletzte wurde in hoffnungslosem Zustande
nach Berlin übergeführt.

Spandau.

Zwei Millionen in Sicht! Es handelt sich wieder einmal um
den Verkauf eines Teiles unseres Stadtgebietes an das evangelische
Johannist. Bereits schon einmal haben diesbezügliche Ver-

Handlungen geschlechtlich, die sich aber wieder zerfallen hatten. Jetzt ist das Stiff wieder an den Magistrat herangekommen. Es will jetzt nur 200 Morgen des Waldbestandes kaufen. Früher handelte es sich um größeres Terrain. Für die 200 Morgen werden 2 Millionen Mark geboten. Nach dem Vertrage, mit welchem die Stadtverordneten am Freitag in einer außerordentlichen Sitzung beschließen werden, muß die Stadt aber eine große Anzahl von Verpflichtungen übernehmen, die auch nicht zu wenig kosten werden. Zunächst soll die Stadt auf ihre Kosten eine fünf Meter breite und mit einem Bürgersteige versehen Zufahrtstraße für Lastfuhrwerke binnen einem Jahr nach der Auflassung betriebsfähig herstellen; zweitens soll die Stadt die Kanalisations-, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsleitungen nach dem Grundstück hin verlegen; drittens übernimmt die Stadt die Kosten für die Beleuchtung der Zufahrtstraße; viertens hat die Stadt ein Schmalpflaster herzustellen und dem Stiff dauernd zu unentgeltlicher Benutzung zu überlassen; fünftens hat die Stadt bei der Eisenbahndirektion zu beantragen, daß dem Stiff die Genehmigung zur Herstellung eines Eisenbahnanschlußgleises von dem zukünftigen Betriebsbahnhof der Alendbahn Spandau-Bogow abgabefrei erteilt wird; sechstens hat die Stadt in Jahresfrist nach erfolgter Auflassung die Verlängerung der Spandauer Straßenbahn auf der Schönwalder Chaussee bis zum Stifungsgrundstück herbeizuführen und der Stiftung einen mindestens viertelständigen Verkehr bis zum Bahnhof während des ganzen Tages zu gewährleisten. — Wie man sieht, hat die Stadt recht erhebliche Aufwendungen zu machen, welche einen hübschen Teil der zwei Millionen schon verschlingen werden, abgesehen davon, daß die Stadt einen herrlichen Teil seines Waldbestandes, der der Stadt auch eine hübsche Einnahme brachte, verliert. In der Regel hat es sich bitter gerächt, wenn städtische Gelände verkauft wurden. Die Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten wird ja zweifellos der Vorlage zustimmen. Man hofft nämlich durch den Verkauf des Geländes die Einkommensteuer und die Grundwertsteuer dauernd um 15 Proz. ermäßigen zu können. Es bleibt abzuwarten, ob die Hoffnung sich erfüllt.

Soziales.

Zur kommissarischen Verwaltung der Weihenstephaner Krankenkasse.

Wie bereits früher mitgeteilt, ist die von dem durch seinen Kampf gegen Alkoholliberalismus bekannt gewordenen Exercenten der Weihenstephaner Krankenkasse, Dr. Pape, beantragte Strafverfolgung gegen die Vorstandsmitglieder der Kasse von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Die angeklagte gerichtliche Untersuchung hat die beschuldigten Vorstandsmitglieder aufs glänzendste gerechtfertigt. Das furchtbare Verbrechen der Vorstandsmitglieder sollte darin bestanden haben, daß sie Provisionen, die sie von dem Buchdruckermeister Jetter und dem Schreibmaschinenfabrikanten Halbarth für Käufe bewilligt erhielten, nicht der Krankenkasse zugute rechneten, sondern der Kasse zuführten, die im Interesse der Kasse vom Vorstand als Privatkasse des Vorstandes gebildet und verwaltet wird. Aus dieser Privatkasse des Vorstandes werden Ausgaben bestritten, die im Interesse der Kasse gemacht werden, bei denen aber möglicherweise zweifelhaft sein kann, ob mit ihnen nach Ansicht der Aufsichtsbehörde über eine berge Auslegung des § 20 des Krankenversicherungsgesetzes die Kasse belastet werden kann. Den Beschuldigten ist die Mitteilung geworden, daß sie außer Verfolgung gesetzt sind. Die näheren Angaben sind ihnen nicht gemacht worden.

Die Denunziation des Schöffens mußte schon deshalb zurückgewiesen werden, weil selbst dann, wenn alle seine Behauptungen wahr wären, offensichtlich von irgend einer Veruntreuung oder strafbaren Handlung der Vorstandsmitglieder nicht die Rede sein konnte. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß auch nicht ein Atom der Schuld weder nach objektiver noch nach subjektiver Richtung den Angeklagten zur Last fällt. Was zunächst die von dem Buchdruckermeister Jetter bewilligte Provision anlangt, so ist der Sachverhalt folgender: Der Vorstand hatte bei Jetter zunächst 3000 Markkarten zu dem durchaus angemessenen Preise von 1 Pf. pro Stück bestellt. Später bestellte der Vorstand nicht für die Krankenkasse, sondern für die Privatkasse des Vorstandes noch 20 000 Stück und erhielt hierbei einen Preis von 1/2 Pf. pro Stück als Provision. Der Vorstand ersuchte nun Jetter, mit Rücksicht auf diese erhebliche Nachbestellung der Privatkasse eine Provision von 1/2 Pf. pro Stück auch auf die 3000 vorher bestellten Karten zu bewilligen. Das tat Jetter und quittierte über 61,25 M. gegen Zahlung von 45,25 M. seitens des Vorstandes. Dieser, nebenbei bemerkt, kein Sozialdemokrat, buchte

die Differenz von 16 M. zugunsten der Privatkasse des Vorstandes. Ganz abgesehen davon, daß bei dieser Sachlage nicht der Vorstand, sondern allein der Nebant, der die Privatkasse verwaltete, der ohne Auftrag des Vorstandes der handelnde Teil war, ist die Kasse nach keiner Richtung hin geschädigt. Die Markkarten sind mit 1 Pf. billig berechnet. Die Provision ist nicht der Kasse, sondern dem Nebanten für die Privatkasse mit Rücksicht auf die große Bestellung von 20 000 Stück für diese bewilligt. Ganz und gar kann keine Rede davon sein, daß die angeschuldigten Vorstandsmitglieder für sich persönlich aus den 16 M. einen Vorteil erstreben oder erlangten; die Summe wurde in voller Offenlichkeit der Privatkasse zugeführt und dort gebucht.

Nicht anders verhält es sich mit der Provision, die angeblich der Ortstrankenkasse der Schreibmaschinenfabrikant Halbarth in Höhe von ganzen 12 M. bewilligt haben soll. Auch hier hat der Käufer mit Recht angenommen, daß die Provision lediglich zugunsten der Privatkasse bewilligt war.

Der denunzierende Schöffe Dr. Pape glaubte endlich darin einen Betrug zu erblicken, daß die Vorstandsmitglieder die Markkarten, die sie mit 1/2 Pf. erworben hatten, für 1 Pf. pro Stück verkauften. Die dahin gerichtete Beschuldigung mußte schon deshalb als völlig hinfällig zurückgewiesen werden, weil der Private in Papierhandlungen die Markkarten mit 5 Pf. bis 10 Pf. pro Stück bezahlte muß.

Trotzdem also das gerichtliche Verfahren die völlige Schuldlosigkeit der Angeklagten ergeben hat, ist noch immer die kommissarische Verwaltung im Gange. Dr. Pape scheint zu glauben, daß er mit seinem Vorgehen nicht ruhen dürfe. Die amtliche „Weihenstephaner Zeitung“ veröffentlicht den angeblichen Bescheid der Staatsanwaltschaft, durch welchen der Gemeindevorstand von der Ablehnung eines strafrechtlichen Einspruchs gegen die Vorstandsmitglieder in Kenntnis gesetzt sein soll. Dieser amtliche Bescheid dürfte der Wahrheit aus zwei Gründen nicht entsprechen. Zunächst verbietet der § 17 des Preßgesetzes die Veröffentlichung solcher amtlichen Schriftstücke auch amtlichen Organen. Ferner aber gibt der staatsanwaltschaftliche Bescheid nicht völlig den durch die gerichtliche Untersuchung ermittelten Tatbestand wieder. Dasselbe amtliche Organ hatte seinerzeit die von Dr. Pape verfaßte Strafanzeige im Wortlaut veröffentlicht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß durch ein und dieselbe Stelle die widerrechtliche Veröffentlichung beider Schriftstücke veranlaßt worden ist. Wie wir hören, ist nunmehr den drangsalirten Vorstandsmitgliedern endlich die Geduld gerissen. Sie beabsichtigen wegen der in der Veröffentlichung der erwähnten Schriftstücke liegenden groben Verleumdungen gegen die Urheber strafrechtlich vorzugehen. Sind wir sonst auch kein Freund von strafrechtlichen Einsprüchen, so scheint uns doch im vorliegenden Falle ein Vorgehen gegen diese unentwertlichen Bescheide gegen Ehrenmänner durchaus am Platze, um den Sachverhalt in voller Offenlichkeit klarzulegen. In erster Linie werden aber hoffentlich unsere Genossen im Vorstand der Ortstrankenkasse die Verleumdung des Verwaltungsbehördenverfahrens gegen die unangelegenen Eingriffe des Schöffens Dr. Pape betreiben. Wir zweifeln nicht, daß das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts der „Aufsichtsbehörde“ Harlegen wird, daß ihr Vorgehen formell und materiell das Gesetz verletzt und die Kasse schädigt.

Gerichts-Zeitung.

Unfall hinter dem Ladenaß.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung war die Frau Marie S. und der Hausdiener Otto W. vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Der Ehemann der Erstgenannten ist Inhaber eines größeren Delikatwarengeschäftes im Norden von Berlin. Vor etwa Jahresfrist ereignete sich in dem Sichen Geschäft ein eigenartiger Unfall. Der Ankläger W. war nach dem Keller gegangen, um Äpfel heraufzubolen. Ohne hierbei Licht zu haben, ließ er die Kellertreppe auf. Diese befand sich zwischen dem Ladenaß und dem Repetitorium in der Nähe der Diebstahlskammer. Als ein älterer Herr eine Quantität Wurst gekauft hatte, ging er um die Ecke des Ladenaßes herum, um zu beobachten, ob die Frau S., die als Verkäuferin fungierte, auch richtig wiege. Hierbei achtete er nicht auf die offenstehende Kellertreppe und stürzte in den Keller hinab. Der Sturz hatte nur geringe Kontusionen zur Folge. Gegen Frau S. und den Hausdiener, denen in der Zwischenzeit die Aufsicht über den Laden anvertraut wurde, wurde das vorliegende Strafverfahren anhängig gemacht.

Das Schöffengericht sprach beide Angeklagte frei, indem es davon ausging, daß ein Geschäftsmann nicht damit rechnen brauche, daß jemand aus dem laufenden Publikum sich hinter den Ladenaß beuge. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Vertreter der Angeklagten betonte in der gestrigen Verhandlung den Standpunkt, daß jeder Geschäftsmann oder sein Vertreter sehr wohl mit dem Umstand rechnen müsse, daß ein Kunde aus irgend einem Grunde hinter den Ladenaß komme. Geschehe hierdurch ein Unfall, so sei der Geschäftsinhaber hierfür strafrechtlich verantwortlich, selbst wenn der Kunde an und für sich unbedeutend hinter den Ladenaß gegangen sei. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 50 bzw. 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach Frau S., die nur als Verkäuferin fungiert habe, frei. Bezüglich des mitangeklagten Hausdieners W. schloß sich die Strafkammer jedoch den Ausführungen der Staatsanwaltschaft an, nach welchen jeder Geschäftsmann damit rechnen müsse, daß ein Käufer unbedeutend hinter dem Ladenaß erscheine. Das Urteil gegen W. lautete deshalb auf 50 Mark Geldstrafe.

Das achte Gebot

spielte gestern vor dem Schöffengericht zu Rixdorf eine große Rolle. Der Portier A. in einem Hause der Barthstraße war wegen Rixdorfer Angeklagt. Auf dem dortigen Hofe hatten mehrere Kinder gespielt und waren wiederholt in die Gartenanlagen getreten. Der Portier, der ihnen das Betreten schon öfter verboten hatte, wurde diesmal über die Unvorsichtigkeit so erregt, daß er mit einem Rohrstock zwei der Kinder schlug. Die übrigen waren ausgerufen und hatten ihn von weitem beschimpft. Um die Kinder zu bewegen, die reine Wahrheit zu sagen, ersuchte gestern der Vorsitzende des Gerichts die sechs Kinder, die als Zeugen geladen waren und im Alter von 10 1/2 bis 14 1/2 Jahren stehen, das achte Gebot zu sagen. So viel Mühe er sich auch gab, konnte doch keines von den sechs Kindern das achte Gebot. Erst als der Vorsitzende den Anfang: „Du sollst nicht“ mehrmals vorgesagt hatte, konnten fünf der Kinder das Gebot vorparieren, das alteste jedoch, ein 14-jähriger Knabe, brachte es auch dann noch nicht fertig. — Der Staatsanwalt beantragte 8 M. Geldstrafe bzw. zwei Tage Gefängnis, indem er milde Umstände zubilligte, da der Angeklagte durch das Schimpfen der Kinder gereizt worden sei. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß. —

Gerichtsvollzieher-Unterschlagung.

Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern den Gerichtsvollzieher a. D. Wilhelm Kemnitz zu 9 Monaten Gefängnis wegen Amtsuntererschlagung in mehreren Fällen.

Briefkasten der Redaktion.

Rixdorf 63. Der Betreffende soll sich an den dortigen Magistrat wenden. — J. R. Schiller. 4. Rein, nur Anspruch auf Unterhalt gegenüber seinen Eltern. — G. B. 21. Wien. Sie sind formell im Unrecht. Der Schneider braucht nur gegen Zahlung das Zeug herauszugeben und ist zu einer Änderung nicht mehr verpflichtet. — R. G. 92. 1. Ja. 2. Gewerbeinspektion Magistrat, Straßburger 1-3. 3. Wie Sie wollen. — R. R. 7. Die Klage hat keine Aussicht auf Erfolg. — R. B. 1. und 2. Ja. — R. G. Wein. Beantragen Sie bei der Aufsichtsbehörde (Magistrat Rixdorf) Verurteilung der Kasse. — R. 21. 10. Sie müssen zahlen. Sie hätten auf gerichtliche Entscheidung antragen können. Die Zeit ist aber verstrichen. Eine besondere Zahlungsaufforderung außer der im Straßbefehl war nicht erforderlich. — R. 3. 212. 1. und 2. Rein. Die Kündigung ist mangels besonderer Vereinbarung bei monatlich gemieteten möblierten Zimmern bis am 15. zum 1. nicht aus am 1. zum 15. — R. B. 10. Wenden Sie sich an die Schönberger Sparkasse. — R. 23. 15. Gibe. Im den Kontostromanter. — G. B. 87. Leider hat die Klage wenig Aussicht auf Erfolg. — Friedrichshagen. Rein. Sie können nur auf Ertrag des Geschäftes und wegen Beteiligung klagen. — R. C. 3. 1. Sofern keine ordnungsgemäßen Vorschriften entstehen, nein. 2. Reineswegs. 3. Ja. — R. G. 78. 1. Soweit richtig, stünde allein Ihnen das Patentrecht zu. 2. und 3. Wenden Sie sich an das Patentamt, Giltshäuserstraße, dort wird Ihnen sachgemäße Auskunft erteilt. 3. 20 Mark. 4. Nein. — R. T. 35. Ja. — 100. Reinshagen. Rein. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — B. 29. Eine Deutsche verliert durch Heirat mit einem Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch nach dem Tode ihres Mannes wird sie nicht ohne weiteres, sondern nur durch Naturalisation wieder Deutsche.

Wasserstand am 25. Oktober. Elbe bei Ruyßig — Meter, bei Dresden — 1,12 Meter, bei Magdeburg + 1,43 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Ratibor + 1,22 Meter. — Regenmännung + 1,64 Meter. — Oder bei Briesg + 2,00 Meter. — Oder bei Dresden Unterpögel — 1,14 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. Oktober.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Cyrenhaus, Margarete.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Ein Sommernachts Traum.
Westen. Die Janberstöße.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Veitling. Hedda Gabler.
Vorhang. Der Waldschütz.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Schiller-Theater.)
Die Hoffnung auf Segen.

Schiller N. (Ritterhaus Wilhelmstädter-Theater.) Frau Inger von Delrot.

Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Lakmé.
Residenz. Triplepatte.
Fünfteltheater. Unsere Akte.
Jentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Man kann nie wissen.
Deutsch-Amerikanisches. Am wilden Westen. Der Hauptmann von Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Kulken. Ein Wintermärchen.
Bernhard Hofe früher Carl Weiß.
Küsterjungen.

Trianon. Der Hosenfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Nyphos. Berlin im Dinnibus. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kosino. Alexander der Große.
Jolies Caprice. Serenissimo.
August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädchen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Krona. Tausend und eine Nacht.
Theater 8 Uhr: Sittgen. Leben und Kalmbilder aus klassischer Götter.
Steruwart. Zwillingenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.

Heute und folgende Tage:

Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.

Heute abend 7 1/2 Uhr:

Die Zauberflöte.

Entwickelungsstufe ungenügend.
Sonnabend zum 1. Male: Drei Rolandsknappen.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die Hochzeit von Poel.

Sonnabend zum ersten Male: Die Conditieri. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Die Conditieri.
Montag: Die Hochzeit von Poel.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

Man kann nie wissen.

Sonnabend zum 104. Male: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyt.
Abends 8 Uhr zum 105. Male: Ein idealer Gatte.
Montag: Man kann nie wissen.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.

Ein Wintermärchen.

Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr: Rindervorstellung: Hänsel und Gretel. Abends: Ein Wintermärchen.
Sonntag nachm.: Ein Wintermärchen.
Abends: Ein Volksfest.
Montag: Die Jungfrau von Orleans.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:

Der Hausfreund.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Loulou.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Hoffnung auf Segen.

Schiller-Drama in 4 Akten von Hermann Heijermans jun.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Darauf: Zum Einsiedler.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Die rote Robe.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Freitag, abends 8 1/2 Uhr:

Frau Inger von Oestrot.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Die rote Robe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:

Monsieur Romeo's

Spannendste Automobilerperimente.
Heberfahren mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Wenig 30 Fahrer u. 4 Passagen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe.
Herr Marguerrits, Schütze, usw.
Aus der Pußta. Parlor.
Sonntag: 2 große Vorstell., nachm. 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: Aus der Pußta.

Zirkus Schumann

Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:

Das anerkannt vorzüglichste Sportprogramm. U. a.: Agudo Gutzw, laufstarrer Steppenreiter. Monsieur Alberto, phän. Drahtseilkünstler.
Mister Henricksens größte Tiger-Gruppe, worunter Tamany, Meistertiger.
Die legendären Menschen Les Rixfords.
Auf der Pußta vorgeführt vom Dr. Schumann.

Sämtl. Clowns u. Auguste mit ihren neuesten Späßen. Außerdem die neu engagierten Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Ein Jun 14. Male:
Tag in Monte Carlo.
Große Ausstattungspantomime.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Täglich:

Liane d'Eve

d. Original-Matrische-Tänzerin.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trio und das große Spezialt. Progr.
Sonntag, den 28. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr: Große Familienvorstellung. Halbe Preise! Halbe Preise!

W. Noack's Theater.

Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.

Die Rose von Bagdad.

Volkstümlich mit Gesang in 4 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätzen gütig.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag: Die schöne Ungarin.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:

Triplepatte.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Bodernaux.
Bicomte Robert de Houban: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.

Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets ersteklassige Musikinstrumente.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Anleitung: B. Sachs.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Komische Oper.

Lakmé.

Am 2. Akt: „Cobra“, ausgeführt von Ruth St. Denis.
Sonnabend 3 Uhr: Ruth St. Denis-Matinee. Abends 8 Uhr: Carmen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen.
Abends 8 Uhr: Lakmé. Am 2. Akt: „Cobra“, ausgeführt von Ruth St. Denis.
Montag: Hoffm. Erzähl. Darauf: „Eine indische Szene“ v. Ruth St. Denis.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:

Sizilien.

Lortzing-Theater

Ballealliancestr. 7/8.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Der Wildschütz.
Abonnements gültig.
Sonnabend: Fra Diavolo.
Sonntag nachm.: Vorstellung des Vereines f. Volkserhaltung: Der Waffenschmied.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:

Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., u. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.

Sonntag, den 28. Oktober 1906:

Hofgunst.

Luftspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotsch.
Breite wie gewöhnlich. Anf. 7 1/2 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr Wiederauftreten von Adolf Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann“ von Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulte.

H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritzi Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 28. Oktober 1906, nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Bernhard Rose's

Vorstädtisches Theater.
Gesundbrunnen. Sadstraße 58.

Mutterliebe.

Volkstümlich mit Gesang in vier Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

Kasino-Theater

Lotharingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 31. Oktober!
Alexander der Große.
1. November: Premierabend.
Sonntag 4 Uhr: Madame Bonivard.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Rollenspiel in vier Aufzügen
von Carl Böttcher.
Morgen u. fols. Tage: Die Fortell.
Sonntags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Aschenbrödel. Sonntag 3 Uhr (kleine
Preise): Berliner Kinder.

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVII.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag
bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen
des
glänzenden
und
amüsanten
Oktober-Programms.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
12 Attraktionen 12
u. a.:
John Ilket and MIB Janny,
fens. equit. Akt.
Robert und Bertram
die Urforscher.
Die Loreley.
Voffe von D. Klein.
Familienarten, zum halben Staffen-
preise gültig, in allen Vorder-
Reihen u. Nigarrengelächten gratis.

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 26. Oktober, 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Der Sturm.
Somabend und folgende Tage:
Der Sturm.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

**Walhalla-
Variété-Theater**
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Nur noch wenige Tage!
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Oktober-Spezialitäten
Emmi Kröcher, Willy Prager,
d. Unterwäldler, fens. Schläger.
Royal Mitsas,
die tollkühnen japanischen Leiter-
Balancierte, usw. usw.
Kaugen überall gestattet.

Offiziere in nur feiner Ware:
Hasen
große schwere für nur ... 3.00
geschickte Hasen von ... 3-4
große wilde Kanarienvögel ... 0.90
feinste Redhühner für nur ... 1.00

Gänse
25. 60 u. 65 Pf. in tiefer Auswahl.
Wegner, 50., Mariannenstr. 34.

Passage-Theater.
Nur noch bis Ende des Monats
Josephine Dora
in der Riecke mit dem
Komödie Schläger
„Emil, du bist eine Pflanze“
und das glänzende Oktober-
Programm.
Am 1. November:
Sherlock Holmes
in Köpenick.
Gelegenheitschwank in 1 Akt
von Hans Groß.
Josephine Dora
Georg Kaiser
in den Hauptrollen.
Billetts im Vorverkauf zu
haben an der Kasse des
Theaters, Unter den Linden,
und bei A. Wertheim.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Bischofsplatz
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Sont. 8, Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Der Hausschlüssel.
Schwan in zwei Akten.
(Durchschlag. Erfolg!)
Sont. 8, Sonntag 8 U.
Diensttag: Theater-Abend.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.

**Gustav
Behrens
Theater,**
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.

Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Spezial-Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallischreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Ab-
zahlungs-Geschäften, welche
Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!

Lustspielhaus.
Abend 8 Uhr:
Unsere Käthe.
Arbeit-
Berufs-Kleidung
I. Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
Adolf Wecker.

Bau-Eisblerei,
gute Rundhölzer, umhändelt
für Inventarwert zu ver-
kaufen. Offerten Lm. 471 an
Dauke & Co., Berlin W., Pots-
damerstr. 3. 276/8

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:
**Griese und Anzüge aus
Briefen** von J. Phil. Becker,
Fol. Dleggen, Fried-
rich Engels, Karl Marx u. a.
an J. H. Sorge und andere.
Preis brosch. 4 M., in gutem Einband
5 M., in einfachem Einband 4 M.

Jena und Eilat.
Ein Kapitel ostelbischer Junter-
geschichte von Franz Mehrlag.
Preis 1,00 M.

**Geschichte des Sozialismus
in den Vereinigten Staaten**
von Morris Hillquit.
Autorisierte Uebersetzung von Karl
Müller-Bernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

**Geschichte der Kommune
von 1871**
von Liesagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Festung-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des
preussischen Despotismus und
der klassischen Literatur
von Franz Mehrlag.
Zweite unveränderte Auflage mit
einem neuen Vorwort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 65, Lindenstraße 69, Laden. 237/6*

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Beste Stelle Bringenstraße. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kapellieren und Reisenden, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 535/2*
Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Möbel-Fabrik und Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen**
zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbusser
Tor.

H. Zimmermann
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 2522L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. - Billigste Preise.

Billigste Bezugsquelle
für
Monats-Garderoben
sowie Knaben- u. Jarschen-Anzüge.
Die schönsten Herren-Winter-Paletots und Anzüge in ge-
tragener, speziell Monatsgarderobe. Von Kapellieren getragene Sachen,
sind neu, für jede Figur passend, speziell Ganzanzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben. 173/15*

H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 (am Moritzplatz).
* Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher
Dresdenerstr. 100, Prinzenstr.
Oscar Arnold
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116
(am Laden).
Einzelvekauf!
zu sehr niedrigen Prei-
sen, circa 100 verschiede-
ne Sorten Kolliers
und Stolas in allen
modernen Pelzarten.
Großes Lager in
Muffen, Kinder-Garni-
turen, Herren- und
Knaben-Kragen und
Pelzmützen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Tegel und Umgegend.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am 23. Oktober der Genosse
Karl Kohl
im Alter von 29 Jahren nach
langem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 25. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Kloster-Kirch-
hofes in der Müller-, Ecke See-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
223/2 Der Vorstand.

Nachruf.
Am Dienstag früh verschied
unser künftigsmitglied
Karl Kohl.
Wir verlieren in demselben einen
vortrefflichen Kollegen, der stets
bereit war, für die Hebung der
Arbeiterklasse sein Bestes zu leisten.
Sein aufrichtiger Charakter sichert
ihm ein dauerndes Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 25. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Kloster-Kirch-
hofes in Berlin, Müllerstraße Ecke See-
straße, aus statt. 225/15
Die Verwaltung des Konsumvereins
für Tegel und Umgegend.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Dreher
Karl Kohl
am 23. d. Okt., vorm. 6 1/2 Uhr,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 25. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Kloster-Kirch-
hofes in der Müllerstraße, Ecke
Seestraße aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
(Adenauer Viertel).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, dass unser Genosse,
der Schneider
Max Neumann
wohnhalt Eichenbahnstr. 17 (Stadt-
bezirk 103) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Thomas-
Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
222/16 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis**
(Frankfurter Viertel).
Bezirk 154.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. Okt. verstarb unser
alter Genosse, der Kaffee-
Ernst Hennig genannt Marx
im Alter von 69 Jahren.
Sein der Partei stets entgegen-
gebrachtes Interesse sichern ihm
ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonabendnachmittag 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/15 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schrauben-
dreher
Gustav Röhle
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilhelms-Kirchhofes in
Rixdorf, Hermannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Rancher-Bund
Berlins und Umgegend.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass die Ehefrau des Mitgliedes
Schiffmann
aus Altd. „Kuntz“ am 24. d. Okt.
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 28. d. Okt., nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Weihen-
seeer Friedhofes, Köpckestraße, aus
statt. 225/19
Der Vorstand.

Allen Freunden und Verwandten
die traurige Nachricht, dass mein
lieber Mann und Vater, Sohn,
Bruder und Schwager, der Maurer
Paul Möbius
plötzlich verstorben ist. 23045
Blume Marie Möbius.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 25. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
am Mariendorfer Weg statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis**
(Frankfurter Viertel).
Bezirk 154.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. Okt. verstarb unser
alter Genosse, der Kaffee-
Ernst Hennig genannt Marx
im Alter von 69 Jahren.
Sein der Partei stets entgegen-
gebrachtes Interesse sichern ihm
ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonabendnachmittag 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/15 Der Vorstand.

Aufgepaßt!
Noch immer die bill. Bezugs-
quelle für Monats-Anzüge.
Winter-Paletots u. Hosen,
von feinsten und feinsten
Kapellieren angefertigt, ebenso
neue, sehr sch. u. modern
gearbeitete, in neuesten Stoff-
mustern vorhanden. Herren-
und Knabengarderoben.
Große Auswahl in Winter-
paletots u. warme Winter-
joppen. Ein gr. Post einzelne
Andere, einzelne Westen und
einzelne Hosen zu sehr billigen
Preisen. Zu haben bei
Moldauer
Prinzenstraße 64
Ecke Annenstraße, im Laden.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden,
17-2-3-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Am 23. d. Okt. verstarb nach
schwerem Leiden unser lieber Sohn,
Bruder und Schwager, der Damen-
schneider 27532
Max Neumann
im 24. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend nachm. 4 Uhr von der
Leichenhalle des Thomas-Kirch-
hofes in Rixdorf aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
(Adenauer Viertel).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, dass unser Genosse,
der Schneider
Max Neumann
wohnhalt Eichenbahnstr. 17 (Stadt-
bezirk 103) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Thomas-
Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
222/16 Der Vorstand.

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hier-
mit bekannt, dass der Kollege
Max Neumann
im Alter von 23 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 27. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Thomas-Kirch-
hofes aus statt.
164/12 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis**
(Frankfurter Viertel).
Bezirk 154.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. Okt. verstarb unser
alter Genosse, der Kaffee-
Ernst Hennig genannt Marx
im Alter von 69 Jahren.
Sein der Partei stets entgegen-
gebrachtes Interesse sichern ihm
ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonabendnachmittag 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/15 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis**
(Frankfurter Viertel).
Bezirk 154.
Todes-Anzeige.
Am 23. d. Okt. verstarb unser
alter Genosse, der Kaffee-
Ernst Hennig genannt Marx
im Alter von 69 Jahren.
Sein der Partei stets entgegen-
gebrachtes Interesse sichern ihm
ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonabendnachmittag 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/15 Der Vorstand.

Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, dass am
24. Oktober mein innigstgeliebter
Mann und unser guter Vater,
der Schankwirt
Wilhelm Rudloff
im 44. Lebensjahre nach langem
Leiden verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen
Eup. Ernst Rudloff, geb. Kölsch,
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Oktober, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Wilhelmsdorfer Kirchhofes, Berliner-
straße 100, aus statt. 2291b

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Tischler
Joseph Znaminko
am 23. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen St. Michael-
Kirchhofes, am Mariendorfer Weg,
aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
95/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Tischler
Joseph Znaminko
am 23. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen St. Michael-
Kirchhofes, am Mariendorfer Weg,
aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
95/13 Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Schildhorn.
Am Montag, den 22. d. Okt.,
starb ganz unverwartet am Ge-
hirnschlag unser lieber langjähriger
Sangesbruder, der Glockenmeister
Hans Deutschland
im 32. Lebensjahre.
Sein gutartiger Charakter und
Rücksicht im Verein wird von
allen Sangesbrüdern weit über
das Grab hinaus geehrt werden.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Philippus-Kloster-
Kirchhofes, Müllerstraße 44-45,
aus statt.
22266 Der Vorstand.

Gesangverein Schildhorn.
Am Montag, den 22. d. Okt.,
starb ganz unverwartet am Ge-
hirnschlag unser lieber langjähriger
Sangesbruder, der Glockenmeister
Hans Deutschland
im 32. Lebensjahre.
Sein gutartiger Charakter und
Rücksicht im Verein wird von
allen Sangesbrüdern weit über
das Grab hinaus geehrt werden.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Philippus-Kloster-
Kirchhofes, Müllerstraße 44-45,
aus statt.
22266 Der Vorstand.

Gesangverein Schildhorn.
Am Montag, den 22. d. Okt.,
starb ganz unverwartet am Ge-
hirnschlag unser lieber langjähriger
Sangesbruder, der Glockenmeister
Hans Deutschland
im 32. Lebensjahre.
Sein gutartiger Charakter und
Rücksicht im Verein wird von
allen Sangesbrüdern weit über
das Grab hinaus geehrt werden.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Philippus-Kloster-
Kirchhofes, Müllerstraße 44-45,
aus statt.
22266 Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden,
17-2-3-7, Sonntag 10-12, 2-4.

TROKKA
Schmackhaft, leicht verdaulich
Fertig zum
Gebrauch
Nährhaft
für Kinder,
Kranke und Reconvaleszenten
Garantiert
reiner Milchkakao
mit Zuckersatz
Überall erhältlich
Haupt-Bureau: Berlin SW., Belle-Alliance-Platz 7/8.
Ehren-Diplom - Grand Prix - Größte Auszeichnung
Grosse Allgemeine Fach-Ausstellung für das Gastwirts-Gewerbe, Köln u. Rh., Oktober 1906

Der „rote Sonntag“ vor dem preussischen Oberverwaltungsgericht.

Wie sich hohe Staatsbehörden bis zum Minister hinauf den roten Sonntag in Altona vorstellten, falls die auch dort für den 21. Januar 1906 geplanten Wahlrechtsversammlungen nicht erteilt wären, ergab ein Verwaltungsstreitverfahren, aus dem die Parteigenossen Kahl und F. Lund zu Altona jetzt als Sieger hervorgegangen sind.

Kahl und Lund klagten darauf gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht in Berlin und beriefen sich auf Artikel 29 der preussischen Verfassung sowie auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes.

In der Klageerwidlung operierte der Oberpräsident wieder mit dem „Aufruhr ähnlichen Vorgängen“, die sich am 17. Januar in Hamburg abgespielt und zu Justizhausstrafen geführt hätten.

Ein Geheimrat aus dem Ministerium, der als Kommissar des Ministers des Innern erschien, spann in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht denselben Faden weiter und suchte dann im Namen seines Auftraggebers an der bisherigen Praxis des Oberverwaltungsgerichts zu rütteln.

Vereinsgesetz gegenüber Versammlungen enger begrenzt worden. Danach kann die Polizei Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht verbieten lediglich deshalb, weil durch das Zusammentreten mehrerer zu einer Versammlung mit dem Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten Gefahren für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit herbeigeführt werden.

Das Oberverwaltungsgericht setzte jedoch das Verbot sämtlicher fünf Versammlungen außer Kraft und bemerkte, es bleibe bei seinem ihm von der Verfassung und dem Gesetz vorgezeichneten Standpunkt.

Damit ist auch durch das höchste, sicherlich der Sozialdemokratie nicht freundlich gesinnte Verwaltungsgericht ausgesprochen, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern hohe preussische Behörden es gewesen sind, die aus Anlaß des 21. Januar ungesetlich, ja verfassungswidrig vorgegangen sind.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markttaxen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 67-72 pr. 100 Pfd., IIa 61-66, IIIa 56-60, IVa 52-56.

Bildschweine 0,00. Fleischlinge 0,00. Gänse per Stück 3,00-3,80, klein 1,50-2,80. Kanarienvögel per Stück 0,40-0,90. Wildenten per Stück 1,25, Krickenenten 0,60. Pelaffen 0,54. Rebhühner, junge Ia 0,85-1,25, junge IIa 0,00, alte 0,50-0,80, junge kleine 0,00.

Witterungsübersicht vom 25. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stations, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. Oktober 1906. Gemäß trübe, kühl und neblig mit etwas Regen und mäßigen nordöstlichen Winden.

Winter-Joppen and Winter-Bosen advertisement. Includes a central illustration of a man in a winter coat and hat. Text describes various types of coats and hats with prices.

Liebhaber advertisement for soap. Includes illustrations of a woman's face and a hat. Text describes the quality of the soap and provides contact information.

Bettfedern advertisement for Gustav Lustig. Text describes the quality and variety of bedding products available.

Monats-Garderoben-Haus advertisement for Paul Lowieki. Text describes the services offered for men's clothing and accessories.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer advertisement. Text provides information about the organization and its services.

